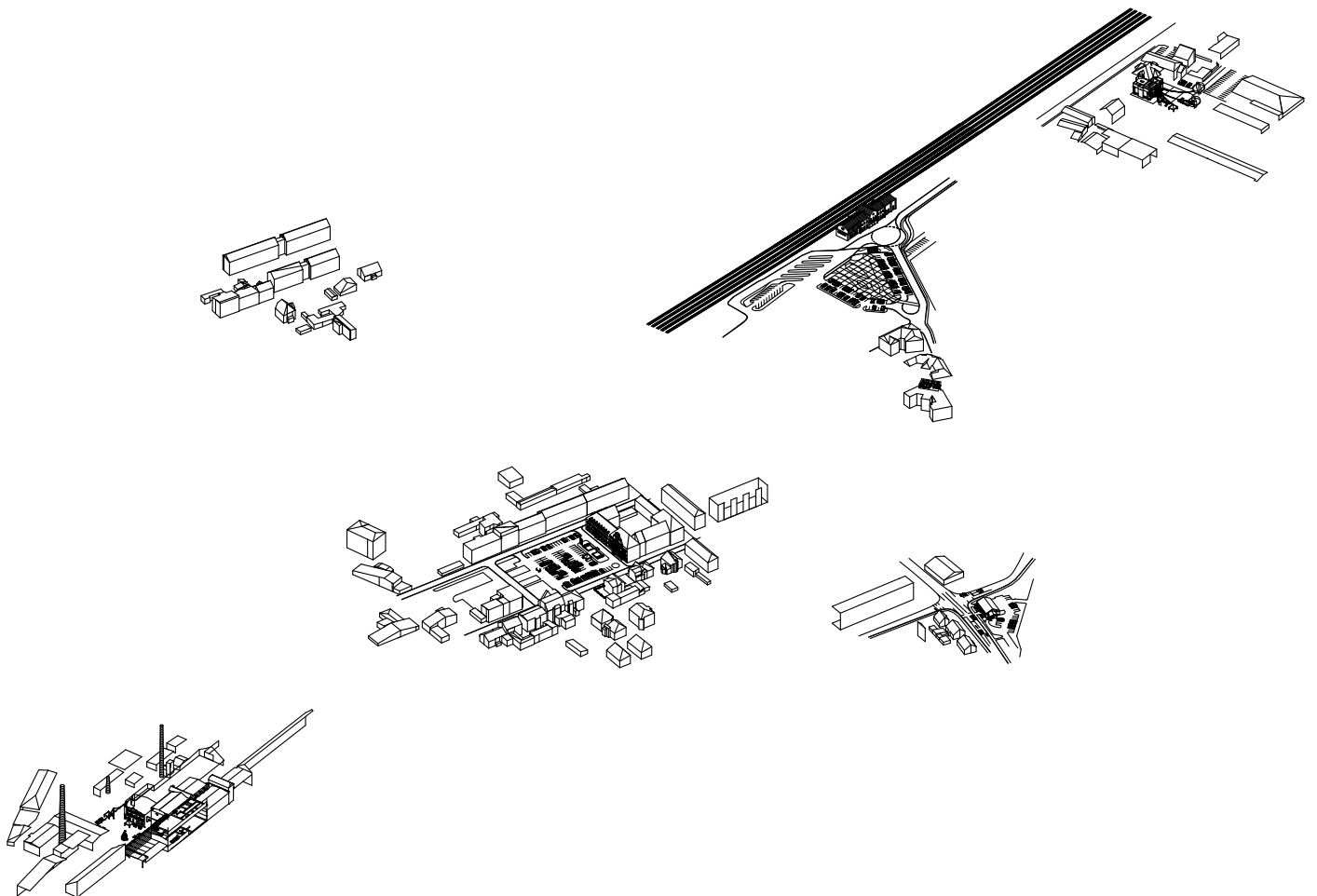


Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf

Masterarbeit von Lorenz Hahnheiser und Teresa Immler



Prof. Dr. Anke Hagemann
Prof. Dr. Nina Gribat



Masterarbeit

Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf

vorgelegt von
Teresa Immler, 0497976
Lorenz Hahnheiser, 0498181

10. Juli 2026

Prof. Dr. Anke Hagemann
Prof. Dr. Nina Gribat

Gliederung

Einleitung: Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf	1
Positionalität	2
Methode	3
 A Rechte Stadttheorie und -praxis: Wer ist unser Gegenüber	 4
Stadtfeindschaft: Stadt als "widernatürliches Gebilde" nach Wilhelm H. Riehl	6
Nationalsozialismus: Der Berufsstand unter dem "Führerprinzip" gleichgeschaltet	7
Rechtsintellektueller Diskurs: Die "Rettung" der verkommenen Stadt	8
Aktuelle rechte Ordnungsversuche: "Machtfaktor" Land und Rekonstruktion	10
 B Bewegung und Gegenbewegung im "Brennglas" Weißwasser	 12
Stadt als Bühne: Öffentliches Zutreten der Konfliktlinien	14
Rathaus: Sachpolitik gegen ideologische Aufladung	19
SKZ Telux: Architektur der Selbstwirksamkeit in schrumpfendem Weißwasser	22
 C Wehrhafte Architekturpraxis	 26
Philipp Oswalt: Dienstleistungsfatalismus überwinden	28
Leon Beck: Politischer Aktivismus und ökonomischer Konsens	29
Dorit Baumeister: Verwaltung als strategische Impulsgeberin	30
Gabu Heindl: Parteiergreifung im Entwerfen	31
Jurek Brüggem: Eigeninitiative und breiter demokratischer Konsens	32
Ivana Rohr: Aktivismus und Beruf verbinden	33
Andrea Gebhard: exzellente Gestaltung alltäglicher Bedürfnisse	34
Alexander Poetzsch: Niedrigschwellige und einbindende Architekturvermittlung	35
 39 architektonische Strategien demokratischer Wehrhaftigkeit	 36
Phase 1: Rahmenbedingungen aktiv gestalten.....	38
1.1 Demokratische Diskursmacht sichern	38
1.2 Fachwissen als aktivistische Expertise nutzen	41
1.3 Vernetzung und Einmischung in Realpolitik	43
Phase 2: Demokratiefördernde Aufträge organisieren.....	44
2.1 Aktives Dienstleistungsverhältnis	45
2.2 Don't work with assholes, don't work for assholes	47
Phase 3: Prozesse demokratisieren	48
3.1 Beteiligungsformate als Räume für Selbstwirksamkeit und Dissens	49
3.2 Wehrhafte Gestaltungsprozesse	52
Phase 4: räumliche Manifestation demokratischer Werte.....	54
4.1 Begegnungsfördernde und hemmende Räume	54
4.2 Bruch zentralistischer und machtvoller Gesten	56
4.3 Symbiose von Soziokultur und Baukultur	58
Phase 5: Entwürfe kommunizieren und vermitteln.....	59
5.1 Entscheidungen nachvollziehbar machen	59
5.2 Demokratische Normalitätsvorstellungen prägen	61
5.3 Konsens im Demokratischen Spektrum herstellen	62
Phase 6: Demokratische Nutzung verankern.....	64
6.1 Demokratische Bildungsarbeit	64
6.2 Gesellschaftliche Resilienz	66
6.3 Demokratiefördernde Konsumorte	68
 Offener Brief: Gestaltungsraum verteidigen: Sechs Handlungsfelder für einen demokratisch wehrhaften Berufsstand	 70
 Literatur- und Quellenverzeichnis und Verzeichnis der Interviews	 72

Einleitung

Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf

„Wer diese Zahlen sieht und nicht handelt, hat das Ausmaß der Bedrohung nicht verstanden oder will es nicht verstehen“, sagt Lorenz Blumenthaler, Pressesprecher der Amadeu Antonio Stiftung zu den Zahlen politisch motivierter Kriminalität für das Jahr 2025 (Blumenthaler 2026). Die Behörden erfassten 42.544 rechtsextreme Straftaten. Besonders besorgniserregend ist, dass Wahlen, das „Herzstück der Demokratie“, zunehmend zum Ziel von Gewalt und Einschüchterung werden. Im Bericht zur politisch motivierten Kriminalität hält das Bundeskriminalamt über 14.000 Delikte im Kontext von Wahlen fest (vgl. ebd.).

Gleichzeitig gehen die Zahlen im parteipolitischen Erstarken der extremen Rechten nach oben: Die bundesweit als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist in den letzten 3 monatlichen Sonntagsfragen die stärkste Kraft (vgl. Tagesschau 2026a, b, c).

Extreme rechte Kräfte haben Deutschland schon einmal in den Faschismus geführt. Das Ausmaß der aktuellen Bedrohung im Blick ist in dieser Arbeit die Frage beforscht, wie sich Architekt:innen wehrhaft gegen extreme Rechte, ihre Narrative und ihre Praxis stellen.

Warum Architekt:innen?

Betrifft das Erstarken der extremen Rechten unseren Berufsstand überhaupt? Wir kümmern uns um (Um-) Bauprozesse von Häusern - und Häuser wählen nicht. Ebenso wenig können sie die politische Gesinnung ihrer Nutzer:innen bestimmen. Und doch sind es Orte, die politisch aufgeladen sind. Orte, um die es Konflikte gibt. Orte, an denen Konflikte ausgehandelt werden und Orte, an denen Ideologie erlebbar und real wird. Architekt:innen arbeiten schon immer für die, die Macht und Geld haben. Autoritäre Regime manifestieren ihr Menschenbild indem sie Städtebau und Architektur reglementieren. Darum sind wir uns sicher: Das Erstarken der Rechten hat etwas mit uns zu tun.

Demokratisch wehrhafte Architekturpraxis:

Demokratisch wehrhafte Architekturpraxis ist eine Parteiergreifung im Entwerfen. Es ist die bewusste Entscheidung, Architektur nicht als neutrales Dienstleistungshandwerk zu begreifen, sondern als aktives Werkzeug zur Verteidigung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. In der demokratisch wehrhaften Architekturpraxis nutzen Architekt:innen das Privileg ihres Gestaltungsspielraumes, um Räume zu schaffen, in denen Demokratie physisch erlebbar und gegen ihre Feinde resilient ist.

Annäherung an eine wehrhafte Berufspraxis:

Wir wollen nicht für Faschist:innen faschistische Architektur schaffen. Wir wollen inklusive, feministische, sozial-ökologische und global gerechte Räume gestalten. Die Frage, die wir uns stellen, ist: Wie können wir die Freiheit verteidigen, eben solche Architekturen zu schaffen – selbst wenn die extreme Rechte weiter an Einfluss gewinnt? Aus drei aufeinander aufbauenden Annäherungsebenen sind in dieser Arbeit wehrhafte, demokratische Strategien abgeleitet:

- **A:** Das Gegenüber sind Akteur:innen aus der extremen Rechten – Politiker:innen, Rechtsintellektuelle, Magazine, Aktivist:innen. Sie professionalisieren ihre menschenfeindliche Ideologie und drängen mit ihnen in politische Ämter sowie den öffentlichen Raum.
- **B:** Das gelingt den extremen Rechten zum Beispiel im Lausitzer Weißwasser. Doch wo eine Bewegung ist, da gibt es auch eine Gegenbewegung. Das macht diese Stadt zu einem Brennglas politischer Polarisierung. Demokratischer Widerstand ist hier Routine und darum ein bemerkenswertes Vorbild.
- **C:** Vorbilder gibt es in diesem Zusammenhang auch unter Raumgestalter:innen. Sie arbeiten an demokratischen, wehrhaften Räumen und Prozessen und am Umgang mit rechten Narrativen im Architekturdiskurs. Sie zeigen Handlungsspielräume wehrhaften architektonischen Handelns.
- **39** klare Strategien demokratischer Wehrhaftigkeit sind das Ergebnis dieser Annäherungsebenen. Sie sind in sechs Phasen strukturiert: von den prä-architektonischen Rahmenbedingungen, über das architektonische Schaffen, hin zur post-architektonischen Nutzung.

Sichtbar wird: Architekt:innen können das Erstarken der Rechten schwächen und progressive, solidarische, menschenfreundliche Planung auch in einem immer rechter werdenden System umsetzen. Die Verantwortung und die Mittel liegen bei uns.

Positionalität

Biografischer Hintergrund und soziale Situiertheit

Wir sind eine weiße cis Frau und ein weißer cis Mann aus akademisch geprägten Elternhäusern, sozialisiert in westdeutschen Großstädten und am Ende unseres Architekturstudiums. Diese Position prägt unsere Perspektive auf demokratische Wehrhaftigkeit ebenso wie unser Vertrauen in die eigene Wirksamkeit – eine Haltung, die aus langjährigem aktivistischen Engagement erwächst, zugleich aber im Kontrast zur Erfahrung eines gesellschaftlichen Rechtsrucks steht, der uns beunruhigt.

In Gesprächen im Zusammenhang dieser Arbeit wechselten wir zwischen akademischer, berufspolitischer und alltagsweltlicher Sprache. Dieses situative Umschalten ist für uns eine erlernte Kompetenz, die jedoch aus einer privilegierten Position heraus erfolgt.

Persönlicher Bezug zum Untersuchungsort

Zum Untersuchungsort Weißwasser – einer großen Kreisstadt in der Lausitz – haben wir keine biografische Nähe. Unsere Annäherung erfolgte über ein halbes Jahr hinweg durch Ortsbegehungen, Gespräche und Interviews. Diese räumliche und kulturelle Distanz positioniert uns klar als Außenstehende. In spontanen Gesprächen wurden wir wiederholt als „Berliner“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026) markiert, was sowohl Zugänge eröffnete als auch verweigerte. Gleichzeitig erleichterte unsere weiße Erscheinung bestimmte Kontaktaufnahmen – ein Hinweis darauf, wie Zugehörigkeit und Fremdheit situativ neu verhandelt werden. Die Sensibilität des Betrachtungsfeldes – geprägt von rechten Übergriffen und Misstrauen – begrenzte aus Vorsicht unserer Gesprächspartner:innen die Tiefe mancher Einblicke. Wir begegneten diesen Dynamiken mit methodischer Zurückhaltung, wissend, dass unsere Position sowohl Öffnungen als auch Verzerrungen erzeugt.

Persönliche Einbettung im Berufspolitischen Kontext

Unsere berufspolitische Vernetzung und unser Engagement, insbesondere in der Nachwuchsorganisation nexture+, verschaffen uns institutionelle Vertrautheit, kulturelles Kapital und privilegierten Zugang zu Akteur:innen der Profession sowie zu Expert:inneninterviews. Dieser Zugang ermöglichte uns tiefere fachliche Einblicke. Unsere Analyse ist normativ gerahmt durch die Überzeugung, dass demokratische Wehrhaftigkeit im Architekturbetrieb zentral ist. Wir reflektieren, dass diese Haltung unsere Wahrnehmung strukturiert und potenzielle Bestätigungsfehler begünstigt. Durch Transparenz, Reflexion und die Anerkennung unserer eigenen Situiertheit versuchen wir, diese Grenzen sichtbar zu machen, statt sie zu neutralisieren.

Methode

Qualitativ-Interpretatives Vorgehen aufbauend auf Interviews, räumlicher Analyse und Literatur

Die Untersuchung basiert auf einem mehrschichtigen, qualitativ-interpretativen Vorgehen, das Gespräche, räumliche Analysen und theoretische Einbettung miteinander verknüpft. Die Interviews wurden semistrukturiert geführt, immer geleitet von zwei zentralen Fragen, die kompakte, fokussierte Gespräche ermöglichten. Die aufgezeichneten und transkribierten Interviews bilden die Grundlage für die Auswertung, ausgewählte Zitate fließen in die Analyse ein.

Parallel zu den Interviews wurden die relevanten Orte besucht, fotografiert, kartiert und anschließend in axonometrische Darstellungen überführt, um sowohl die übergeordneten räumlichen Zusammenhänge, als auch situative Konfliktlagen sichtbar zu machen. Die theoretische Fundierung erfolgte durch die Auseinandersetzung mit fachwissenschaftlicher Literatur zu demokratischer Wehrhaftigkeit, architektur-theoretischen Hintergründen zu Konfliktorten und (berufs-)politischen Positionen sowie Sekundärliteratur zum rechtsintellektuellen Diskurs.

Einsatz von KI

Die Interviews wurden mittels des KI-Transkriptionsdienstes *TurboScribe.ai* transkribiert. Zur Auswertung der Datengrundlagen aus den KI-transkribierten Interviews, der Literatur zum rechtsintellektuellen Diskurs, sowie den Protokollen der Weißwasseraner Stadtratssitzungen der letzten drei Jahre, kam das KI-gestützte Tool *NotebookLM* zum Einsatz. Die analysierten und ausgewählten Textpassagen und Zitate wurden anschließend im KI-generierten Transcript manuell geprüft und korrigiert. Zur Textaufbereitung der eigenständig verfassten Abschnitte wurde teilweise das KI-Tool *lumoAI* herangezogen. Der Einsatz beschränkte sich ausschließlich auf die sprachliche Glättung, sowie die formale Korrektur von Grammatik, die inhaltliche Argumentationslinie wurde dadurch nicht verändert.

Öffentliches Diskussionsformat als reflektierendes Element

Ergänzend zu den Expert:inneninterviews integrierten wir ein partizipatives Element, um einen Zwischenstand der Ergebnisse in einem erweiterten Fachdiskurs zu reflektieren. Da die Auseinandersetzung mit der berufsethischen Verantwortung gegenüber rechtsextremer Einflussnahme im universitären Kontext unserer Ansicht nach unterrepräsentiert ist, organisierten wir im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche "Wissenschaft gegen Faschismus – Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten faschistischer Gefahr" ein öffentliches Diskussionsformat:

Unter dem Titel "Häuser wählen nicht – Wie stellen sich Architekt:innen gegen Rechts?" kamen am 3. Juni 2026 circa 50 Studierende und Lehrende am Institut für Architektur der TU Berlin zusammen. Methodisch diente die Veranstaltung dazu, die in den Interviews generierten Positionen als Videoimpulse zur Diskussion zu stellen und kollektiv zu reflektieren. Die Teilnehmenden verhandelten das Material in einem moderierten Stuhlkreis entlang der Abschnitte:

1. Beeinflusst das Erstarken der Rechten das architektonische Schaffen?
2. Demokratische Architekturen
3. politisches Berufsbild
4. Handlungsansätze

Die so generierten Perspektiven und Strategien bildeten eine wesentliche Grundlage für die abschließende Ausformulierung und strukturelle Ordnung der in dieser Arbeit präsentierten "39 architektonischen Strategien demokratischer Wehrhaftigkeit."

Rechte Stadttheorie und -praxis: Wer ist unser Gegenüber

Dieser Abschnitt dient der fundierten Analyse der Akteur:innen der extremen Rechten sowie ihrer spezifischen Ideologien im Kontext von Architektur und Stadtplanung. Ziel dieser Untersuchung ist es, die Strategien und Narrative zu demaskieren, mit denen Rechtsintellektuelle, Politiker:innen und Aktivist:innen versuchen, auf die gestaltete Umwelt einzuwirken und eine kulturelle Hegemonie zu erlangen.

Das Erstarken der extremen Rechten

Extreme rechte Kräfte erstarken gesellschaftspolitisch, medial und im alltäglichen Diskurs. Das zeigen in diesem Wahljahr 2026 unter anderem die Landtagswahlen in Deutschland. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) verdoppelte ihren Sitzanteil in Rheinland-Pfalz am 22. März 2026 auf 19,5% und ist drittstärkste Partei – ihr bestes Ergebnis bei einer westdeutschen Landtagswahl (vgl. Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz 2026). Indes ist die Bundespartei in der monatlichen Sonntagsfrage stärkste Kraft, 5 Prozentpunkte vor der Union (vgl. Tagesschau 2026a, b, c). Diese Entwicklungen sind deshalb alarmierend, weil nach mehreren Landesverbänden sich nun auch bei der Bundespartei die Nachweise verdichten, es hier mit einer extremistischen Kraft zu tun zu haben:

“Die AfD ist verfassungswidrig nach dem Maßstab von Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz. Die Partei geht nach ihren Zielen und nach dem Verhalten ihrer Anhänger:innen darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen, insbesondere das Demokratieprinzip und die Menschenwürdegarantie”
(Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026).

Das ist das Ergebnis des bislang umfangreichsten Gutachten zur Verfassungskonformität der AfD, veröffentlicht am 25.06.2026 von der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Dieses Gutachten macht ein Verbot der Partei wahrscheinlicher denn je (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2026).

Hegemonie: Umkämpfter Raum

“Wir werden siegen und wir werden regieren“ sagte Tino Chrupalla am Parteitag der AfD in Erfurt im Juli 2026. Die Partei Co-Chefin Alice Weidel betont: die AfD werde den „Regierungsanspruch erheben, denn wir sind stärkste Kraft“ (Tagesschau 2026d). Die Mehrheit in einigen Wahlergebnissen kann die Partei bereits verzeichnen, doch um „dieses Land wieder vom Kopf auf die Füße [zu] stellen“, wie Chrupalla es formuliert (ebd.) – also für einen umfänglichen Systemwandel müssen sie die Vorherrschaft ihrer extremen Ideologie so tief in der Zivilbevölkerung verankern, dass der wehrhaft gestaltete Staatsapparat nicht mehr standhalten kann.

Nach dem marxistischen Philosophen Antonio Gramsci manifestiert sich diese Vorherrschaft einer Ideologie, auch Hegemonie genannt, auf zwei Ebenen: der Zivilgesellschaft und der formellen Regierung:

“Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle Ebenen festlegen: diejenige, die man die Ebene der Zivilgesellschaft nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin privat genannten Organismen, und diejenige der politischen Gesellschaft oder des Staates – ›die der Funktion der Hegemonie‹, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der direkten Herrschaft oder des Kommandos, die sich im Staat und in der formellen Regierung ausdrückt, entsprechen” (Gramsci 1991: 1502, Heft 12, § 1).

Dieser Logik folgend müssen die extremen Rechten für einen Systemwandel darum neben ihren Wahlerfolgen in der formellen Regierung, rechte Narrative in der Zivilgesellschaft normalisieren.

“Was öffentliche Meinung genannt wird, ist aufs engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, zwischen dem Konsens und der Gewalt” (Gramsci 1991: 916, Heft 7, § 83).

Abgesehen von parteipolitischen Erfolgen gilt es darum, die “öffentliche Meinung” ebenso im öffentlichen Diskurs und in öffentlichen Räumen zu erforschen.

Normalitätsvorstellungen schützen

Im Interview drängt Architekturtheoretiker und Publizist Philipp Oswalt darauf, der rechten Diskursverschiebung nicht durch Gegenargumente zu folgen. Stattdessen gelte es, bei den eigenen Werten zu bleiben und den Diskurs innerhalb der eigenen Normalitätsvorstellungen zu führen (Interview mit Philipp Oswalt, 2026). In dieser Arbeit sollen rechte Narrative nicht unterschwellig reproduziert und ihnen sensationsheischend Raum gegeben werden - auch nicht mit dem Versuch, diese Narrative mit Gegenargumenten zu entkräften.

Ziel ist es, hier genau hinzuschauen und zu erkennen, gegen wen und was sich eine wehrhafte Demokratie und wehrhafte Architekt:innen stellen. Vor diesem Hintergrund ist rechte Lektüre in dieser Arbeit zu folgenden Fragen befohrt:

- Mit welchen Narrativen versuchen extreme rechte Akteur:innen auf Stadt, Architektur und Architekt:innen einzuwirken?
- Mit welchen Mitteln setzen sie ihre Vorstellungen um?

Die Analyse rechter Stadttheorie und -praxis erfolgt in vier Abschnitten, die sich systematisch über eine Matrix aus historischen und aktuellen Zeitläufen sowie theoretischer Ideengeschichte und praktischer Realpolitik überkreuzen:

1. **Stadtfeindschaft:** Die Stadt als “widernatürliches Gebilde” positionierend, schafft Wilhelm H. Riehl das ideengeschichtliche Fundament rechter Stadtfeindschaft. Er idealisiert das ländlich-bäuerliche Leben als „natürlich“ und stellt die moderne Stadt als wurzellosen, degenerierten Gegenpol gegenüber. Er legt hiermit die Grundlage einer sich über die Jahrhunderte selbst bestätigenden rassistischen und menschenfeindlichen Theorieschule in Architektur und Städtebau.
2. **Nationalsozialismus:** Der Berufsstand unter dem “Führerprinzip” gleichgeschaltet, wurde die Architektur mit rassistischen Gesetzen zu einem zentralen Instrument für totalitäre Herrschaftslegitimation, ausgrenzende Maßnahmen, die Kriegsvorbereitung und den Genozid.
3. **Rechtsintellektueller Diskurs:** Die vermeintliche “Rettung” der verkommenen Stadt im Blick begreifen Rechtsintellektuelle die Stadt heute als vorpolitisches Handlungsfeld. Hier ringen sie um kulturelle Hegemonie indem sie die Moderne diskreditieren und Sehnsucht nach einer widerspruchsfreien „Alten Stadt“ erzeugen.
4. **Aktuelle rechte Ordnungsversuche:** “Machtfaktor” Land und Rekonstruktionen sind für die AfD eine räumliche Übersetzung der extremen rechten Ideologie in Wahlprogramme und Strategiepapiere. Sie arbeiten daran, Raumordnungsgesetze vorzubereiten und zu legitimieren. Parallel besetzt das “rechts-extreme Vorfeld” bereits Orte und kauft Immobilien, um Fakten einer extremen, rechten Hegemonie zu schaffen.

Stadtfeindschaft: Stadt als “widernatürliches Gebilde” nach Wilhelm H. Riehl

Wilhelm H. Riehl (1823-1897) gilt als ein Gründervater der Volkskunde und systematischer Theoretiker der Stadtfeindschaft (vgl. Braun 2024). Riehls Band „Die Naturgeschichte des Volkes“ bildet das ideengeschichtliche Fundament für rechte Sichtweisen auf die Stadt – bis heute.

Stadtfeindschaft und ländliche Sittlichkeit

Riehl stellt das ländlich-bäuerliche als das „Natürliche“ und die moderne Großstadt als dessen degenerierten Gegenpol dar (vgl. Braun 2024: 141). In seiner Betrachtung der Stadt etabliert er das binäre Narrativ der Stadt als künstliches und “widernatürliches” Gebilde, im Gegensatz zur organisch gewachsenen “natürlichen” Stadt der Vergangenheit (vgl. Braun 2024: 111). Die Stadtbevölkerung lehnt Riehl als „überfeinerte Civilisation [sic]“, die als Masse ohne Geschichte und Tradition, die den Bruch mit der Vergangenheit sucht, sowie für Mobilität, Rationalität und Geistigkeit stünden, radikal ab (vgl. ebd.). Die Stadtbewohner:innen betrachtet Riehl als Teil einer „wurzellosten, fluktuierenden Bevölkerung“, die schließlich zur „proletarischen Masse“ herabsinken werde (vgl. Braun 2024: 112). Ein weiteres seiner Narrative ist zudem der “wurzellosten Nomade“, den Riehl mit antisemitischen Stereotypen verknüpft, um die Stadt als geschichtslos und destruktiv darzustellen (vgl. Braun 2024: 113). In Riehls Theorie verliert der Stadtmensch seine nationale Identität. Er bezeichnet die Stadt als

“[...] ein X auch im Völkersysteme, ein Volk, welches sich nicht auf der Landkarte unterbringen läßt und doch existiert, dessen Nationalität darin besteht, keine zu haben und dessen Patriotismus die Zerstörung des eigenen Volksthumes ist [sic]” (Riehl 1854, zitiert nach Braun 2024: 114).

In Riehls Theorie ist das primäre Mittel die ideologische Mobilisierung des Bauernstandes als standhafter, „natürlicher Damm“ gegen den gesellschaftlichen Wandel und die Revolution. Er verknüpft „ehrliche, d.h. handwerkliche Arbeit“ exklusiv mit der vor-modernen Ordnung und stellt diese dem „luxuriösen“ Geist der Stadt gegenüber (vgl. Braun 2024: 112). (→ 1.1.3 Begriffe progressiv besetzen und völkische Framings entlarven)

Hin zur zeitgenössischen extremen rechten Stadtkritik

Riehl systematisierte die stadtfeindlichen Motive. Der Diskurs um die Jahrhundertwende popularisierte sie (vgl. Braun 2024: 125ff). Johann Braun schreibt, der maßgebliche Unterschied zu zeitgenössischen stadtkritischen Motiven liege in der Frage der Reformierbarkeit: Während heutige rechte Stadtkritiker:innen eine ästhetische oder soziale Erneuerung der Stadt anstreben und damit

Riehls Theorie zeitgenössisch anwendbar formulieren, lehnen Stadtfeind:innen die Stadt als Ganzes endgültig ab, so Braun. Für Vertreter:innen der stadtfeindlichen Perspektive bildeten ordnungspolitische Eingriffe im urbanen Raum keine langfristige Relevanz, da diese lediglich eine kurzzeitige Linderung des Leidensdrucks bewirken würden. Als einzig wirksames Mittel ihrer Ideologie sei daher die Stärkung des Ländlichen bzw. des Bauerntums, um eine dauerhafte gesellschaftliche Lösung herbeizuführen (vgl. Braun 2024: 126). (→ 1.1.2 Diskursverschiebung nicht folgen)

Strategien

1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen

1.1.3 Begriffe progressiv besetzen und völkische Framings entlarven

Nationalsozialismus: Der Berufsstand unter dem “Führerprinzip” gleichgeschaltet

Die Nationalsozialist:innen vollzogen eine Gleichschaltung des Berufsstandes der Architekt:innen und schränkten ihre gestalterische Freiheit massiv ein. Städtebau nutzten sie als zentralen Instrument der Herrschaftslegitimation und als wesentliches Mittel der Kriegsvorbereitung (vgl. Bodenschatz 2024).

Der Berufsstand stellt sich hinter das NS-Regime

Unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 sicherte der Bund Deutscher Architekten (BDA) dem Regime seine „selbstlose Mitarbeit“ (BDA 2013: 4) zu, in der Hoffnung, durch Opportunismus den langjährigen Wunsch nach einem gesetzlichen Berufsschutz zu realisieren (vgl. BDA 2013: 4). Beim Bundestag im März 1933 in München vorgelegt, konnte durch eine neue Satzung „jeder Architekt [sic]“ Mitglied des BDA werden, wenn er sich rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzt, die Berufsehre wahrt und arischer Abstammung ist (vgl. BDA 2013: 20). Mit der Eröffnung der Reichskulturkammer im November 1933 löste sich der BDA als freier Verein auf und wurde, um eine ausführende Rolle im NS-Staat tragen zu können, als staatlich anerkannter „Fachverband für Baukunst – BDA“ in die Reichskammer der bildenden Künste eingegliedert.

„Unser Ziel ist die Wiederherstellung des ‘Deutschen Baumeisters’. Der ‘Architekt’ ist ein blutleerer Begriff [...]“, äußerte sich Eugen Hönig, der damalige Präsident BDA (ebd.).

Gleichschaltung in der “Zwangskammer”

Die Reichskammer fungierte als „Zwangskammer“ (BDA 2013: 4), da die Berufsausübung an die Mitgliedschaft gebunden war, was dem Staat die absolute Kontrolle über alle Architekt:innen ermöglichte. (→ 1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden und → 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument) Der Berufsstand wurde dem „Führerprinzip“ unterstellt und zur rückhaltlosen Unterstützung des Staates verpflichtet; eigenständige, demokratische Prozesse von unten waren ausgeschlossen (vgl. BDA 2013: 45). (→ 3.1.3 Mut zum Dissens statt machtfügendem Konsens) Die in der Reichskammer erlassenen Berufsgrundsätze grenzten kategorisch all jene aus, die entsprechend der nationalsozialistischen, antisemitischen und rassistischen Gesetze nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörten. Durch den „Arierparagraphen“ wurden jüdische Architekt:innen sowie Vertreter:innen der Moderne (wie das „Neue Bauen“) systematisch aus der Kammer entfernt, mit Berufsverboten belegt und zur Emigration gezwungen (vgl. BDA 2013:10). (→ 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen)

NS-Gesetze entziehen die Gestaltungsfreiheit und weisen Zwangsarbeit zu

Darüberhinaus verloren die verbleibenden Architekt:innen ihre künstlerische Autonomie und wurden zu einer technokratischen Funktionselite degradiert (vgl. BDA 2013). Der planerische Fokus wandelte sich nach der Machtübernahme von der anfänglichen Förderung von Kleinsiedlungen hin zu monumentalen Repräsentationsprojekten und schließlich zu einer rein funktionalen, gewaltbasierten Kriegsinfrastruktur (vgl. Kunzmann 2025: 104).

Ein prägendes Merkmal war die totale Unterordnung jedes Bauwerks unter das „umfassend Größere“ von Stadt und Landschaft, um den totalitären Gestaltungsanspruch zu symbolisieren (vgl. ebd.). (→ 4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven) Flankiert wurde diese räumliche Ordnung durch massive Propaganda in Ausstellungen und Medien, um die Bevölkerung ideologisch auf die Ziele des Regimes auszurichten (vgl. Kunzmann 2025: 105).

Weitere rechtliche Instrumente wie das „Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte“ von 1937 radikalisierten den staatlichen Zugriff:

„§2 (1) Soweit es zur Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen erforderlich ist, kann das Grundeigentum nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften entzogen oder beschränkt werden“, (Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937)

(→ 2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern) Als gewaltsames Mittel der Umsetzung dienten Zwangsarbeit und Konzentrationslager, die als „Lagerlandschaft“ fester Bestandteil der städtebaulichen Realität waren (vgl. Kunzmann 2025: 104, 107). (→ 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen)

Strategien:

1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument

2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern

3.1.3 Mut zum Dissens statt machtfügendem Konsens

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen

4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen verknüpfen

4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven

Rechtsintellektueller Diskurs: Die “Rettung” der verkommenen Stadt

Johann Brauns „Stadt von Rechts“ (2024) zeigt entlang einer Bandbreite rechter Publikationen – von rechtsintellektuellen Magazinen wie der Sezession oder CATO bis hin zu völkischen Zeitschriften: Die politische Rechte besetzt die Stadt nicht mehr als Feindbild, sondern positioniert sie gezielt als strategisches Handlungsfeld und metapolitische Bühne.

In der Gegenwart der Niedergang, in der Vergangenheit die Rettung:

In seiner Analyse bricht Braun mit dem gängigen Klischee, rechte Politik ließe sich rein auf eine oder „Großstadtfeindlichkeit“ reduzieren (vgl. Braun 2024: 293). Zwar greifen moderne rechte Diskurse auf historische, stadtfeindliche Motive zurück (etwa von Wilhelm H. Riehl), doch die Stadt ist heute konstitutiver Teil rechter Vorstellungswelten.

“Der Gegensatz von Gegenwartsbeschreibung und Normalitätsvorstellung bestimmt die fundamentale Logik des rechten Stadtdiskurses.“ (Braun 2024: 159)

Braun arbeitet eine polarisierende Logik heraus, die die Stadt in zwei gegensätzliche Bilder teilt: Die extremen Rechten rahmen die gegenwärtige Stadt als „identitätslose Betonwüste“, als Ort des Chaos, der „Überfremdung“ und des multiplen staatlichen Kontrollverlusts (vgl. Braun 2024: 158, 195). Die städtebauliche Moderne wird hierbei als ein „Hegemonieprojekt einer Elite“ delegitimiert, welches gewachsene Traditionen zerstöre, so der rechte Tenor (vgl. Braun 2024: 226).

Dem stellt die extreme Rechte das Ideal der „Alten Stadt“ gegenüber. Diese soll durch Ordnung, bauliche Eindeutigkeit, Naturverbundenheit und eine homogene „Volksgemeinschaft“ geprägt sein. (→ 1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen)

“Harte Nüsse”: anschlussfähige rechte Narrative de-maskieren

Beim Lesen der rechtsintellektuellen Texte, aufbereitet in “Stadt von Rechts”, fällt auf: Einige rechte Positionen ähneln oberflächlich demokratischen progressiven Anliegen, das macht sie Anschlussfähig. Im Subtext wird jedoch deutlich, dass diese Positionen auf völkischen, rassistischen Idealen beruhend einerseits eine territoriale Volksheimat abstecken und/ oder eine abgegrenzte Volksgemeinschaft konstruieren sollen:

1. **Volksh Heimat samt Blut und Boden:** Auf die Frage: “Was ist deine Heimat?” habe jede:r eine individuelle Antwort, beschreibt Philipp Oswalt im Interview. Es gehe dann um Alltagskontexte, Sozialbeziehungen, darum wo man aufgewachsen ist. In diesem Kontext sei der Begriff positiv besetzt und nicht ideologi-

siert. (vgl. Oswalt, 2026, Interview, s. A. 2.5)

Der Heimatbegriff im rechten Diskurs basiert auf der rassistischen Vorstellung, dass ein bestimmtes Volk ein exklusives Anrecht auf einen spezifischen Raum hat, welcher durch strikte soziale und physische Grenzen gegen jede Form der Pluralität und Alterität abgeschirmt werden muss, um das „Eigene“ vor dem „Fremden“ zu bewahren. Migration wird konsequent als feindseliges Eindringen formuliert. Begriffe wie „Landnahme“ oder „raumgreifende Fremde“ suggerieren, dass die Bevölkerung ihr Recht auf den eigenen Boden verliere (vgl. Braun 2024: 193).

2. **Ausgrenzende Volksgemeinschaft:** In der Debatte um Gemeinschaft steht die inklusive Gesellschaft dem extremen rechten Narrativ der „Volksgemeinschaft im Kleinen“ gegenüber. Das bürgerliche Subjekt der Rechten soll eine weiße, deutsche und wehrhafte Einheit bilden, um den eigenen „Gebietsanspruch“ durchzusetzen (vgl. Braun 2024: 200).

Die anschlussfähigen Positionen gleichen “harten Nüssen”, weil sie oberflächlich progressiven Idealen entsprechen, was erschwert, sie als extreme rechte Narrative zu knacken. Vier sind im Folgenden herausgegriffen (→ 3.1.4 Beteiligung als Räume nutzen, um „Harte Nüsse“ diskutieren und (→ 5.3.1 Konservative Narrative einbinden):

3. **Tradition vs. Bauwende:** Während die ökologische Bauwende das Benutzen von nachwachsenden, trennbaren Materialien und die Stärkung des Handwerks fordert (vgl. Architects for Future, o. J.), idealisiert der rechte Diskurs “natürliche” Baumaterialien, um Grenzen einer völkischen Heimat baulich zu bestätigen. Das Handwerk wird mystifiziert als „künstlerisch-gestalterisches Genie“, das im Gegensatz zur „unpersönlichen Maschine“ eine „natürliche Ursprünglichkeit“ verkörpere. (vgl. Braun 2024: 174, 165). Progressive Architekturtheorie spricht in Bezug auf das handwerkliche Reparieren von Care, der Sorgarbeit (vgl. Femmer et al., 2023, S. 2–4) – im rechten Diskurs wird indes von handwerklicher „Sorgfalt“ gesprochen (Braun 2024: 229). Gemeint ist hier die Wertigkeit der Handwerkenden, die sorgfältig arbeiten, im Gegensatz zur industriellen, beschleunigten Bauart, die Unbeständigkeiten, und die “rasche Folge von Bau, Abriss und Neubau” nach sich zieht (vgl. Braun 2024: 165). Diese Kritik an Unbeständigkeit moderner Architektur könnte als Plädoyer für Langlebigkeit missverstanden werden, sie dient jedoch primär der Verankerung von völkischer Tradition, die keine baulichen Widersprüche zulässt (vgl. Braun 2024: 171). (→ 1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen)

4. **Fortführung einer Volksidentität vs. Genius Loci:** Der Rückbezug auf regionale Besonderheiten ähnelt dem architektonischen Konzept des genius loci (vgl. Buchert & Kienbaum 2013: 68). Rechte Autor:innen nutzen das „Besondere“ des Ortes jedoch, um mit emotionalen Bildern von Behaglichkeit, Verbundenheit und Gemeinschaft erneut die territoriale Abgrenzung einer Volksgruppe zu bestätigen. Kalkuliert werden diese Bilder darüber hinaus gegen eine als kühl und rational markierte Moderne ausgespielt. Um dahin zu gelangen, müsse die Stadt „traditionalistisch repariert“ werden. (vgl. Braun 2024: 180)
5. **Raumordnung: Der Stadt-Land-Dualismus:** Während es im progressiven Architekturdiskurs darum geht, Stadt und Land als gleichwertige Bestandteile eines gemeinsamen räumlichen Systems zu behandeln, (vgl. ARCH+ 2017; Bundesstiftung Baukultur 2016), wird im rechten Diskurs ein antagonistischer Dualismus genutzt, um die Stadt als u.a. als „ökonomisches Entscheidungszentrum“ zu brandmarken (vgl. Braun 2024: 214), die das Land als Spekulationsobjekt missachtet, um eine „urbane Dominanz“ zu behaupten und das Ländliche als Ort der „kulturellen Eigenart“ gegen die „städtische Entwurzelung“ zu stilisieren.
6. **Feministische Planung und „Frauenschutz“:** Ein Narrativ davon ist der instrumentalisierte „Frauenschutz“. Während feministische Planung Angsträume für alle abbauen will (vgl. Hartmann 2022: 91), nutzt die Rechte den Verweis auf die Unsicherheit von Frauen, um rassistische Bedrohungsszenarien zu zeichnen und repressive Sicherheitsregime zu fordern, die sich klar gegen Geflüchtete richten (vgl. Braun 2024: 228). (→ 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen)

Strategien:

1.1.1 Forschen und reflektieren

1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen

3.1.4 Beteiligung nutzen um „Harte Nüsse“ diskutieren

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen

5.3.1 Konservative Narrative einbinden

Das „Kulturelle“ und die Rekonstruktion zur Umsetzung

Johann Braun macht deutlich, dass die intellektuelle Rechte versucht, im „Feld des Kulturellen“ (Architektur, Ästhetik, Lebensstile) eine kulturelle Hegemonie zu erlangen, bevor sie diese in reale Macht übersetzt (vgl. Braun 2024: 169). Und hierbei haben sie Erfolg. Die Diskursverschiebung nach rechts ist im Feld der Architektur und Stadtplanung bereits festzustellen (vgl. Oswald, 2026, Interview, s. A. 2.5). Neben dieser Besetzung des „metapolitischen Feldes“ in Zeitschriften ist ein wesentliches Werkzeug der Ideologie der rechten Intellektuellen die Förderung der Rekonstruktionsarchitektur. So wollen die extremen Rechten eine widerspruchsfreie Nationalgeschichte baulich manifestieren und den „normalen Bürger“ gegen eine vermeintlich „modernistische Elite“ mobilisieren (vgl. Braun 2024: 169 und Oswald, 2026, Interview, s. A. 2.5). (→ 1.1.1 Forschen und reflektieren)

Aktuelle rechte Ordnungsversuche: “Machtfaktor” Land und Rekonstruktion

Extreme rechte Bestrebungen zielen darauf ab, über die bloße parlamentarische Präsenz hinaus eine kulturelle Hegemonie im vorpolitischen Raum, oder anders gesagt “die Lufthoheit über die Köpfe, das Denken, die Sprache und die moralischen Werte der Zivilgesellschaft” (Kulturbüro Sachsen 2026: 4) zu erlangen. Dafür werden Immobilien gekauft und öffentlicher Raum besetzt und Architektur politisch als Identitätswerkzeug instrumentalisiert, um völkische Raumordnungen zu legitimieren.

Duale Strategie: kaufen und besetzen

Der Bericht “Sachsen rechts unten 2026” beschreibt den Prozess der „strategischen Raumnahme“ als eine duale Strategie, die materielle Sicherung und symbolische Besetzung untrennbar verschränkt (vgl. Kulturbüro Sachsen 2026: 4). Die Besetzung symbolischer Räume dienen als „Metapolitik“, um den Rahmen des politisch und gesellschaftlich Sagbaren nach rechts zu verschieben (vgl. Kulturbüro Sachsen 2026: 40). Öffentlicher Raum wird durch visuelle Markierungen (Sticker, Plakate, Beflaggung) physisch angeeignet, um eine Atmosphäre der Omnipräsenz zu schaffen, die politische Gegner einschüchtert (vgl. Kulturbüro Sachsen 2026: 14, 40).

Gezielter Erwerb von Immobilien, Gaststätten und ländlichen Anwesen dient als strategische Infrastruktur für die Etablierung von Parallelgesellschaften und der langfristigen materiellen Absicherung ihrer Ideologie (vgl. Speit 2023). Die so aufgebauten extremen rechten Zentren bieten geschützte Räume für Vernetzung, Schulungen oder Kampfsporttraining und ermöglichen die Radikalisierung aus dem digitalen Raum hinein in die physische Realität (vgl. Kulturbüro Sachsen 2026: 39; vgl. Speit 2023). Schleichend nehmen die extremen Rechten so ganze Regionen ein und unterwandern lokale Strukturen (vgl. Speit 2023).

Etablierung extremer rechter AfD-Kneipen

Die AfD Rheinland-Pfalz forciert ebendiesen Prozess in ihrem Strategiepapier “Verankerung in der Fläche”. Ihr Vorhaben, sich als die zentrale Partei des ländlichen Raums, flächendeckend als „Machtfaktor“, zu etablieren, gliedern sie in drei Stufen: Sozialer Erstkontakt; Infrastrukturaufbau und thematische Besetzung. Sie streben an, sich dem ländlichen Raum aktiv durch eine „Politik von unten“ zu öffnen und bleibende Strukturen für Heimat und Gemeinschaft zu schaffen. Hierfür verpflichten sich ihre Landtagsabgeordneten zum Aufbau einer Kneipe, pro Wahlkreis und liefern Diskussionspunkte der politischen Radikalisierung gleich mit (vgl. Münzenmaier 2026). (→ 1.1.4 Die Blase platzen lassen)

Die AfD treibt die extreme rechte Hegemonialisierung parteipolitisch an

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt 2026 übersetzt Begriffe, wie Demokratie, Freiheit und Diskriminierung in rechtsextreme Normalitätsvorstellungen – immer wieder auch Bezogen auf räumliche Gestaltung. Das Programm ist geprägt von einer scharfen Rhetorik der Abgrenzung und dem Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen und institutionellen Umgestaltung. Es lässt sich als Entwurf einer autoritären, ethnisch homogenen Ordnung lesen, die bestehende demokratische Strukturen und liberale Werte als „Zerstörungswerk“ diskreditiert und die auf Ausgrenzung, Nationalismus und der Rückabwicklung liberaler gesellschaftlicher Errungenschaften basiert. Zur Identität durch Bautradition heißt es:

“1. Deutsch denken!

Die Landesregierung betreibt unter dem Titel „modern-denken“ eine Imagekampagne, die versucht, aus dem Bauhaus die Identität des Landes Sachsen-Anhalt abzuleiten. Dabei war gerade die Bauhaus-Architekturschule immer bestrebt, jedes Anzeichen von nationaler Verwurzelung zu vermeiden. Die moderndenken-Kampagne treibt so die Politik der Identitätslosigkeit auf die Spitze” (AfD Sachsen-Anhalt 2026: 46).

Architektur wird hier sichtbar als zentrales Werkzeug der „Identitätsbildung“ begriffen. (→ 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument)

Priorisierung des ländlichen Raums

Wilhelm H. Riehls Narrativ des Stadt-Land-Dualismus findet sich in AfD-Wahlprogrammen wieder: Der ländliche Raum wird als Ort der Bodenständigkeit und Verwurzelung glorifiziert, klar priorisiert mit dem Ziel die Landflucht umzukehren (vgl. AfD Sachsen-Anhalt 2026: 122).

(→ 6.3.2 Lokale gewerbliche Strukturen fördern)

Zum Zweck des “Heimatschutz” und in Verteidigung gegen den “Energiewende-Irrsinn” wird Windkraftausbau als „Verstümmelung der Landschaft“ dargestellt und die ökologische Transformation als Angriff auf die nationale Identität gerahmt. Im Wahlprogramm der AfD für die Landtagswahlen 2024 in Sachsen wird der Freistaat als einen zu schützenden Identitätsraum stilisiert. Die angestrebte Raumordnung basiert auf einer strikten Trennung zwischen „Heimat“ und „Fremde“ sowie einer massiven Stärkung des ländlichen Raums gegenüber den urbanen Zentren (vgl. AfD Sachsen 2024: 88).

Rassistische Narrative der Wohnkrise

Die Verknappung von Wohnraum in Städten wird primär auf „unkontrollierte Einwanderung“ zurückgeführt, um eine ethnische Konkurrenz um den Raum zu schüren. (vgl. AfD 2025: 36) Mit “Abschiebung schafft Wohnraum” argumentiert die AfD in Sachsen und reagiert somit auf

die Wohnkrise als ein räumliches Problem statt einer planerischen Lösung mit rassistischen Narrativen (vgl. AfD Sachsen 2024: 88). (→ 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen)

Traditionsreiche Rekonstruktionsarchitektur für mehr „Heimatgefühl“

Architektonisch setzt die AfD auf das von Braun identifizierte Mittel der Rekonstruktion:

“Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität. Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch Rekonstruktionen wiederhergestellt werden” (AfD 2025: 171).

In Sachsen-Anhalt wird „Schöner bauen!“ mit regionalen Materialien gefordert, orientiert an einer *“Trump-Exekutivorder: Öffentliche Gebäude müssen von der Mehrheit der Bevölkerung als schön empfunden werden und müssen historische Identität widerspiegeln.”* (AfD Sachsen-Anhalt 2026: 48).

Strategien:

1.1.4 Die Blase platzen lassen

2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen

6.3.2 Lokale gewerbliche Strukturen fördern

Bewegung und Gegenbewegung im “Brennglas” Weißwasser

Um den Widerstand gegen und die Dynamik von rechten Erfolgen zu verstehen, ist der Blick auf kommunalpolitische Prozesse unerlässlich. Gerade in kleineren Kommunen, wie Weißwasser, nutzen extreme rechte Akteur:innen spezifische “Gelegenheitsstrukturen” (Domann und Nuissl 2022: 241) für ihren politischen Erfolg (vgl. Domann und Nuissl 2022: 201), so zum Beispiel im Lausitzer Weißwasser. Wo eine Bewegung ist, da ist auch eine Gegenbewegung. Aus dieser grundlegenden Logik der Refigurationstheorie (vgl. Knoblauch und Löw 2021) lässt sich folgern: Da, wo die extremen Rechten besonders stark auftreten, formiert sich notwendigerweise auch ein demokratischer Widerstand. Die räumliche Manifestation dieser politischen Spannungen und das darin liegende für die Demokratie produktive Potential begreifen und analysieren wir als „Konflikträume“.

“Brennglas” Weißwasser

Wir schauen in die Lausitz, genauer noch nach Weißwasser. Seitdem die AfD im Juni 2024 29,75 % der Sitze im Stadtrat belegt und es regelmäßig zu Kooperationen mit der CDU bis hin zur SPD gibt, musste auch der demokratische Widerstand wachsen.

Die einst pulsierende Glasmacherstadt Weißwasser ist von 40.000 Einwohner:innen heute auf 15.000 Einwohner:innen geschrumpft. Mehrere Strukturwandel haben die Stadt in den letzten 30 Jahren stark verändert. Gebäude, die ihrer Zeit von bekannten Architekt:innen wie Emil Lange oder Ernst Neufert gebaut wurden, stehen heute halb verfallen da. Dieser Prozess der Peripherisierung hinterließ tiefe Spuren im kollektiven Bewusstsein. Die heutige Stärke der Rechten speist sich hier aus einer, wie Tobias Haas es nennt, „dreifachen Abwertungserfahrung“: dem Bruch der Wende, der Entwertung der Heimat und der aktuellen Kritik an der Braunkohle (Haas 2020: 153). Die extremen Rechten finden hier spezifische Gelegenheitsstrukturen vor, die ihren Erfolg begünstigen: Klassische zivilgesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaften oder Kirchen haben an Bindungskraft verloren. Es entsteht eine organisatorische Lücke, in die rechte Kräfte stoßen, um ein neues, exklusives Gemeinschaftsangebot zu machen (vgl. Schroeder et al. 2022).

In kommunalen Settings, wie Weißwasser, werden Entscheidungen oft durch in der Breite durchgeführte, informelle Gespräche zum Konsens geführt. Dies wird von Populisten als intransparente „Klüngelwirtschaft“ der Eliten umgedeutet, was ein „Defizit an vertikalem Vertrauen“ zwischen Bürger:innen und Politik schafft (Domann und Nuissl 2022: 211).

Durch die empfundene Bedrohungen von „außen“, wie Kohleausstieg, Zuzug, oder Klimapolitik wird ein nach innen homogenisierendes „Wir“ erzeugt, das sich gegen „externe Sündenböcke“ verteidigen zu müssen glaubt

(Haas 2020: 163). In Weißwasser konnte die AfD so zuletzt 7 von 22 Plätzen im Stadtrat holen (+7,8 % zur Vorwahl) und gliedert sich damit in den sächsischen Wahlrend ein.

Verräumlichung der Konfliktlinien

Die Analyse der aktuellen Dynamiken in Weißwasser lässt darauf schließen, dass grundsätzliche Konfliktlinien die Stadtgesellschaft durchziehen. Um diese nicht nur als politisches, sondern als räumliches Phänomen zu verstehen, greifen wir auf das Konzept der Refiguration zurück. Konflikt wird hierbei nicht als Defekt der Stadtentwicklung begriffen, sondern als der zentrale Motor des räumlichen Wandels. Nach der Raumsoziologin Martina Löw entstehen solche Konflikt Räume dort, wo unterschiedliche Raumfiguren – namentlich Territorium, Ort, Bahn und Netzwerk – aufeinanderprallen und in Spannung zueinander geraten. In Weißwasser kollidiert derzeit das globale „Netzwerk“ der Energiewende und Dekarbonisierung mit dem lokalen „Territorium“ der Bergbautradition. Während die Netzwerklogik auf weltweite Verknüpfungen und den Austausch von Wissen setzt, basiert die territoriale Logik auf Abgrenzung und der Herstellung von Homogenität im Inneren.

„Grenzen wiederum produzieren Homogenität im Inneren von Territorien, z. B. weil sie als „Sortiermaschinen“ funktionieren. Orte hingegen brauchen keine klar markierte Außengrenze, auch wenn wir in der Regel wissen, wo Orte beginnen und enden“ (Knoblauch et al. 2025).

Diese Spannungen zwischen den Raumfiguren führen zu einer Neuordnung des Sozialen. Demokratie muss in diesem Sinne als ein ständiger Prozess des politischen Handelns und des Streits verstanden werden.

Analyse der Konflikt Räume

Anstatt Konflikte im Sinne einer „Postpolitik“ zu befrieden oder zu neutralisieren, plädiert Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin Gabu Heindl für die Schaffung „dissensfreundlicher Raum-Dispositive“ (Heindl 2022: 136). Das Ziel dieser Orte ist der Agonismus: das Verhältnis zwischen Menschen, die sich als legitime Gegner anerkennen, anstatt sich als Feinde (Antagonismus) zu bekämpfen. Sie argumentiert, dass Demokratie kein fertiger Zustand ist, sondern ein fortwährender Prozess des Streits. Konflikte begreift sie unter diesen radikal-demokratischen Voraussetzungen nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die Demokratie. Das Ziel von Planung darf daher nicht eine „Pazifizierung“ oder die Erzwingung von Konsens sein, da dies den Boden für rechtspopulistische Vereinnahmungen bereitet (vgl. Heindl 2022: 136). Dies setzen wir in Verbindung zu von der Architekturtheoretikerin Sophie Wolfrum formulierten Aufgabe von Architektur und Planung, Räume nicht starr

festzulegen, sondern Handlungsspielräume zu eröffnen. In „Performativer Urbanismus“ beschreibt sie die Stadt nicht als statisches Objekt, sondern als ein durch körperliches Handeln und soziale Ereignisse produziertes Geschehen. Im Abwägen von „Kontingenz“ und „Prägnanz“ gestalten Architekt:innen dabei die Bühne des urbanen Alltags samt eingeschriebener Nutzung und unvorhergesehene Aneignungen (vgl. Wolfrum in Buchert 2014). Wir wenden diesen Ansatz in Weißwasser „rückwärts“ an: Wir beobachten den Dissens als Ereignis und schließen daraus auf die notwendigen, räumlichen Strukturen. Indem wir Weißwasser durch diese Brille analysieren, suchen wir nach Räumen, die „Kapazität“ besitzen – also die Fähigkeit, den produktiven demokratischen Streit räumlich zu ermöglichen.

Auf der Suche nach Konflikten und ihren Orten haben wir Passant:innen auf der Straße angesprochen und kurze Interviews entlang der Fragen geführt:

- Was hat Sie in letzter Zeit in Weißwasser gefreut oder verärgert?
- Wo gehen sie hin, um sich darüber auszutauschen, oder darüber zu streiten?

Orte, um die sich Konflikte aufzutürmen schienen, haben wir besucht. In semistrukturierten Interviews leiteten uns hier die Fragen:

- In welcher Hinsicht ist euer Ort ein Ort, um den es Konflikte gibt?
- Wie werden hier Konflikte ausgetragen?

Daraus ergaben sich vier Betrachtungsräume:

1. **Die Stadt als Bühne:** Die erstarkenden extremen Rechten drängen in die Stadt. Der Konflikt zwischen ihnen und den widerständigen Demokrat:innen tritt vielerorts zu Tage.
2. **Das Rathaus:** Die extremen Rechten sind im Stadtrat so stark, dass sie eine progressive Stadt- und Baupolitik effektiv blockieren können.
3. **SKZ Telux:** Einzelne Orte sind besonders unter Beschuss. So hat die AfD im Soziokulturellen Zentrum Telux ein Feindbild gefunden. Mithilfe breiter Unterstützung aus der Zivilgesellschaft konnte man sich hier gegen die Schließung wehren.

Stadt als Bühne: Öffentliches Zutreten der Konfliktlinien

Weißwasser zeigt exemplarisch, wie Räume umkämpft werden – nicht nur ökonomisch, sondern symbolisch zwischen wehrhafter Demokratie und völkischer, nationalistischer, rechter Prägung. Im Verteilungskampf der öffentlichen Mittel und durch physische Präsenz im öffentlichen Raum wird die Stadt zur Arena hegemonialer Aushandlung.

Verteilungskampf

Mit den begrenzten Mitteln hat die Stadt viel zu leisten. Für eine 15.000er Stadt hat Weißwasser eine über- raschend große Zahl an öffentlichen Einrichtungen und Begegnungsorten. Zählt man sie auf, lässt sich erahnen, wie die Stadt einst mehr als doppelt so einwohner:innenstark florierte. Noch heute gibt es in Weißwasser einen Tierpark, ein Schwimmbad, ein soziokulturelles Zentrum, ein Museum ein Zweitliga-Eisstadion und mehr: Eine Frau mit Rollator, ca. 80 Jahre alt, erzählt, dass sie regelmäßig in der Begegnungsstätte in der Karl-Marx-Straße Leute trifft:

„Ich gehe jeden Mittwoch. Da machen wir eine halbe Stunde Sport. Dann trinken wir Kaffee. Herrlich [...] Hauptsache man ist unter Leute“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026). (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume)

Eine Schülerin, 11 Jahre alt, berichtet:

„Also es gibt halt so eine Kinderbibliothek. Und da kann man zum Beispiel auch so zum Essen hin oder so, und da kann man dann einfach so mit Leuten ins Gespräch“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026). (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume)

Im Süden der Stadt liegt der „Freizeitpark“, ein weitläufiges Gelände mit vielen kleinen, augenscheinlich seit Jahren ungenutzten, nicht gepflegten, interaktiven Spielsituationen, einem Amphitheater und einer Dirtbike Strecke. Konzerte und Feste finden hier nicht mehr statt, wissen drei Teenager, die auf den Bus warten:

„[Der Freizeitpark] war ja damals auch sehr beliebt. Ich weiß nicht, ob das heute noch ist. Ja, und dort waren auch ganz viele Veranstaltungen. Jetzt ist nichts mehr übrig. Er ist verwachsen.“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026)

Zwei Frauen mit Hund, ca. 65 und ca. 45 Jahre alt, fassen die schwierige Lage so zusammen:

„Jahrelang hatten wir eine tolle Stadt und jetzt geht hier alles kaputt. Sie sollten bloß gucken, wie die Läden aussehen. [...] Dass hier wenig für den Einzelhandel getan wird. Im Prinzip ist das ein Riesenthema, weil es wird immer alles nur in den Eissport geschoben. Ich sehe ja ein, es ist eine Sache, die Weißwasser auch ein bisschen hochhält, aber die ganzen kleinen Läden gehen immer unter“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026). (

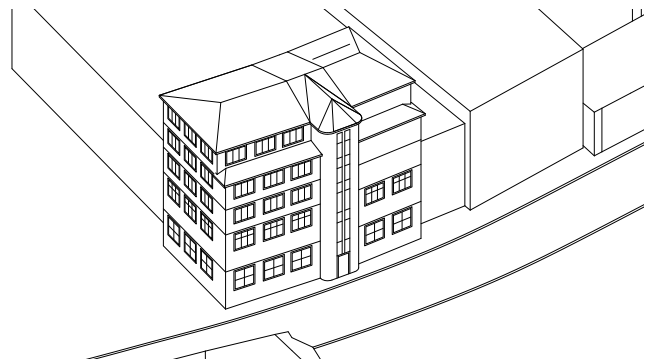
→ 6.3.2

Lokale gewerbliche Strukturen fördern)

Alles scheint in Konkurrenz zu stehen beschreibt eine Passantin:

„Nicht bloß Discounter herstellen, sondern auch mal richtig schöne Parks hier, wo man richtig mal laufen kann. Wie Bad Muskau zum Beispiel. Oder ein Outdoorspielplatz“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026). (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume)

Doch auch die Discounter und andere Läden erfüllen eine wichtige Funktion. Die Saschowawiese, eine lange Reihe Einkaufsläden samt Parkplatz, ist der wuseligste und belebteste Ort, der in Weißwasser zu finden ist. Und auf die Frage, wo man sich in Weißwasser am besten trifft, werden vor allem gewerbliche Einrichtungen aufgezählt. So beschreiben zum Beispiel zwei Teenager: „Zum Abhängen gehen wir oft in den Dönerladen am Bahnhof. Ali am Bahnhof, da gehen wir oft hin und haben ein bisschen Zeit.“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026) (→ 6.3.1 Gewerbe als Begegnungsraum inszenieren)



Das Volkshaus in der Görlitzerstraße 8

Kulturkampf

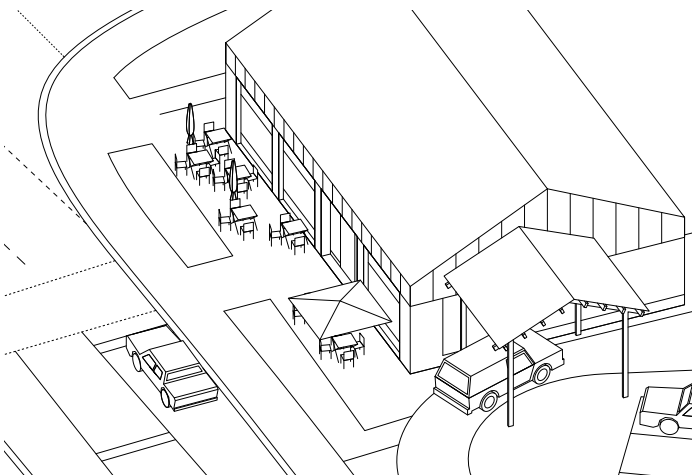
Besonders hoch schlagen die Herzen bei den alten und neuen Zentren für Kultur. Agitiert zeigen eine Vielzahl der gesprochenen Passant:innen eine starke Meinung zur vermeintlichen Konkurrenz zwischen Volkshaus und dem soziokulturellen Zentrum (SKZ) „Telux“. Das Volkshaus, ein architektonisch herausragendes Gebäude der Neuen Sachlichkeit, war bis zur Wende das Kulturzentrum der Glasindustrie. Doch seit dem brannte es zwei Mal ab. „Das war ein großer Saal, da hatten sie ihre Gruppen feiern, da waren Tanzveranstaltungen. Da war vieles drin. Ich war auch schon mal zu einer Musiksendung. Dass das wieder aufmacht? Ich glaube nicht, dass das aufgebaut wird. Mhm. War schön“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Viele trauern dem Ort hinterher, aber die Instandsetzung kann sich die verschuldete Stadt nicht leisten - zumal es inzwischen eine Einrichtung gibt, die die kulturelle Lücke bereits füllt: Das SKZ Telux ist 15 Gehminuten entfernt in eine leerstehende Glasfabrik eingezogen. Viele schätzen diesen Ort: „Das Einzige, was es hier gibt für die Jugend

ist die Telux“ (Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Im Subtext der Straßengespräche klingt durch, dass entlang des Volkshauses und des SKZ Telux, gesellschaftliche Vorstellungen und Generationenkonflikte verhandelt werden. Während das Volkshaus oft als nostalgischer DDR-Sehnsuchtsort beschrieben wird, steht das Telux für eine progressivere, jugendorientierte Nutzung. Über die Verteilung der begrenzten Mittel der Stadt besteht auch hier Unmut:

„Die alten Leute, die wollen alle, dass das Volkshaus wieder aufgebaut wird. Wo ich einfach sage, was wollen wir mit dem Volkshaus? Da kannst du nichts mehr aufbauen. Wer soll denn da hingehen? [...] (Über das Telux) Klar ist es schön, wenn die Jugend dann dorthin geht, aber wenn es dann auch wieder nur Mittel sind, die die Telux kriegt und alle anderen müssen wieder ins Leere gucken, finde ich das nicht in Ordnung“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).



Die Bäckerei Dreißig in der Muskauerstraße 101e

Konflikte besprechen

Gefragt nach Orten, an denen die Passant:innen ins Gespräch über ihren Unmut kommen, werden Stammtische in zwei Einrichtungen genannt:

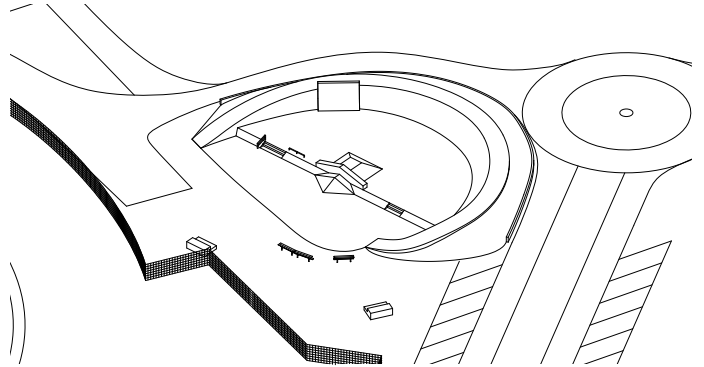
„Und wir gehen einmal im Monat oben in die Quetsche. Da gehen wir, das ist noch ein bisschen, ich sage mal, Hausmannskost, würde ich mal so sagen. Von, wie wir es in der DDR gehabt haben. Die machen das noch ein bisschen auch zu normalen Preisen. Und da gehen wir auch gerne hin. Und dann wird da beraten.“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026) (→ 6.3.1 Gewerbe als Begegnungsraum inszenieren)

Einmal im Monat lädt das Soziale Netzwerk Lausitz zudem in die Bäckerei 30 zum Plaudertisch. Der MDR berichtet:

„[Das Soziale Netzwerk Lausitz] will Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen in der Region zusammenbringen. Einmal im Monat treffen sich nun die Menschen bei Kaffee und Kuchen.“ (MDR 2026)

Beide Orte werden neben der ungezwungenen Begeg-

nung aber auch politisch vereinnahmt. Während die AfD in die Quetsche einlädt (vgl. afd_kreisverband 2026), sind es in der Bäckerei 30 die Omas gegen Rechts, die zum Stammtisch einladen.



Der Skatepark in der Heinrich-Heine Straße

Routinen des Widerstands

Der Dissens rückt aber vor allem da in den Vordergrund, wo sich die Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Zu beobachten ist das insbesondere im Kleben, Überkleben und Abreißen von Stickern mit politischen Botschaften an Laternen und Ampeln.

Bedrohlicher wird es am Skatepark. Ein Mitglied der Jungen Linken berichtet uns, dass er diesen Ort meidet, um Übergriffen von rechten Jugendlichen auszuweichen. Auf dem Marktplatz wird diese Spannung wöchentlich ausgelebt. Jeden Montag demonstrieren rechte Gruppen vor dem Rathaus, schwenken Deutschlandfahnen. Als Gegenreaktion organisieren linke Initiativen ihrerseits wöchentliche Proteste. Mit Camping-Pavillons gegen die Sonne und mit Informationsmaterial ausgerüstet, kommen Omas gegen Rechts aus Berlin, und Zivilgesellschaft aus Weißwasser und Umgebung zusammen, vor allem Jugendliche und junge Familien. Zwischen den beiden Lagern bildet die Polizei eine spürbare Barriere mit vier verteilten Einsatzwagen.

Über Lautsprecher werden Songs gegen die AfD und rechte Ideologie laut abgespielt, teilweise live gerappt. Der Sound ist so laut, dass er bis in die Sitzungsräume des Rathauses zu hören ist. Hier tagt montags immer der Bau- und Wirtschaftsausschuss des Stadtrats. (Teilnehmende Beobachtung am 24. Juni 2026)

Strategien:

4.1.1. „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume

6.3.1: Gewerbe als Begegnungsraum inszenieren

6.3.2: Lokale gewerbliche Strukturen fördern

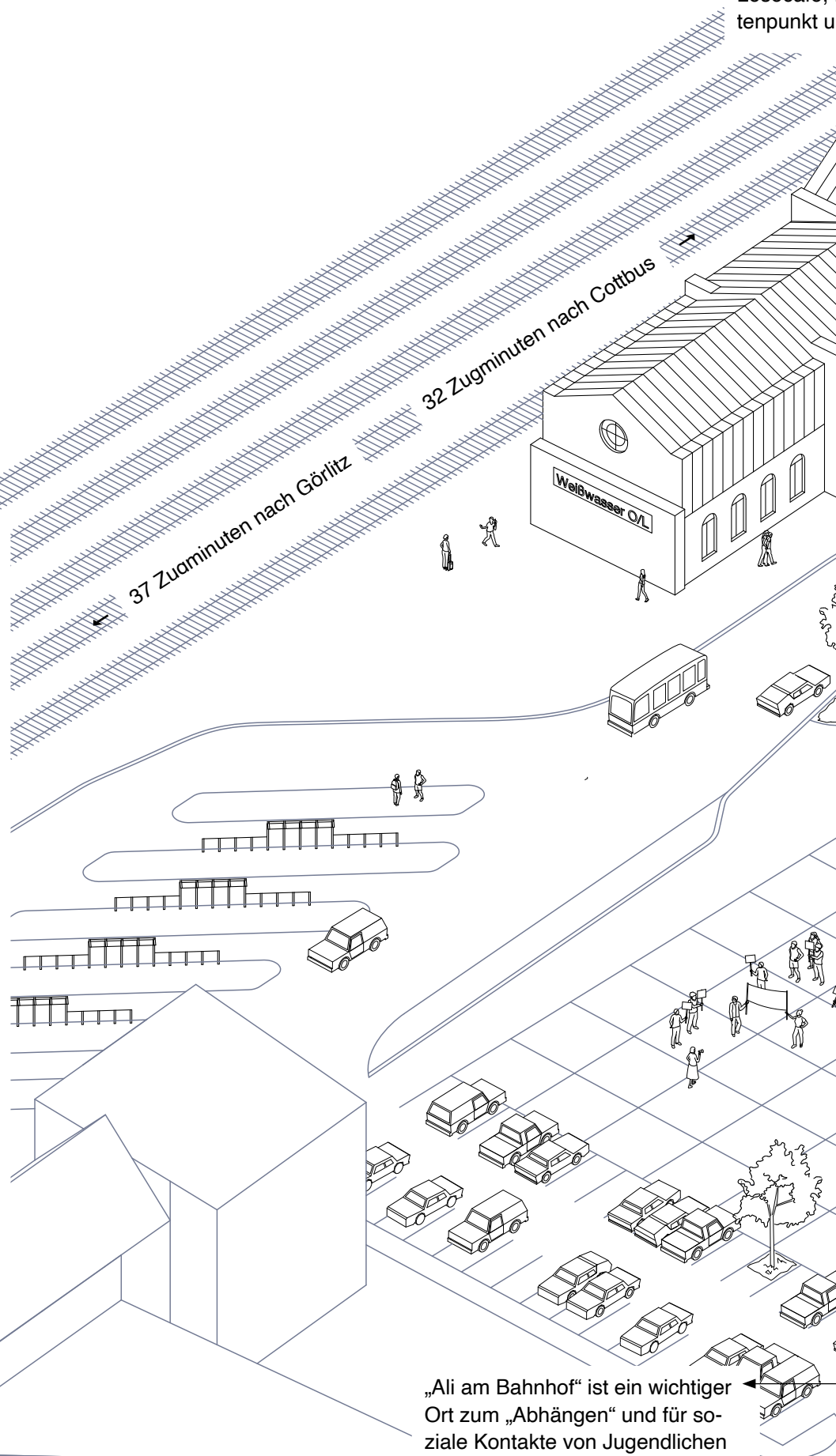
Der Bahnhof könnte ein Knotenpunkt sein, an dem der Bahnenraum des Regionalverkehrs in einen Ort umschlägt. Erkennbar ist eine lokale Identität durch den Glasmacherbrunnen, mit Parkplatz, Busbahnhof und autogerechter Führung ist hier jedoch eher die Grenze eines größeren Territoriums. Zentralität hat der Bahnhof derzeit nur im Infrastrukturellen Sinne.

In einem breiten Bürgerbeteiligungsverfahren wurden Gestaltungsvarianten erarbeitet, die in der „Maximalvariante“ eine weitgehende Entsiegelung, Begrünung und Fußgängerfreundlichkeit vorsahen.

Der Stadtrat – getragen von der AfD und kooperierenden Fraktionen – entschied zunächst gegen diesen Bürgerwillen und für eine „Minimalvariante“, die die bestehende Verkehrsführung und Flächenaufteilung beibehalten wollte.

Ein Bürgerbegehren, das von über 1.000 Einwohner:innen unterzeichnet wurde, zwang den Stadtrat zur Umkehr. Im Juli 2025 wurde die vom Bündnis „Linke“ bis „Klartext“ unterstützte Maximalvariante schließlich beschlossen. Dies ist ein direkter Beleg für die Strategie 3.2.1 („Öffentlichen Druck durch Beteiligung generieren“).

Der Bürger
Herbst 202
Lesecafé,
tenpunkt u

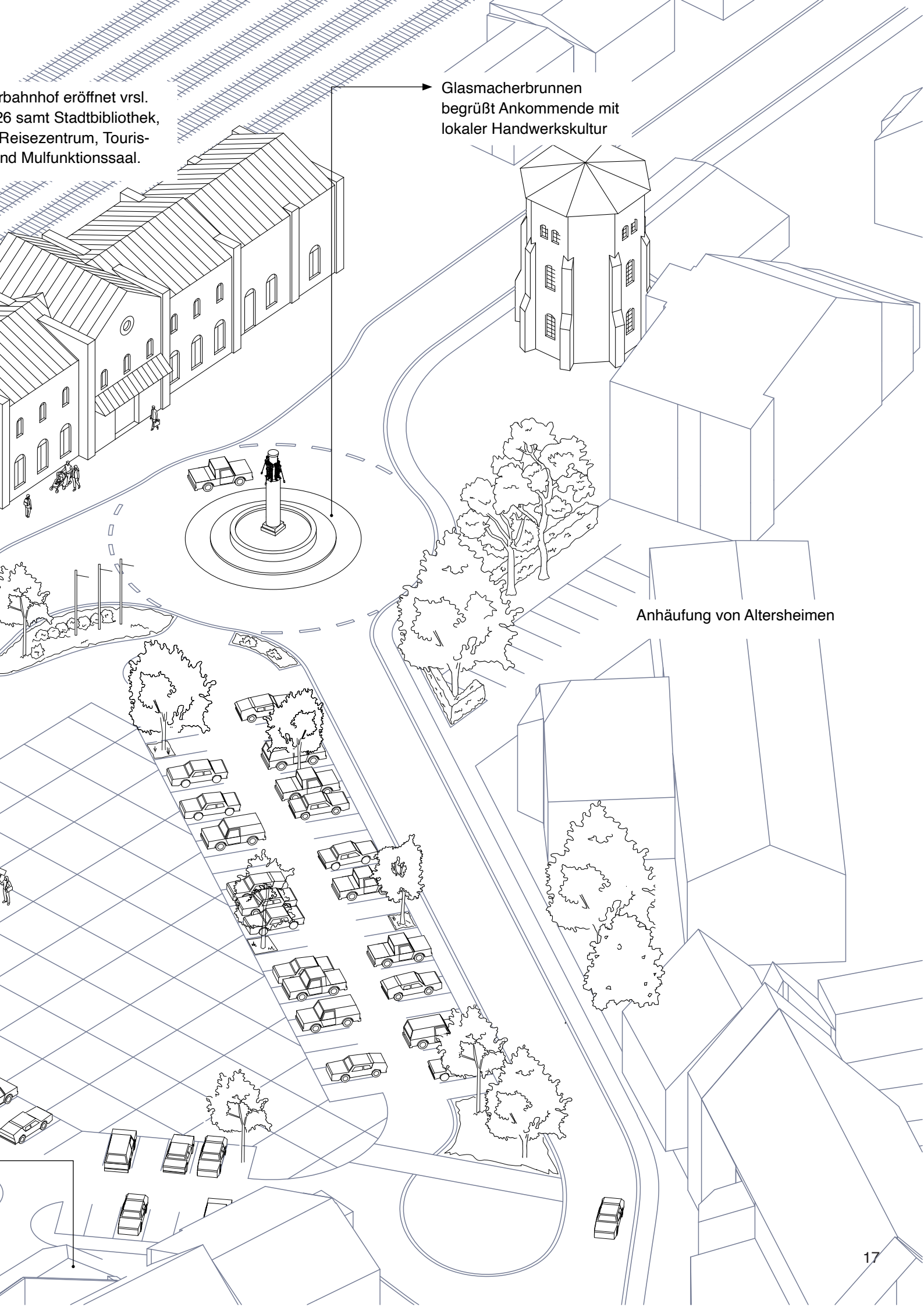


„Ali am Bahnhof“ ist ein wichtiger Ort zum „Abhängen“ und für soziale Kontakte von Jugendlichen

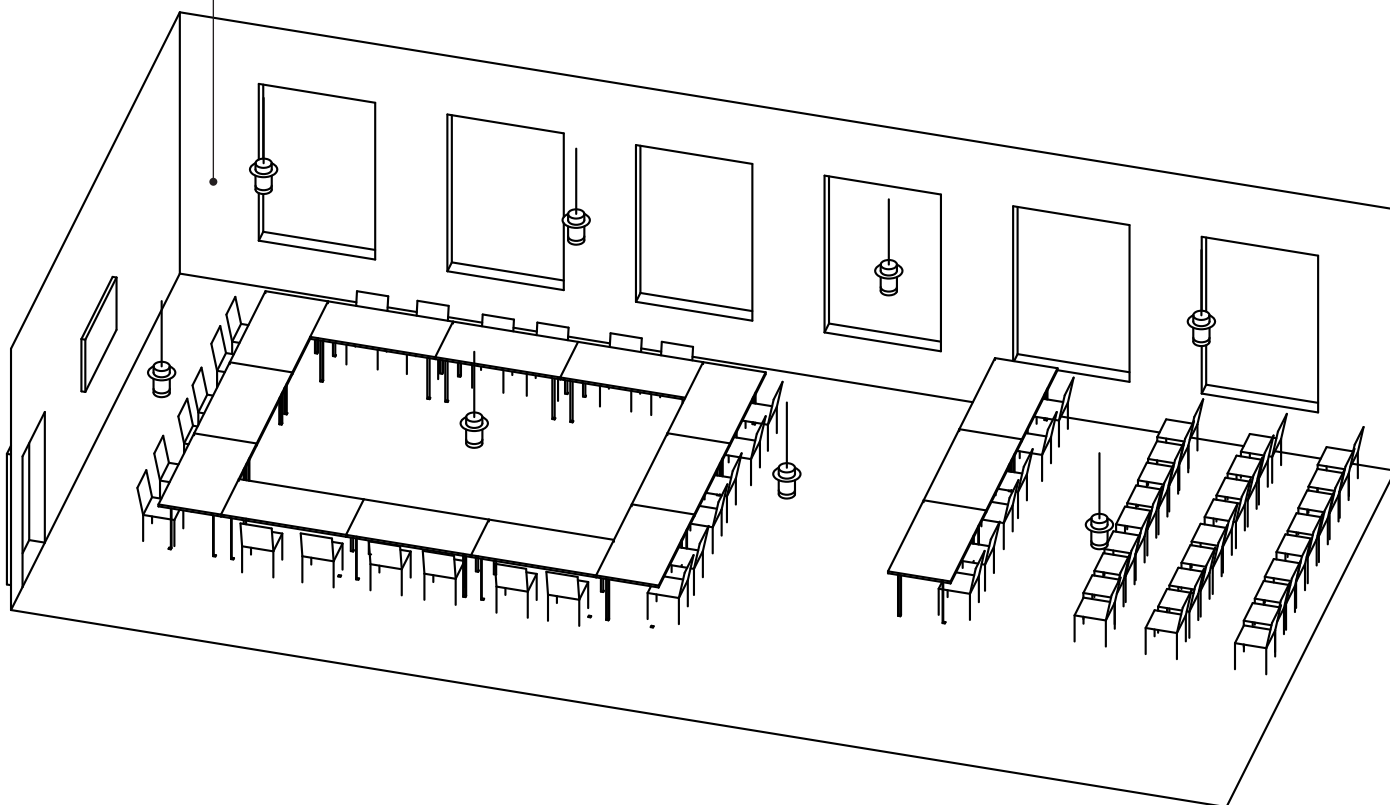
rbahnhof eröffnet vrsl.
26 samt Stadtbibliothek,
Reisezentrum, Touris-
nd Multifunktionssaal.

Glasmacherbrunnen
begrüßt Ankommende mit
lokaler Handwerkskultur

Anhäufung von Altersheimen



Im Sitzungssaal des Stadtrats
treffen Blockadepolitik und
Diffarmierung von Rechts auf
demokratische Sachpolitik und
progressive Städtebauliche
Impulse



Rathaus: Sachpolitik gegen ideologische Aufladung

Die Sitzungen im Stadtrat sind trocken und simpel. An den langen Tischen in U-form sitzen rechts die AfD-Fraktion, links alle anderen. Auf Anfragen und Anträge wird kurz in klarer, zugänglicher Sprache diskutiert, dann abgestimmt. Es wird immer wieder betont, dass alle im Raum ein gemeinsames Ziel hätten: Die Orte instandzusetzen, zu aktivieren, zu sanieren und das Geld zu investieren. Generell richtet die Bürgermeisterin oder die Verwaltung manchmal den Blick süffisant auf die AfD und erklärt Sachverhalte zweimal, damit es nicht danach zu Fragen und Unverständnis kommen kann. (Teilnehmende Beobachtung am 8.6.2026)

Zugänge zur Stadtpolitik

Alle Themen werden in der öffentlichen Stadtratssitzung logisch und einfach nachvollziehbar erklärt (ebd.) (→ 5.1.1 [Niedrigschwellige Sprache nutzen](#)). Auch sonst ist die Bürgermeisterin bemüht die Stadtpolitik nach außen zu tragen, auch wenn das in der Bevölkerung auf mäßigen Anklang trifft:

„Angeblich soll ja jetzt immer eine Sprechstunde mit der Bürgermeisterin sein, aber ich muss ganz ehrlich sagen, das war schon beim Herrn Pötzsch [Vorgänger], dass es diese Sprechstunde gab, und es hat sich nichts geändert, und es wird sich auch jetzt nichts ändern.“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026) (→ 5.2.2 [Öffnung von politischen Gremien](#))

Widerstand gegen rechte Instrumentalisierung der Verwaltung

In den Protokollen des Stadtrats wird deutlich, wie extreme rechte Akteure versuchen, administrative Prozesse politisch aufzuladen, während die Verwaltung unter Katja Dietrich diesem Drängen teils nachgibt, teils durch sachliche und rechtliche Einordnungen widersteht. Ein zentrales Feld ist der öffentliche Raum, in dem die AfD behauptet, durch linke Symbolik in ihren Montagsdemonstrationen behindert zu werden:

„Herr Domel (Fraktionsvorsitzender AfD) informiert über ein Problem mit der Antifa, diese beginnt die Stadt zu verunreinigen, Aufkleber werden überall angebracht, die das Ordnungsamt entfernen muss. Auf dem Marktplatz wurde der Stromkasten zugeklebt, damit die AfD ihre montägliche Veranstaltung nicht durchführen kann. [...] Er erkundigt sich, was die Oberbürgermeisterin für Maßnahmen ergreifen wird und erbittet sich eine Anzeige bei der Polizei“ (Stadtverwaltung Weißwasser 2026a).

Anderntags stellt die AfD Falschparker fest und fragt die Bürgermeisterin polemisch:

„Wann werden Recht und Gesetz in der Stadt durchgesetzt?“ (Stadtverwaltung Weißwasser, 2025c)

Die Bürgermeisterin räumt in beiden Fällen ein, Rücksprache mit dem Ordnungsamt zu halten. In den jeweils

folgenden Sitzung wehrt sich die Verwaltung dann gegen die versuchte Dramatisierung seitens der AfD, indem sie den Fokus auf die nüchterne Realität zurückführt:

„Das Ordnungsamt sowie der Wirtschaftshof registrieren momentan keine signifikante Anhäufung von Verunreinigungen [...] im Vergleich zum sonst üblichen Aufkommen im Stadtgebiet. Der Stromkasten ist durch das Gebäudemanagement repariert“ (Stadtverwaltung Weißwasser 2026b).

Und gibt in beiden Fällen dem Anliegen der Anfrage nach:

„Der Bereich wird aufgrund der Anfrage künftig verstärkt angefahren und kontrolliert werden“ (Stadtverwaltung Weißwasser 2025d).

Zivilgesellschaftlicher Widerstand durch Bürger:innenbeteiligung

Ein stärkeres Zeichen des demokratischen Widerstands in der Stadtplanung ist folgendes erfolgreiches Bürger:innenbegehren. Die Bürger:innen erzwangen eine Rückkehr zu ambitionierteren, gemeinschaftsfördernden Plänen die sie vorher in einem Beteiligungsverfahren entwickelt hatten. Denn auf das eigentlich auch finanziell stichhaltige Konzept der „Maximalvariante“ aus der Beteiligung folgte:

„Am 6. März hat der Stadtrat dazu entschieden, die Minimalvariante durchzusetzen“ (Stadtverwaltung Weißwasser 2025b). Diese Entscheidung war getragen von der AfD und kooperierenden Fraktionen. Das stieß auf Ernüchterung in der Zivilbevölkerung und ein Bürgerbegehren wurde eingeleitet. Mit Erfolg:

„Mehr als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner von Weißwasser haben sich dem Begehren angeschlossen, der die Rücknahme mittels Bürgerentscheid anstrebt (erforderlich waren 647 Stimmen). Der Stadtrat erkennt den Willen eines Großteils der Bevölkerung an“ (Stadtverwaltung Weißwasser, 2025a).

Im Juli wurden die Varianten dann ausgehend von einem Bündnis von „Linke“ bis „Klartext“ erneut abgestimmt und die Maximalvariante beschlossen (vgl. Stadtverwaltung Weißwasser 2025b). Sichtbar wird hier, wie die Bevölkerung sich eigenständig und erfolgreich einsetzt für eine Gestaltung, die sie im Beteiligungsverfahren erarbeitet hat - gegen Widerstände des extremen Rechten Bündnisses im Stadtrat. (→ 3.2.1 [Öffentlichen Druck durch Beteiligung generieren](#))

Strategien:

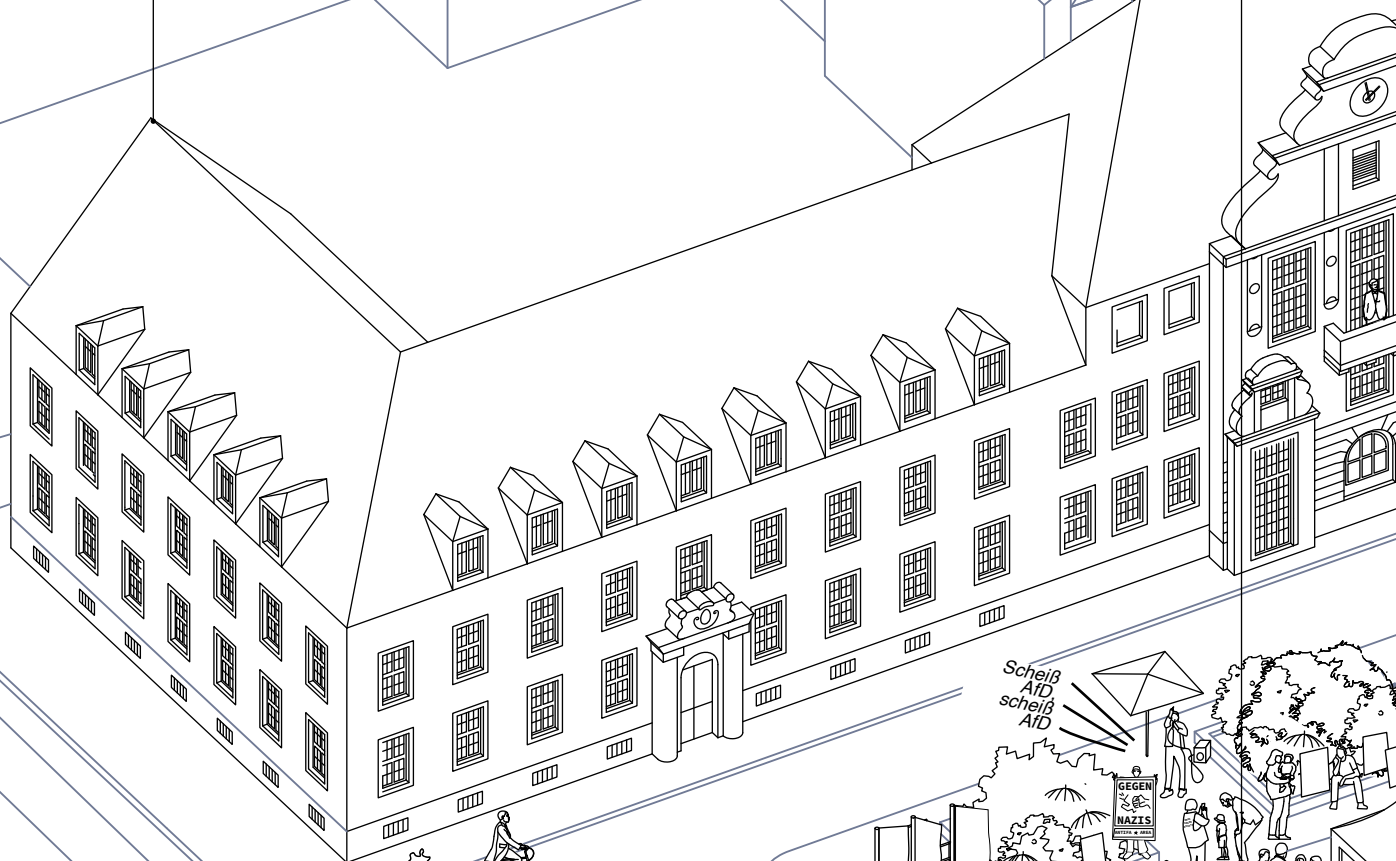
[3.2.1: Öffentlichen Druck durch Beteiligung generieren](#)

[5.1.1: Niedrigschwellige Sprache nutzen](#)

[5.2.2: Öffnung von politischen Gremien](#)

→ Bau des Rathauses folgte auf den Bau der Glasindustrie, die Weißwasser zu seiner Größe verhalf. Darum sind Rathaus und Marktplatz nicht das Zentrum der Stadt. 1913 eingeweiht.

← Gegenproteste gegen die AfD und rechte Bewegungen finden seit Januar hier regelmäßig statt. Organisiert von aktiven Einzelpersonen. Zur Unterstützung reisen Omas gegen Rechts und andere Organisierte aus dem Umland an.



Antagonistischer Konflikt:
Zwar kann der Marktplatz als
"Dissenzfreundliches Raumdi-
positiv" gelesen werden. Doc-
ein agonistisches Zuhören un-
verhandeln ist nicht aeeeben.

Die Proteste sind bis in den Sitzungssaal zu hören

Der Marktplatz wird hauptsächlich als Parkplatz genutzt. Freitags ist hier Wochenmarkt.

Die baulich und symbolisch artikulierte Struktur des Rathauses erzeugt eine materiale Prägnanz, die den Raum als Bühne definiert. Sie steht in Kontrast zur Kontingenz des offenen Platzes. Diese architektonische Setzung hat eine so hohe Kapazität, dass sie trotz der Überlagerung durch parkende Autos als Bühne städtischen Lebens performativ wirksam bleibt.

10 Fußminuten zum Bahnhof

5 Fußminuten zum SKZ Telux

Regelmäßige Montagsdemonstrationen der extremen Rechten. Während der Covid-Pandemie starteten die Versammlungen als "zufällige Spaziergänge".
ø 40 Teilnehmende

SKZ Telux:

Architektur der Selbstwirksamkeit in schrumpfendem Weißwasser

Soziokulturelle Zentren (SKZ) bilden das Rückgrat des kulturellen Lebens im ländlichen Raum. Sie stiften Zugehörigkeit, moderieren Konflikte und betreiben Aufklärungsarbeit. Wer ihnen die Finanzierung streicht, überlässt das Feld den Gegnern der Demokratie (vgl. Hahnheiser 2026). Wie unverzichtbar für ein demokratisches Miteinander und wie umkämpft diese Orte sind, zeigt das SKZ Telux in Weißwasser.

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich, sofern nicht explizit anders benannt, in Gänze auf das Interview mit Patrick Pirl, Ansprechpartner für das Kulturprogramm, geführt am 15. April 2026.

Soziokulturelle Belebung in ehemaliger Kernindustrie

2016 hat sich das SKZ Telux auf dem Gelände des ehemaligen Spezialglaswerkes „Einheit“ niedergelassen. Die Fabrik prägte einst die Identität Weißwassers als Glasmacherstadt maßgeblich: Bereits zehn Jahre nach Gründung im Jahr 1899 arbeiteten über 900, später über 1000 Mitarbeiter:innen an 10 Glasschmelzöfen (vgl. Soziokulturelles Zentrum Telux, o. J.). *„Diesen Zeiten trauen viele Menschen hier noch hinterher.“* erzählt Patrick Pirl, Ansprechpartner für das Kulturprogramm des „Telux“. Misswirtschaft der Treuhandverwaltung zur Zeit der Wende führte zum Verlust der Produktion und hinterließ tiefe Narben und oft einen stillen Verdruss bei der Belegschaft. Das SKZ Telux reagiert nicht mit Nostalgie, sondern mit einem produktiven Gegenentwurf.

„wenn sie aber herkommen und sehen, dass eine neue Form der Nutzung da ist und er nicht dem Zahn der Zeit preisgegeben ist und vor sich hin vegetiert und verfällt, merkt man doch halt eben auch eine sehr positive Grundstimmung und Freude darüber.“ (→ 4.3.1 Identifikation und Erhalt durch Belebung)

Symbiose aus Soziokultur und Baukultur

Diese emotionale Brücke platziert das SKZ Telux und sein Programm im Herzen der Stadt. Die Industriehallen, Büroräume und großzügigen Freiräume zwischen den hochwertigen gelben Backsteinfassaden dienen als flexible Spielwiese für ein Programm, das die gesamte Gesellschaft abbildet: Von der Teenie-Disko, das Lokallabor mit 3D-Druckern, Workshops und offene Treffs für Jugendliche, über Weihnachtsmarkt, den Seniorentanz und Bingoabende hin zu demokratischer Bildung und politischen Diskussionsveranstaltungen.

„Gerade in der Jugendarbeit ist es uns schon sehr wichtig, dass man in der Gruppenarbeit einen grundsätzlichen demokratischen Konsens erzeugt.“ (→ 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen und → 6.1.2 Generationenübergreifenden Demokratie-Erfahrungen fördern)

Ein Ort, an dem Konflikte stattfinden

Der Betrieb wehrt sich indes entschieden gegen Vereinahmung von Rechts. Pirl beschreibt, wie bei Übergriffen vom Hausrecht Gebrauch gemacht und nicht groß diskutiert wird,

„weil das sind dann meistens dann ganz grundsätzliche Dinge, die es gar nicht zu diskutieren gibt“ (→ 3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz)

Bei ihren Veranstaltungen werde im SKZ Telux darauf geachtet, dass extremen rechten Positionen keine unwidersprochene Bühne gegeben wird. In solchen Veranstaltungen sei das Telux *„auch immer mit guten Leuten unterwegs, in der Moderation oder auf dem Podium, die auch immer sehr faktisch und faktenbasiert antworten können, sehr eloquent sind und solchen Geschichten dann auch schnell den Wind aus den Segeln nehmen.“* (→ 6.1.1 Diskussion und Informationsformate)

Ein Ort, um den es Konflikte gibt

Kritiker:innen framen das Haus als privilegiertes Projekt der alten Stadtführung oder als „links“ gefärbte Einrichtung, welches gleichzeitig für den Wunsch nach dem Wiederaufbau des abgebrannten Volkshauses oder für die Notlage kleinerer Geschäfte instrumentalisiert wird. Das SKZ Telux steht damit im Kreuzfeuer eines Verteilungskampfes, der über Geld hinausgeht: Er entscheidet, welche Narrative in der Stadt dominant werden.

In der tief gespaltenen Stadtgesellschaft markieren rechtspopulistische Kräfte das SKZ Telux offen als Feindbild, deuten die Arbeit als politisch einseitig und damit undemokratisch sowie als undurchsichtige, korrupte Organisation:

„Wenn ich hier sehe, diese ganzen soziokulturellen Zentren, die hier aufgebaut wurden. Die vom Steuergeld, von Ihrem Geld hier leben. Ja das ist jetzt nicht bloß Filz, das sind die verfilzten und da werden wir klar den Rotstift ansetzen. Wir wollen das Geld der Steuerzahler für die Bürger ausgeben und für die Infrastruktur, für die Gebäude hier in dieser Stadt. Für diejenigen heißt es die müssen arbeiten gehen, endlich arbeiten gehen.“ (Chrupalla, o.J., Wahlkampfrede, s. A. 3.1) (Video vmtl. im Sommer 2024 aufgezeichnet)

Diese Haltung der AfD gegen Soziokulturelle Zentren wurde in eine politische Offensive gegen das SKZ Telux übersetzt:

„Dann ist Frau Dietrich Bürgermeisterin geworden, sie ist aus ihrem Stadtratssitz aufgerückt in die Bürgermeisterstelle und an ihre Stelle kam der ehemalige SPD-Finanz-Beigeordnete und das war halt sozusagen ein bisschen dieses Kippen in der Konstellation, das Zünglein an der Waage. Ab da wurde es dann eigentlich spannend, also sprich seit September, Oktober 2024, dort war dann erstmalig im November bei einem Stadtratsbeschluss oder einem Antrag, den die AfD eingebracht hat, zu spüren, okay, es wird jetzt tatsächlich versucht, gezielt in die

Finanzierungsstrukturen der Träger hier vor Ort einzugreifen.“

Gezielt wurde auf einen kritischen finanziellen Hebel des Telux: So konnte ein Bündnis von Rechts bis hinein in die CDU im Weißwasseraner Stadtrat im November 2024 eine rückwirkende Kürzung der Mittel um 30 % beschließen (vgl. Stadtverwaltung Weißwasser 2024). Dieser kommunaler Finanzierungsanteil ermöglicht die Beantragung und Bewilligung der weit höheren Fördermittel des Kulturrums Oberlausitz-Niederschlesien. Unter dem Vorbehalt, die städtische Kasse zu schonen, schneiden die politischen Gegner so nicht nur den städtischen Anteil ab, sondern lassen das gesamte Finanzierungskonstrukt des Telux kollabieren

„Was hier auch noch wichtig ist, dass es halt einen guten Austausch und respektvolles Miteinander auf Augenhöhe mit den Liegenschaftseigentümern gibt. [...] Es ist aber auch immer mal schwierig, da AfD-Politiker zum Teil enge Beziehungen zu lokalen Unternehmen pflegen.“ (→ 2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern)

Programmatische Wehrhaftigkeit

Mithilfe eines Spendenaufrufes sammelte das SKZ genügend Spenden, um den städtischen Anteil zu ersetzen. Spätestens mit den Bemühungen der AfD, die Annahme der privaten Spenden an das Telux auch noch zu blockieren, ließ sich nicht mehr von der Hand weisen, dass es der AfD nicht um die knappe Haushaltslage, sondern um das Schädigen eines politischen Gegners ging (vgl. Stadtverwaltung Weißwasser 2026b). Aber erfolgreich wehrte sich das Telux auch hiergegen:

„[Die erfolgreiche Spendenkampagne war] eine schöne Erfahrung zu merken, dass man halt wirklich eine Breite in der Stadtgesellschaft hinter sich hat, die man halt schon irgendwie von der Arbeit, die wir gemacht haben, überzeugt haben, die hinter uns stehen, sich stark für uns gemacht haben, mit in die Stadtratssitzung gekommen waren, gespendet haben [...]“

Das Team des Telux reagiert auf den fortbestehenden Druck nicht mit inhaltlicher Anpassung, sondern mit einer Strategie der programmatischen Unverzichtbarkeit und direkter politischer Klärung. Man weigert sich, das Angebot an politische Konformität anzupassen, sondern breitet sich weiter aus, um die eigene soziale Basis zu festigen. *„dass beim nächsten Versuch, uns an die Mittel zu gehen halt, der Aufschrei umso lauter wird und die halt Angst davor haben, dass die ihre Wählerinnen und Wähler verlieren beim nächsten Mal.“ (→ 6.2.1 Wertschätzung als Schutzwall)*

aufgegriffen, um der breiten Nutzer:innenschaft des SKZ Telux die Konsequenzen ihrer Wahlentscheidungen greifbar zu machen :

„ey, wählt die man nicht, die wollen ja euer Haus eigentlich kaputt machen, die wollen das Projekt kaputt machen, was ihr unterstützenswert und cool findet und zu dem ihr gerne kommt.“

Strategien

2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern

3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen

4.3.1 Identifikation und Erhalt durch Belebung

6.1.1 Diskussion und Informationsformate

6.1.2 Generationenübergreifenden Demokratie-Erfahrungen fördern

6.2.1 Wertschätzung als Schutzwall

Der offene Konflikt mit der AfD wurde als Gelegenheit

Ehemals nur für die Mitarbeiter:innen der Glasfabrik und heute öffentlich zugänglich.

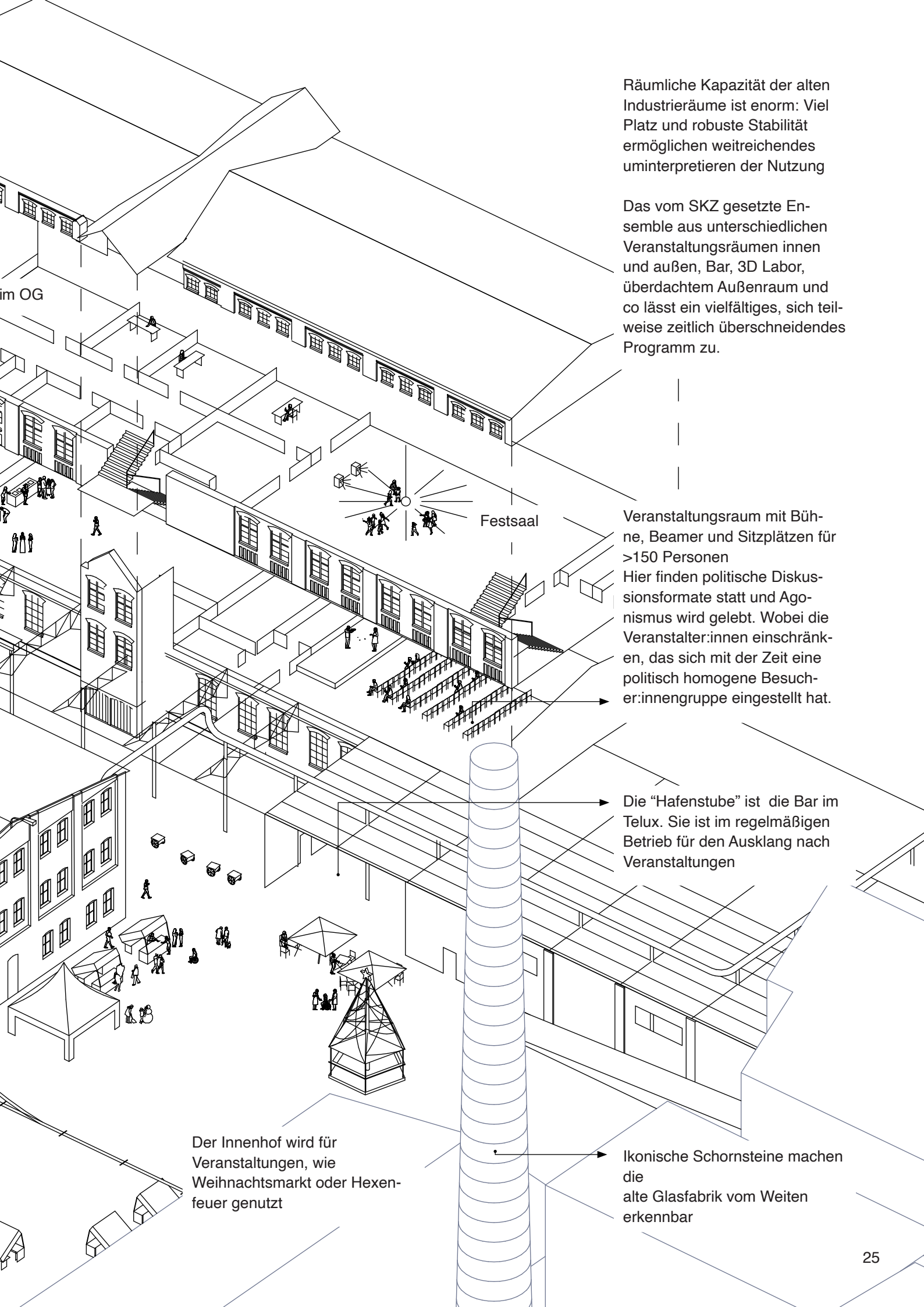
Die demokratische Nutzung wird von der AfD im Stadtrat als linkes Zentrum dargestellt und erhöhte Aufmerksamkeit der Behörden gefordert. Die Mitarbeitenden werden als "Filz" defamiert.

Rot-gelber Backstein der ehemaligen Produktionsstätte ist in gutem Zustand und bringt authentisches Industrieschick.

Büroräume

Überdachter Außenraum erweitert die Aufenthaltsfläche nach draußen

Alte Produktionsstraßen durch Beleuchtung inszeniert



Räumliche Kapazität der alten Industrieräume ist enorm: Viel Platz und robuste Stabilität ermöglichen weitreichendes uminterpretieren der Nutzung

Das vom SKZ gesetzte Ensemble aus unterschiedlichen Veranstaltungsräumen innen und außen, Bar, 3D Labor, überdachtem Außenraum und co lässt ein vielfältiges, sich teilweise zeitlich überschneidendes Programm zu.

Festsaal

Veranstaltungsraum mit Bühne, Beamer und Sitzplätzen für >150 Personen
Hier finden politische Diskussionsformate statt und Agonismus wird gelebt. Wobei die Veranstalter:innen einschränken, das sich mit der Zeit eine politisch homogene Besucher:innengruppe eingestellt hat.

Die "Hafenstube" ist die Bar im Telux. Sie ist im regelmäßigen Betrieb für den Ausklang nach Veranstaltungen

Der Innenhof wird für Veranstaltungen, wie Weihnachtsmarkt oder Hexenfeuer genutzt

Ikonische Schornsteine machen die alte Glasfabrik vom Weiten erkennbar

Wehrhafte Architektur- praxis

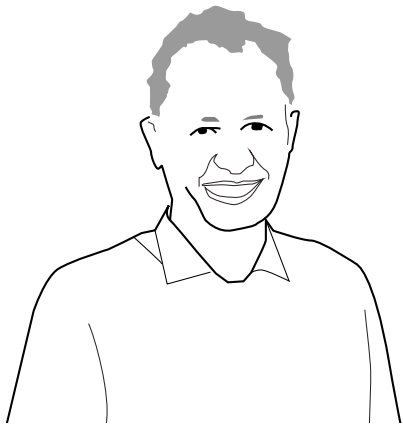
In der Berufsgruppe ist man sich einig, dass das Erstarken der extremen Rechten ein Problem ist.

“Die Bundesarchitektenkammer verurteilt jede Form der gesellschaftlichen Spaltung durch Extremismus und Populismus, denn sie sind eine Bedrohung für unsere lebendige, vielfältige und demokratische Gesellschaft. [...] Architektinnen, Innenarchitekten, Landschaftsarchitektinnen und Stadtplaner übernehmen Verantwortung für die Gestaltung unserer Umwelt“ (Bundesarchitektenkammer 2024). Aber wie sieht das konkret aus? Wie beeinflusst das Erstarken der Rechten das architektonische Schaffen, wie kann es das in Zukunft beeinflussen? Und welchen Handlungsspielraum haben wir Architekt:innen in der Praxis? Wie stellen sich Architekt:innen als Berufsstand, im Alltag ihres architektonischen Schaffens und mit ihren Architekturen gegen Rechts?

Diese Fragen haben wir in semistrukturierten Interviews an gewichtige Stimmen aus der Architekturpolitik und Architekturtheorie, sowie Planenden, die in politisch angespannten Verhältnissen gearbeitet haben, gestellt:

1. **Philipp Oswalt**, Professor für Architekturtheorie und Entwerfen, fordert Selbstempowerment: Eigene demokratische Werte offensiv vertreten und alternative Bauherrschaften initiieren, statt sich auf das Framing rechter Diskursverschiebungen einzulassen.
2. **Leon Beck**, Vorstand der Architects for Future, begreift Planende als politische Individuen, die beispielsweise durch ökonomische Argumente Handlungsdruck für eine gerechte Bauwende auch in politisch herausfordernden Gremien erzeugen können.
3. **Dorit Baumeister**, Referat Bau und Stadtplanung Weißwasser, baute Förderlandschaften radikal um, um die Verwaltung als strategische Impulsgeberin zu positionieren. Politische Blockaden sind ihr Alltag.
4. **Gabu Heindl**, Professorin für UmBauwirtschaft und Projektentwicklung fordert eine explizite „Parteiergreifung im Entwerfen“: Planende müssen ihre Privilegien nutzen, um rassistische Strukturen aufzudecken und Räume für produktiven Dissens zu schaffen.
5. **Jurek Brügggen**, Initiator mehrerer Städtebaulicher Projekte im ländlichen Raum und Gastprofessor am KIT, überwindet passives Dienstleistertum durch Eigeninitiativen und nutzt die Wertschätzung konservativer Themen als Brücke, um nachhaltige Transformationen mehrheitsfähig zu machen.
6. **Ivana Rohr**, Geschäftsleitung Endboss GmbH, verknüpft den Beruf konsequent mit Aktivismus nach dem Credo „Don’t work with assholes“ und entzieht der Politik die Gestaltungshoheit durch Verlagerung an zivilgesellschaftliche Akteure.
7. **Andrea Gebhard**, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, setzt auf die exzellente gestalterische Lösungen der alltäglichen Bedürfnisse. Ihre inklusiven öffentlichen Räume und ihr „demokratisches Grün“ entziehen ausgrenzender Monumentalität und rechtem Populismus den Boden.
8. **Alexander Poetzsch**, Präsident des Bund deutscher Architektinnen und Architekten, verlässt die Expert:innenblase durch niedrigschwellige Vermittlung und stärkt lokale Akteur:innen durch öffentliche Gestaltungsbeiräte als fachlichen Schutzwall gegen Populismus.

Philipp Oswalt: Dienstleistungsfatalismus überwinden



Philipp Oswalt ist renommierter Autor und Publizist und lehrt als Professor für Architekturtheorie und Entwerfen an der Universität Kassel. Er erlangte breite Bekanntheit als Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau. In seinem Werk befasst er sich intensiv mit dem Zusammenhang von Architektur und Identitätspolitik sowie den Strategien der „Neuen Rechten“. Er versteht sich primär als Akteur des diskursiven Feldes, der durch Forschung, Kritik und Reflexion auf das Baugeschehen einwirkt (vgl. Universität Kassel, o. J.).

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 8. Mai 2026 geführte Interview.

Deutungshoheit über Normalitäten im Architekturdiskurs

Rechte Bewegungen begreifen laut Philipp Oswalt Architektur als Teil einer „Metapolitik“. Dabei wird der Raum der Kultur instrumentalisiert, um gesellschaftliche Werte und Positionen, z. B. das „Framing“ von Architekturdebatten so zu verschieben, dass später politische Mehrheiten gewonnen werden können – laut Oswalt mit Erfolg. (→ 1.1.1 Forschen und reflektieren) Strategisch rät er dazu, sich nicht auf „idiotische Stildiskurse“ einzulassen:

„Ich glaube, da müssen wir aufpassen, dass wir nicht in die Falle tappen, dieses Framing des rechtslastigen Diskurses zu wiederholen mit unseren Gegenargumenten, sondern das auf eine andere Ebene zu bringen.“

(→ 1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen)

Dabei arbeiten die extremen Rechten mit einer starken „Bildpolitik“, die homogenisierende und ausgrenzende Normalitätsvorstellungen vermittelt und Themen für Rechts vereinnahmt: „[Es gibt] natürlich den Heimatbegriff in einem ideologisierten politischen Sinne sozusagen als identitätspolitischer Begriff, der auch ganz gezielt ausgrenzend ist, der ganz gezielt homogenisierend ist [...] Wenn wir uns gegen diesen, das tun wir ja auch, gegen diese Art des Heimatbegriffs erwehren, dann müssen wir ja nicht das Verständnis von Heimat generell verwerfen, sondern sagen, eigentlich brauchen wir einen anderen Heimatbegriff.“ (→ 1.1.3 Begriffe progressiv besetzen und völkische Framings entlarven)

Gegen eine plakative Bildpolitik, die sich de facto wenig um die Alltagsrealitäten der Menschen kümmert, die die Städte beleben, müsse sich gewehrt werden.

(→ 5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen)

„Wenn mich jetzt jemand fragt, was ist deine Heimat als Mensch, [...] es geht dann eigentlich in der Regel um Alltagskontext, es geht um Sozialbeziehungen, es geht um, wo man aufgewachsen ist, der Kontext und so weiter. Und da ist der Begriff auch erstmal positiv besetzt und ist erstmal gar nicht ideologisiert“ (→ 3.1.4 Beteiligung als Räume nutzen, um „Harte Nüsse“ zu diskutieren)

Schließlich gelte es, konservative Narrative konstruktiv einzubeziehen. Es stünden derzeit sehr grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen Veränderungen im Raum. Da sei es wichtig, eine breite Basis zu haben.

„Weil wir natürlich auch unsererseits sehen sollten, dass wir mit unseren Positionen jedenfalls, gerade was Demokratieerhalt betrifft, sozusagen auch natürlich mehrheitsfähig bleiben sollten.“ (→ 5.3.1 Konservative Narrative einbinden)

Das Radikalste sind Architekt:innen, die zum eigenen Bauherrn werden

Handlungsspielräume liegen für Oswalt in der Beeinflussung von „prä-architektonischen“ Rahmenbedingungen, etwa bei der Bodenpolitik oder finanziellen Abschreibungsmodellen. Er plädiert dafür, aus der passiven Rolle der „Geisel“ von Investorenvorgaben auszubrechen.

„Und ich glaube, das geht eigentlich auch in diesem Sinne um so ein Selbstempowerment sich über diese Gestaltungsmacht, die man hat, auch bewusst zu werden und die zu nutzen.“

(→ 1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen)

Um sich diesen Gestaltungsspielraum freizuspielen, sieht er eine zentrale Aufgabe darin, aktiv an dem Anstoßen alternativer Bauherrschaften, wie Genossenschaften oder kommunalen Konstrukten, mitzuwirken:

„Also ich meine, die Radikalste ist sicherlich der Architekt, der zu seinem eigenen Bauherrn wird.“

(→ 2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen)

Strategien

1.1.1 Forschen und reflektieren

1.1.2. Diskursverschiebungen nicht folgen

1.1.3. Begriffe progressiv besetzen und völkische Framings entlarven

1.2.1. Privilegien maximal ausnutzen

2.1.2. Alternative Bauherrschaften anstoßen

3.1.4. Beteiligung nutzen um „Harte Nüsse“ zu diskutieren

5.2.1. Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen

5.3.1. Konservative Narrative einbinden

Leon Beck: Politischer Aktivismus und ökonomischer Konsens



Leon Beck ist Vorstandsmitglied des Vereins Architects for Future (A4F), einer Bewegung, die sich in Solidarität mit Fridays for Future für eine konsequente Bauwende und die Einhaltung der Klimaziele des Pariser Abkommens einsetzt. Als Teil dieses Netzwerks verbindet er fachliches Wissen aus der Bau- und Planungsbranche mit gesellschaftlichem Engagement, um auf den massiven ökologischen Fußabdruck des Bausektors aufmerksam zu machen (vgl. re:publica, o. J.).

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 30. April 2026 geführte Interview.

Kommunale Handlungsunfähigkeit als Nährboden rechter Narrative

Leon Beck warnt davor, dass rechte Politik, die häufig auf autoritäre Strukturen abzielt, die Anforderungen an das architektonische Schaffen massiv verändert, da Architektur historisch stets ein Instrument politischer Machtverhältnisse war. In der aktuellen Politischen Gemengelage sieht er eine bewusste Blockade von rechts: *„Das ist etwas, was ich beobachte, gerade auf der kommunalen Ebene, dass rechte Politik eigentlich meistens am Thema vorbeigeht und, dass es viel Ablenkung ist [...] [Da ist es wichtig] reaktionsfreudig zu sein, genau hinzuschauen.“*

Ein Erstarken rechter Kräfte gefährdet laut Beck den Entwurf für eine offene Gesellschaft, da deren Ideologien auf geschlossene, rückwärtsgewandte Bilder setzen, die mit den Zielen einer gerechten Bauwende unvereinbar sind. Zudem sieht er in tradierten Raumbildern, wie dem Fokus auf das Einfamilienhaus, eine architektonische Manifestation, die gesellschaftliche Vereinzelung befördert und damit den Boden für rechte Narrative ebnet. Dieser Vereinzelung sei architektonisch entgegenzuwirken. (→ 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen)

Einen Grund für Frust, und dem folgend immer stärker nach Rechts driftende Wahlergebnisse, sieht er in dem engen finanziellen Korsett der Kommunen:

„Ich finde es von unserer heutigen Politik unverantwortlich, dass die Kommunen finanziell am Abgrund stehen. Viele Kommunen haben aufgrund ihrer Haushaltsengpässe gar keinen finanziellen Spielraum mehr.“

(→ 1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen)

Fachliche Expertise als Werkzeug im demokratischen Diskurs

Der entscheidende Handlungsspielraum liegt für Beck darin, dass Architekt:innen ihre professionelle Expertise nutzen und sich explizit als „politische Individuen“ in den demokratischen Diskurs einbringen.

„Das ist, glaube ich, auch was, was uns ein Stück weit abtrainiert wurde, uns als politische Individuen zu begreifen, die sich jenseits von der Rolle als Konrument:innen oder der Arbeitnehmer:innen äußern können und Gesellschaft gestalten können.“

(→ 1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden)

„Und konkret kann man sich natürlich an allen offiziellen Beteiligungsprozessen, die es zu Projekten gibt, einbringen.“

Und wenn es keine gibt, kann man aber diese auch einfordern. Sei es erstmal informell bis hin zu einem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, der im Ergebnis gleichzusetzen ist mit einem Gemeinde- oder Stadtratsbeschluss.“

(→ 1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen)

Strategisch setzt Beck auf einen Perspektivwechsel in der Argumentation: Um rechte Vorwände des Geldmangels auszuhebeln, sollten Architekt:innen die massiven Klimafolgekosten einpreisen und so Handlungsdruck für nachhaltige Investitionen erzeugen, statt nur mit Emissionen zu argumentieren.

(→ 5.3.2 Wirtschaftlich statt rein ideologisch argumentieren)

Zudem betont er die Notwendigkeit, bestehende Institutionen wie Kammern oder Stiftungen von innen heraus zu verändern, um eine größere Hebelwirkung für eine demokratische und resiliente Baupolitik zu erzielen.

(→ 1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber)

Strategien:

1.2.1. Privilegien maximal ausnutzen

1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber

1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen

4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen

5.3.2 Wirtschaftlich statt rein ideologisch argumentieren

Dorit Baumeister: Verwaltung als strategische Impulsgeberin



Als Architektin, Kulturaktivistin und Stadtplanerin hat Dorit Baumeister über Jahrzehnte den Stadtumbau in der Lausitz geprägt. Bekannt wurde sie unter anderem durch soziokulturelle Projekte, wie den Umbau der „Kulturfabrik“ sowie durch ihre Kandidatur als Oberbürgermeisterin in Hoyerswerda (vgl. Sächsische Zeitung 2026). Seit 2021 leitet sie das Referat für Bau- und Stadtplanung in Weißwasser. Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 28. November 2025 geführte Interview.

Hinweis zur Einordnung: Das Gespräch mit Dorit Baumeister unterscheidet sich in seiner Struktur von den anderen Interviews dieser Reihe. Es wurde zu einem deutlich früheren Zeitpunkt geführt (November 2026) und fungierte als konzeptioneller Ausgangspunkt für die gesamte Masterarbeit. Baumeisters Schilderungen über den „Kipppunkt“ in Weißwasser und die dortige Blockadepolitik haben die Themenfindung dieser Arbeit maßgeblich beeinflusst und erst dazu geführt, die spezifischen Kernfragen nach dem architektonischen Handlungsspielraum gegen Rechts für die weiteren Interviews zu entwickeln.

Blockadepolitik, Provokation und Diffamierung im Stadtrat

Dorit Baumeister beschreibt die Situation, in der das Erstarken rechter Kräfte zu einer funktionalen Handlungsunfähigkeit der Verwaltung führt. Seit die AfD 2024 im Stadtrat von Weißwasser starke Präsenz erreicht hatte, wird Baumeisters fachliche Arbeit systematisch blockiert: Sie sieht sich Diffamierung und Abwahlanträgen ausgesetzt; Progressive Stadtentwicklungsthemen wie Klimawandel oder moderne Mobilität wurden gestoppt oder „verstümmelt“.

„Ich bin nur erstaunt, wie schnell es geht, also was innerhalb von einem Jahr in so einer Stadt passiert, wie man innerhalb von einem Jahr es schafft, grundlegend, wichtige Stadtentwicklungsthemen eben zu stoppen, zu schwächen, ohne dass ich es jetzt sagen könnte, was deren Ziel ist.“

Architektur und Stadtplanung dienen den Rechten laut Baumeister als Oberfläche für Provokationen und rassistische Äußerungen im Stadtrat. Wo die unwidersprochen im Raum stehen, sehe Baumeister eine „schleichende Entwicklung Richtung rechter Räume“. Es sei nicht einfach hier in jedem Moment die richtige Reaktion zu zeigen, aber „gar nichts tun, das schwächt natürlich die demokratische Seite weiter“, so Baumeister.

„Es ist eine Intransparenz da. Was mich immer am meisten ärgert: Kein Dialog auf Augenhöhe mit denen, die es vollziehen müssen, um über Inhalt und sinnvolles, weiteres, strategisches Vorangehen. Das erzeugt große Zweifel, Unsicherheiten. Das ist auf mehreren Ebenen so, dass man nicht so richtig weiß, wie es vorangeht. Alle spielen noch mit. Alle machen ein schönes Gesicht in die Kamera. Aber es sind Ängste da, es sind Zweifel da im Hintergrund“ (→ 1.1.4 Die Blase platzen lassen und → 5.2.2 Öffnung von politischen Gremien)

Baukulturelle Exzellenz in die Provinz bringen

Die Verwaltung könne laut Baumeister als aktiver Impulsgeber positioniert werden – auch in schrumpfenden Städten. Es gebe kein Gesetz oder keine Anordnung, die vorgebe, „nicht qualita-

tiv sehr hoch anspruchsvoll zu handeln.“ (→ 1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber) Sie brach mit alten Förderkulissen, um neue, synergetische Programme freizuspielen:

„Mit der Gesamtfortschreibung (2022-2023) des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes als zentrale Handlungsgrundlage bis 2035 mussten wir uns parallel dazu auch handlungsfähig aufstellen. Nur mit einer komplett neuen Förderkulissenlandschaft waren unsere Inhalte und Ziele strategisch verfolgbar. Vor einer Neubearbeitung sind jedoch im Vorfeld die vorhandenen Fördergebiete abzurechnen. Als wir diesen Vorschlag in Dresden beim Fördermittelgeber präsentierten, fand man es schon verrückt und ziemlich risikobehaftet. Die zeitnahe Aufnahme in neue Gebiete kann man nicht garantieren, mitunter liegen dazwischen Jahre ohne Fördergrundlagen und Handlungsunfähigkeit. Ich habe Ihnen geantwortet, das ist mir bewusst, aber so bin ich ja auch nicht handlungsfähig. Und, wir sind diesen Weg gegangen und haben gewonnen. Es war ein Kraftakt.“ (→ 1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen) Sie plädiert dafür, die Menschen zu selbstbewussten Mitgestalter:innen ihrer Umwelt zu machen. Dafür etablierte sie mit der Kulturfabrik in Hoyerswerda Teilhabeprozesse und nahm „die Menschen direkt mit rein“: „Da hat sich im Prozess etwas ergeben. Durch den bewussten, offenen Umgang wurde es für die Menschen erträglicher, das soziale Miteinander, das gemeinschaftliche Begreifen und Tun erzeugte neue Formen von Lebensqualitäten und Freude. Aus dem Gefühl des Losers Daseins um die Jahrtausendwende stellten sich die Menschen wieder selbstbewusst auf. Das müssen wir heute wieder hinkommen.“ (→ 3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen) Für baukulturelle Exzellenz in der Provinz leitete sie hochkarätige Wettbewerbe ein und legte großen Wert auf Qualität bei der Vergabe.

„Wir haben jedes Vorhaben, welches wir zur Ausschreibung brachten, mit unseren Ansprüchen an Qualität und Baukultur versehen. Wir erhofften uns damit die Aufmerksamkeit von renommierten Architekturbüros, welche sich normalerweise nicht in Weißwasser bewerben würden.“

(→ 1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber)

Strategien:

1.1.4 Die Blase platzen lassen

1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber

1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen

3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen

5.2.2 Öffnung von politischen Gremien

Gabu Heindl: Parteiergreifung im Entwerfen



Die in Wien lebende Architektin, Künstlerin und Aktivistin Gabu Heindl setzt sich in ihren Arbeiten mit Feminismus, Rassismus und urbanen Machtverhältnissen auseinander. Sie leitet seit 2022 das Fachgebiet für UmBauwirtschaft an der Universität Kassel. Ihre Projekte liegen oft an der Schnittstelle von Architektur, Kunst und politischer Intervention (vgl. GABU Heindl Architektur, o. J.).

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 15. Mai 2026 geführte Interview.

Neoliberale Kompliz:innenschaft der Architektur und Stadtplanung

Gabu Heindl betont, dass ein Erstarken der extremen Rechten vor allem jene Positionen bedroht, die eine sozial-ökologische Transformation, solidarisch-feministisch-careearbeitsbezogene Wirtschaftsformen und Gemeinwohl verfolgen. Die „schleichende Entwicklung richtung rechter Räume“, werde von Architekt:innen durch neoliberale Zustände mitgetragen:

„Es gibt Vertreibungsmaßnahmen von Bettlerinnen, von Menschen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden, wo man dann jahrelang zuschauen kann, wo diese Wohnungen leer stehen. Und wenn sie dann obdachlos sind, dann zusätzlich aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden. [...] Architektur und Planung, Stadtplanung, ist derart complicit in der Entwicklung hin zu neuen neofeudalen Strukturen, extremer privater Reichtum auf der einen Seite, wo über die letzten Jahrzehnte es genau die Immobilienwirtschaft war, die uns das Immobilien-eigentum mitproduziert hat, während es extreme Armut, Mittellosigkeit auf der anderen Seite gibt.“ (→ 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen) Genau dort, wo neoliberale Wirtschaftsagenden die Rechte von Menschen zynisch treten, minderheitenfeindliche oder rassistische Strukturen in Raumproduktion erkennbar sind, heiße es gegenzuhalten, (→ 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen) sowie die ungleichen Entwicklung von Eigentumsverhältnissen und Reichtum zu kritisieren, so Heindl. (→ 2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern) In der Architektur sieht sie hier einen „enormen Faktor“. Heindl fordert daher eine explizite „Parteiergreifung im Entwerfen“, um der Instrumentalisierung von Architektur für Ausgrenzung entgegenzuwirken. „Wir müssen uns sehr explizit vor Augen führen, eben mit wem, für wen und letztlich auch, wo und woran wir planen wollen und wo wir eigentlich aber auch wirklich explizit nicht mitmachen.“ (→ 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument)

„Und da gibt es dann einen Unterschied zwischen finanzwirtschaftlichen Projekten, wo wir von dem, was zurückkommt, nie wieder was sehen als Gesellschaft, oder zu gemeinwohlorientierten, genossenschaftlichen Strukturen, Strukturen, die wir überhaupt erst noch aufbauen müssen.“ (→ 2.1.2. Alternative Bauherrschaften anstoßen) In Bezug auf diese Entscheidung sieht sie einen großen Unterschied zwischen finanzwirtschaftlichen Projekten, wo die Gesellschaft nie wieder etwas sehe von dem, was zurückkommt – zu gemeinwohlorientierten, genossenschaftlichen Strukturen. (→ 2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern)

Unter diesen Voraussetzungen kann dann das Gestaltungsrepertoire demokratischer Räume eingebracht werden:

„Wir als Architekturschaffende sollten uns dafür einsetzen, dass

Stadtbilder schöner werden, aber architektonisch, gestalterisch, grüner, weniger Asphalt, gute Qualität. Und da auch nicht nur im Zentrum, sondern eben an jedem Ort.“ (→ 4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse)

Mut zum Dissens: „Use your fucking Privilege“

Heindl sieht den größten Handlungsspielraum darin, keine Selbstzensur zuzulassen und Spielräume im Hier und Jetzt maximal auszunutzen. (→ 1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen) Sie fordert Architekt:innen auf, ihre Privilegien aktiv zu nutzen „Use your fucking Privilege“, um für eine gerechtere Raumproduktion zu kämpfen und rassistische oder menschenfeindliche Strukturen in der Stadtplanung zu benennen.

„[...] es geht ja ganz grundsätzlich darum, wie sehr gegenwärtige neoliberale Zustände bereits menschenverachtende Situationen auf Baustellen produzieren, wo Menschen sterben, wenn sie auf unseren Baustellen unter prekären Bedingungen, nicht angestellt, viel zu wenig verdienend, sich dem Preisdumping hingeben müssen. Wenn wir das nicht kritisieren oder mit unterstützen, da sind wir sozusagen mit Teil des Systems.“

(→ 1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen) Ein zentrales Konzept ist für sie die Abkehr von einer reinen Konsensorientierung hin zu „Dissens-freundlichen Raumdispositiven“.

„Es ist doch so, dass überall dort, wo Konsens allzu schnell das Ziel ist, die Frage ist, wer hat denn die Macht, den Platz am Tisch, wer bezahlt denn den Prozess, die Projektentwicklung, um dann auch diesen Konsens mitgestalten zu können? Und wer wird denn überhaupt nicht mal an den Tisch eingeladen? Und insofern denke ich, dass so ein Mut zum Dissens und ein Mut auch dazu, immer wieder deutlich zu machen, dass nicht alles konsensmäßig aufgelöst werden kann.“ (→ 3.1.3 Mut zum Dissens statt machtförmigem Konsens)

Produktiv einbringen können Planer:innen zudem alternative Bilder von Zukunftsszenarien und -utopien. Mit ihnen könne gezeigt werden „a, warum das notwendig ist, und b, aber auch was daran letztlich wie für alle auch lustvoll Sicherheit garantieren kann.“ (→ 5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumen)

Strategien:

1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen

2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen

2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument

2.2.2. Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern

3.1.3 Mut zum Dissens statt machtförmigem Konsens

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen

4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen

4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse

5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumen

Jurek Brüggén: Eigeninitiative und breiter demokratischer Konsens



„undjurekbrüggen“ heißt das 2020 gegründete Büro des Berliner Architekt Jurek Brüggén. 2025 gründete er außerdem die Non-Profit-Organisation Association for Ecological Architecture (AFEA). Er war zudem als Gastprofessor am KIT Karlsruhe tätig und hat derzeit Dozentur für Entwerfen an der RWTH Aachen inne. Brüggén verknüpft architektonische Gestaltung eng mit politischen, ökonomischen und ökologischen Strukturen (vgl. KIT-Fakultät für Architektur 2026). Neben der klassischen Entwurfstätigkeit entwickelt er eigene Initiativen, insbesondere im strukturschwachen ländlichen Raum.

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 26. Mai 2026 geführte Interview.

Konservative Anknüpfungspunkte als Brücke zur Transformation

Für Jurek Brüggén ist das Erstarken der Rechten eine potenzielle Bedrohung für seine enge Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern. Er befürchtet eine Blockade progressiver und ökologischer Ansätze. Jurek beobachtet im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts einen großen Frust über den Abbau der Daseinsvorsorge, was den Rechten in die Hände spiele. Architekt:innen könnten helfen „Lösungen aufzuzeigen und um positive Beispiele zu geben, damit es eben nicht so sehr zu diesem Frust kommt und zu dieser Perspektivlosigkeit.“ (→ 5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen) Strategisch reagiert er auf die erstarkenden Rechten durch eine bewusste Wertschätzung konservativ besetzter Themen und sichert sich so auch in rechten Stadträten Zustimmung für nachhaltige Transformationen:

„Und haben dann aber gemerkt, dass es super hilfreich ist, das Thema auch des Einfamilienhauses, was ja ein sehr, sehr konservatives Thema ist, und das Thema auch der Plattenbauten und der Ostmoderne und das sozusagen, was im Osten auch gut war. Und was die damaligen Planerinnen sich auch dabei gedacht haben, das wertzuschätzen. Und das ist dann tatsächlich sehr, sehr gut angekommen. Im Prinzip haben wir dann im Stadtrat bis auf ganz wenige Enthaltungen nur Zustimmung bekommen.“

(→ 5.3.1 Konservative Narrative einbinden)

Initiativen Praxis: Die Gestaltung von Finanzierungs- und Organisationsmodellen

Brüggén plädiert für eine radikale Abkehr vom passiven Dienstleistertum; Architekt:innen sollten nicht auf Aufträge warten, sondern diese durch eigene Initiativen selbst kreieren:

„Und deswegen glaube ich, wäre meine Idealvorstellung, dass alle Architekten nur noch gerne auch Aufträge machen können, aber auch die Möglichkeit haben, immer auch selbst Initiativprojekte anzustoßen und sich einzubringen und Vorschläge und Konzepte zu entwickeln und zu schicken, selbst umzusetzen.“

(→ 2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen) Brüggén sieht in architektonischer Konzeptarbeit die Fähigkeit aus vielen verschiedenen Dingen eine kohärente Struktur zu entwickeln. Neben Gebäuden könnten Architekt:innen das aber auch bei Gesetzen, Finanzierungs-, oder Organisationsmodellen anwenden.

„Wir zeichnen gerade für die Komturei Werben ein ziemlich kompliziertes Organigramm, wie das Projekt finanziert wird und wer da mit wem zusammenarbeitet und entscheidet. Und das ist fast schon ein Bauplan am Ende, der sozusagen überhaupt keine baulichen Maßnahmen zur Folge hat, direkt, aber total einflussreich ist für, wie man dort lebt [...]“ (→ 2.1.1 Strukturen entwerfen) Ein Projekt anzustoßen heißt, in Vorleistung zu gehen und dafür müsse man die finanziellen Ressourcen haben, oder das Projekt querfinanzieren. Manchmal sei deshalb insbesondere das Entwerfen von Finanzierungsplänen relevanter als bauliche Maßnahmen selbst:

„Also wir haben es gerade im Projekt in der Schweiz gemacht, da geht es um die Transformation von Einfamilienhäusern, wo wir der Stadt vorgeschlagen haben, dass es sinnvoll wäre, Einfamilienhäuser genauer anzuschauen, um die nicht abzureißen, sondern um die im Bestand mit den Bewohnern zu verdichten, weil es dort unglaublich viel leerstehende Fläche noch gibt. Und die Gemeinde fand das interessant. Und am Ende haben wir gesagt, wir machen das zusammen. Die Hälfte der Kosten tragen wir und die andere Hälfte der Kosten trägt die Gemeinde. Und das hat total unkompliziert und einfach und schnell funktioniert.“ (→ 2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung)

Strategien:

2.1.1 Strukturen entwerfen

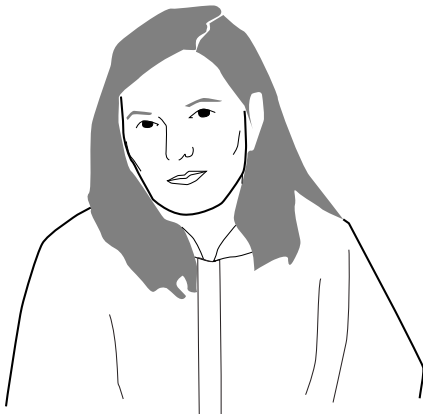
2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen

2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung

5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen

5.3.1 Konservative Narrative einbinden

Ivana Rohr: Aktivismus und Beruf verbinden



Ivana Rohr ist Teil der Geschäftsleitung der endboss GmbH, einem Büro, das sich explizit als „Partner:in“ und „Kompliz:in“ statt als klassischer Dienstleister:in versteht. Ihr Fokus liegt auf der Gestaltung von Freiräumen, Diskursräumen und urbanen Transformationen, wobei Partizipation und Ko-Produktion zentrale Rollen spielen. Für ernsthafte Anliegen gehe das Büro über das Mindestmaß und gebe alles was sie haben (vgl. endboss, o. J.).

(→ 2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung)

Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 6. Mai 2026 geführte Interview.

„Don’t work for assholes, don’t work with assholes“ (Zitat von Erik Spiekermann, von Rohr im Interview aufgegriffen) Architektur sei eine der Disziplinen, in denen sich der Rechtsruck am deutlichsten manifestiert, insbesondere durch eine ideologische Aufladung des Stadtbildes und den Fokus auf Rekonstruktionsprojekte, sagt Ivana Rohr.

„Und das hat ja, muss man ehrlicherweise auch mal sagen, außerhalb der Architekturbubble überhaupt niemand mitbekommen [...] was für eine Form von Architektur- und Stadtpolitik da [Kollhoffs Antisemitismus am Walter Benjamin Platz] betrieben wird.“ (→ 1.1.1 Forschen und reflektieren und → 1.1.4 Die Blase platzen lassen) Sie beobachtet eine gezielte Strategie der Neuen Rechten, die Stadt gegen das Land auszuspielen und Räume durch Agitation in Stadträten oder Präsenz im öffentlichen Raum zu besetzen. In ihren Beteiligungsprozessen erlebt sie Anfeindungen bis hin zur Bedrohung von Teilnehmenden: „Und die wollten das nicht unter ihrem Namen machen, weil die Angst hatten. Die sind schon so oft angefeindet worden von Rechts und wirklich als Schülerinnen auch von Rechten so nachts im Park verfolgt worden.“ Trotz der Blockadeversuche durch die AfD und rechtsextreme Zivilgesellschaft will sie ihre Arbeit fortsetzen:

„Wenn ich keine Projekte mache in Städten, wo die AfD im Stadtrat sitzt, dann wird es echt irgendwann eng. Es ist auch unfair den Leuten gegenüber, die in diesen Städten auch leben, die nicht rechts sind und sich eine andere Form von Zusammenleben wünschen.“ (→ 3.1.4 Beteiligung als Räume nutzen, um „Harte Nüsse“ zu diskutieren und → 3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz) Dennoch trügen Planer:innen Verantwortung für wen und mit wem sie arbeiten: „Don’t work for assholes, don’t work with assholes“ greift Rohr als Credo des Gestalters Erik Spiekermann auf. Die Zusammenarbeit mit Faschist:innen schließt sie strikt aus.

(→ 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument)

Ein noch größeres Problem als die AfD als Partei sieht sie in ihrer Arbeit mit den Leuten, die diese wählen „aus einer puren Gehässigkeit“. „Meine Regeln für diesen Tag waren nur noch, wer etwas Rassistisches sagt, fliegt raus. Das war die eine Regel, die ich an die Tafel geschrieben habe. [...] Ich habe die dann rausgeworfen, weil natürlich wurden wieder rassistische Sachen gesagt. Irgendwann habe ich gesagt, die sollen alle aufstehen und gehen. Ist mir scheißegal, ich habe keinen Bock mehr auf das Gespräch.“ (→ 3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz)

Strategische Verschiebung von Entscheidungsmacht

Sie fordere den Berufsstand auf, den Dienstleister:innen-Status abzulegen und den Architekturberuf mit Aktivismus zu verbinden. Zum Beruf gehöre mehr als nur das Gestalten, ebenso gelte es, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen.

„Du hast immer mit Politik zu tun. Wo werden denn Beschlüsse über Bebauungspläne etc. gefasst? Das ist alles politisch.“

Schließlich gelte es laut Rohr, progressive Ideale sichtbar zu machen und Zusammenhänge erfahrbar zu gestalten – eine grundsätzlich politische Aufgabe.

„Was man braucht, ist die Fähigkeit, Zusammenhänge zu verstehen. Und abzubilden oder umzugestalten. Das finde ich ist eine grundsätzliche Aufgabe in Gestaltungsstudiengängen. Das zu vermitteln, dass es um Zusammenhänge geht, die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, herzustellen, umzugestalten, Alternativen aufzuzeigen. Das ist worum es geht. Das ist immer politisch.“ (→ 5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen und → 2.1.1 Strukturen entwerfen)

Praktisch zeigt sie dies am „Wittenberger Modell“: „Und da haben wir uns ein System überlegt [...], dass wir die Entscheidung über die Förderung der Projekte, die da eingereicht werden, der Politik entziehen im Stadtrat. Die hatten ein einmaliges begründetes Veto-recht für Projekte. Und ansonsten haben alle Schülerinnen und Schüler der Stadt über die Förderung der Projekte entschieden. [...] In allererster Linie natürlich, weil Kinder und Jugendliche so tatsächlich eine Demokratieerfahrung haben – ihre erste [...]. Und zum Zweiten, weil das selbst für die AfD extrem schwierig ist, zu sagen, Schülerinnen und jungen Menschen trauern wir nicht zu, eine Entscheidung zu treffen, denn da fischen sie ja vor allem auch nach ihrer neuen Wähler:innenschaft.“ (→ 3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen und → 3.2.2 Gestaltungshoheit formell verschieben)

Strategien:

1.1.1 Forschen und reflektieren

1.1.4 Die Blase platzen lassen

2.1.1 Strukturen entwerfen

2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung

2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument

3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen

3.1.4 Beteiligung nutzen, um „Harte Nüsse“ zu diskutieren

3.2.2 Gestaltungshoheit formell verschieben

3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz

5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen

Andrea Gebhard: exzellente Gestaltung alltäglicher Bedürfnisse



Andrea Gebhard ist eine erfahrene Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin, die seit Mai 2021 als Präsidentin der Bundesarchitektenkammer (BAK) amtiert. Dem voran bekleidete sie verschiedene hochrangige Positionen, unter anderem als Präsidentin des Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA), stellvertretende Vorsitzende im Stiftungsrat der Bundesstiftung Baukultur sowie als Mitglied in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) (vgl. Bundesarchitektenkammer, o. J.). Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 7. Mai 2026 geführte Interview.

Professionelle Unbeirrbarkeit

Andrea Gebhard gibt an, dass das Erstarken der extremen Rechten ihr eigenes architektonisches Schaffen „in keinsten Weise“ beeinflusse. Sie ist der Überzeugung, dass man sich nicht aktiv mit den extremen Rechten auseinandersetzen sollte: „Das Beste ist, gar nicht darauf zu reagieren, überhaupt nicht. Einfach auflaufen zu lassen und zu sagen, wir machen aber ganz in aller Ruhe unsere Ideen weiter und lassen uns da gar nicht auf eine Diskussion ein.“ (→ 1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen)

Stattdessen solle man konsequent die „normale“ Arbeit der Landschaftsarchitektur exzellent ausführen, und darauf zu achten, „dass sie für alle Menschen da ist, jeder Altersgruppe, jeder Couleur und jeglicher Herangehensweise.“ (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume) Sie hält konsequent an ihren bisherigen beruflichen Idealen fest und appelliert dazu, sich zu diesem Zweck als Berufsstand organisieren: „Und deshalb meine ich, ist es notwendig, dass wir uns als Architektenschaft zusammentun und sagen, ihr könnt euch da überlegen, was ihr wollt, aber wir sind der Meinung [...] das Gemeinschaftliche, das ist die allerwichtigste Überschrift und die wie beibehalten müssen.“ (→ 1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden)

Widerstände gegen solche Projekte sieht sie als altbekannt an und verweist darauf, dass diese früher, wie heute, von konservativen Parteien oder dem Denkmalschutz kommen.

Reale Nöte ernst nehmen und Monumentales auflösen

Gebhard betont die Bedeutung von Qualität: Hervorragende Architektur statt Mittelmaß fördere die Identifikation und Zukunftsgewandtheit der Menschen. In der täglichen Praxis sieht sie den größten Handlungsspielraum darin, keine ausgrenzenden Strukturen oder Ideen zu entwickeln. Im Gegenteil gelte es alltägliche Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu bearbeiten und dabei Räume der Gemeinschaft für alle Schichten und Altersgruppen zu schaffen:

„Ich glaube, man kann nur den Wind aus den Segeln nehmen, indem man die Nöte der Menschen dort ernst nimmt. Dass man sagt, ja, ihr braucht einen Bus, ihr braucht Ärzte, ihr braucht Wohnungen und so weiter. Dass man sich mit den Fragestellungen, die die wirklichen Bedürfnisse betreffen, auseinandersetzt [...]“ (→ 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen) „Es geht darum, für die Menschen Räume zu entwickeln, in denen sie sich wohl fühlen. Unsere Arbeit ist ja nicht,

ein Kunstwerk zu schaffen.“ (→ 3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten)

Sie hält in ihren Projekten an ihren planerischen Idealen fest: der Bearbeitung sozialer Fragen, der Schaffung von Begegnungsräumen zur Vermeidung von Vereinzelung und der Verbindung der Menschen mit der Natur. Als Beispiel nennt sie die Umgestaltung der Münchener Ludwigstraße, einer ehemals monarchischen Monumentalstraße, die nun so begrünt und verändert wird, dass sie für alle Menschen zugänglich ist und der Klimaanpassung dient. (→ 4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven) Hierbei lehnt sie monumentaler Ansätze ab und hebt die Wirksamkeit landschaftsarchitektonische aufgelöste und landschaftsintegrierte Designs hervor:

„Es gibt natürlich auch vielleicht Kolleginnen und Kollegen, die das Monumentale ganz schön finden, finde ich den falschen Ansatz.“ (→ 4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse) „Aber wenn man sich gute demokratische Räume anschaut, sind es gute Parkanlagen, sind es gute Gärten, sind es gute Plätze, gute Straßen mit schönen Gebäuden, die was miteinander machen und auch dieser Kontakt den Gebäuden zueinander brauchen, ist extrem wichtig.“ (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume) Ein wichtiger Teil ihrer Strategie gegen Rechtsextremismus ist zudem eine integrative Sprache: Sie warnt davor, durch eine als elitär empfundene Sprache zusätzliche Abgrenzung zu schaffen. (→ 5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen)

Strategien:

1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen

1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten

4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume

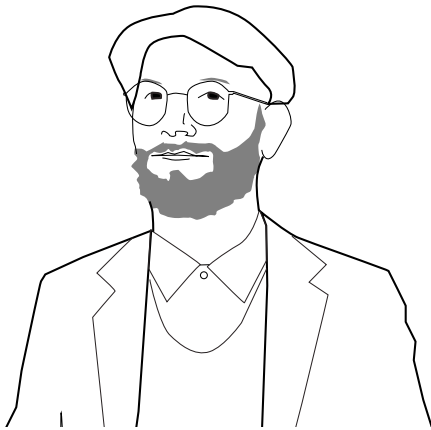
4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen

4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse

4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven

5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen

Alexander Poetzsch: Niedrigschwellige und einbindende Architekturvermittlung



Alexander Poetzsch ist ein in Dresden ansässiger Architekt und seit September 2025 Präsident des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA). Sein beruflicher Fokus liegt auf der Transformation und Sanierung von Bestandsgebäuden und Denkmälern. Neben seiner Entwurfstätigkeit engagiert er sich stark in der Vermittlung von Baukultur, unter anderem als Gründer des Vereins ZEITGENOSSEN e.V. und in der Programmkommission des Zentrums für Baukultur Sachsen (vgl. ALEXANDER POETZSCH ARCHITEKTUREN, o. J.). Folgende Zusammenfassung sowie eingebettete Zitate beziehen sich in Gänze auf das am 21. Mai 2026 geführte Interview.

Architektur als Medium politischer Auseinandersetzung

Alexander Poetzsch beobachtet eine zunehmende Verengung der architektonischen Debatte durch rechtsextreme Strömungen, die er am Beispiel des AfD-Regierungsprogramms in Sachsen-Anhalt festmacht. Er warnt vor Versuchen, einen „Nationalstil“ zu erfinden, der Pluralismus und Diversität ablehnt. „Wenn Architektur sich verengt, dann ist sie nicht mehr inklusiv, sondern exklusiv, und dann haben wir ein großes Problem.“ (→ 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen) In der praktischen Arbeit, insbesondere in Ostsachsen, stellt er fest, dass Stadtratsentscheidungen schwieriger werden und Projekte, die Teilhabe ermöglichen oder als *Dritte Orte* fungieren sollen, vermehrt blockiert oder revidiert werden. „[Auch] da gilt es, nein zu sagen; denn es lohnt sich, gute Architektur zu bauen, es lohnt sich niedrigschwellige, inklusive Architektur zu bauen.“ (→ 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume) Architektur werde dabei oft als „Medium für rüde politische Auseinandersetzungen missbraucht“, was die sachlich-fachliche Diskussion verdränge und die gestalterischen Freiheitsgrade von Architekt:innen massiv bedrohe.

Raus aus der Expert:innenblase

Ähnlich wie Andrea Gebhard sieht Alexander Poetzsch einen entscheidenden Hebel in der architektonischen Reaktion auf die tatsächlichen Bedürfnisse in Stadt und Land. Hier gelte es, weg vom Schreibtisch und hin zu dem direkten Kontakt zu kommen: „Bevor wir anfangen, uns an irgendeiner Stelle irgendwelche Sachen auszudenken, die vielleicht völlig verknüpft sind, muss man ein Stück weit abwichten und fragen: Was sind denn eigentlich eure Probleme?“ (→ 3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten) Poetzsch ist der festen Überzeugung, dass Architektur politisch ist. Die Verbändelandschaft müsse sich dessen bewusst sein und entscheiden, ob sie sich dem Erstarken der extremen Rechten aktivistisch entgegenstellen. (→ 1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden) Ebenso sieht er die Verantwortung bei den einzelnen Architekt:innen. Es gehe darum, Haltung zu beweisen und Haltung zu bewahren, und Projekte womöglich auch abzusagen. (→ 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument) Architekt:innen müssten aus ihrer „Expertenblase“ heraustreten, und der Gesellschaft aktiv erklären, warum gute, inklusive Architektur notwendig ist. (→ 1.1.4 Die Blase platzen lassen)

„Und ich glaube, auch da gehört viel mehr Erläuterung, mehr Zugehen, mehr einfache Sprache dazu. Wir müssen raus aus dieser Expertenfachblase!“ (→ 5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen)

Eine konkrete Erfolgsstrategie sieht er im „Mobilen Gestaltungsbeirat“ in Sachsen: Dieses Gremium bringt externe Fachkenntnis direkt in die Kommunen, schafft durch öffentliche Sitzungen Transparenz und stärkt lokale Entscheidungsträger gegen populistischen Druck.

„Die Menschen vor Ort fühlen sich gehört und verstanden. Das ist das Wichtigste. Und das ist, was wir Architektinnen und Architekten leisten können.“ (→ 5.1.2 Städtebaulichen Diskurs in die Öffentlichkeit tragen)

„Die Bürgermeister haben ihre Sitzung öffentlich gemacht, weil es wichtig ist, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diese fachliche Diskussion mitbekommen.“ (→ 5.2.2 Öffnung von politischen Gremien) Er plädiert zudem eindringlich dafür, trotz klarer Grenzen im Gespräch zu bleiben, um die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter zu vertiefen.

„Ich finde, man muss diese Gespräche aushalten – das müssen wir als Gesellschaft aushalten. Und ich glaube, wir haben es viel zu lange in eine Schmutzedecke gestellt und das Gespräch nicht geführt.“

(→ 6.1.3 Konflikte aushalten und produktiv nutzen)

Strategien:

1.1.4 Die Blase platzen lassen

1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument

3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten

4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume

4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen

5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen

5.1.2 Städtebaulichen Diskurs in die Öffentlichkeit tragen

5.2.2 Öffnung von politischen Gremien

6.1.3 Konflikte aushalten und produktiv nutzen

39 architektonische Strategien demokratischer Wehrhaftigkeit

Die vorangegangenen Untersuchungen entlang der drei Annäherungsebenen haben verdeutlicht, dass die Freiheit, unsere gebaute Umwelt zu gestalten, untrennbar mit der Verteidigung demokratischer Werte verwoben ist. Die Analyse der extremen rechten Stadttheorie (Ebene A) macht deutlich, dass die extreme Rechte Architektur gezielt als „Metapolitik“ instrumentalisiert, um eine kulturelle Hegemonie zu erlangen. Für die Umsetzung ihrer Ideologien formulieren die extremen Rechten weitreichend ausgearbeitete und methodisch vielfältige räumliche Strategien. Die Untersuchung der Bewegung und Gegenbewegung im „Brennglas“ Weißwasser (Ebene B) wiederum ist ein Beleg dafür, dass Städte hier und heute Arenen sind, in denen diese „strategische Raumnahme“ auf demokratischen Widerstand trifft. Aus den Interviews zur wehrhaften Architekturpraxis (Ebene C) ließen sich konkrete Ansätze ableiten, wie Architekt:innen dem Erstarken der extremen Rechten entgegentreten können. Sie untermauern, dass Architekturschaffende keine neutralen Dienstleister:innen sind, sondern durch ihr Handeln aktiv Einfluss auf diese Aushandlung nehmen können. Die Vielzahl an Strategien, die aus dieser Betrachtung hervorgeht, wird im folgenden Systematisiert.

Kollektive Reflexion: „Häuser wählen nicht“

Um einen Zwischenstand der Erkenntnisse zu reflektieren, bildete die öffentliche Diskussionsveranstaltung „Häuser wählen nicht – Wie stellen sich Architekt:innen gegen Rechts?“ am 3. Juni 2026 in der TU Berlin ein strukturierendes Element dieser Arbeit. Vorgestellt und diskutiert wurden insbesondere Zusammenschnitte der Expert:innen Interviews. Das Gespräch hob drei Kernfragen an die Oberfläche, die als exponierte Leitplanken die gesamte hier präsentierte Strategien-Sammlung begleiten:

- Wo ziehen Architekt:innen die Grenze? Beginnt das „Neinsagen“ erst bei der Zusammenarbeit mit Faschist:innen oder beispielsweise bereits bei Projekten mit Großinvestor:innen, die das Gemeinwohl aushöhlen?
- Wie nehmen Architekt:innen Einfluss auf die Auftragslage? Über welche Tools verfügen sie, um Projekte selbst zu initiieren, statt nur auf Anfragen zu reagieren?
- Wie wird die Disziplin zugänglich? Wie kommunizieren Architekt:innen ihre Expertise so, dass sie auch außerhalb akademischer Zirkel als wertvoll wahrgenommen und nachgefragt wird?

Das Spannungsfeld: Professionelle Identität und Aktivismus

Außerdem wurde in der Diskussion ein Spannungsverhältnis zwischen Aktivismus und Berufsalltag sichtbar. Anstoßpunkt war die Darstellung von Ivana Rohr, es bestünde die Notwendigkeit einer Synthese: *„Es ist wichtig, aber es nützt nicht viel, auf der einen Seite Architektin zu sein und dann auch noch aktivistisch unterwegs oder politisch aktiv. Man muss versuchen, das miteinander zu verbinden“* (Interview mit Ivana Rohr, 2026). Demgegenüber entstand in der Diskussionsrunde die Überlegung, Lohnarbeit bewusst als solche zu begreifen, um sich durch eine reduzierte Arbeitszeit den Rücken für außerberuflichen Aktivismus – etwa in antifaschistischen oder emanzipatorischen Kontexten – freizuspielen. Dieses „emotionale Entspannungsmoment“ erlaubt es, die eigene Wirksamkeit dort zu entfalten, wo man den direkten Zugang hat, ohne sich an der Gleichzeitigkeit aller globalen Kämpfe aufzureiben. Eine zentrale Prämisse vereint jedoch für beide Wege: Keine Unterstützung demokratieschädigender Projekte. Wer nicht für den Erhalt der offenen Gesellschaft entwirft, darf zumindest nicht zu deren räumlicher Erosion beitragen.

Systematik der Strategien

Die circa 50 Studierenden und Lehrenden am Institut für Architektur waren sich einig: Es ist kein Geheimnis, wie kommunikative Räume aussehen, die ein Miteinander fördern, im Gegensatz zu Strukturen, die Vereinzelung begünstigen. Sich effektiv für diese Räume einsetzen, heißt aber, neben der Gestaltung auch die Rahmenbedingungen und Auftragserteilung zu beeinflussen, statt passiv darauf zu warten, dass Kommunen „demokratische Aufträge“ erteilen. Der Runde war ebenfalls klar: erst mit der Nutzung etabliert sich der demokratische Wert eines Gebäudes. Die aus diesen Erkenntnissen destillierten 39 Strategien sind in 16 Kapitel gegliedert, die einem chronologischen 6-Phasen-Modell folgen. Dieses Modell bildet das gesamte architektonische Handeln ab:

- Es beginnt mit den prä-architektonischen Rahmenbedingungen (**Phase 1**),
- reicht über die aktive Auftragsgestaltung (**Phase 2**),
- den Entwurfsprozess (**Phase 3**),
- die eigentliche räumliche Manifestation (**Phase 4**),
- die Entwurfsvermittlung (**Phase 5**),
- und endet bei der post-architektonischen Nutzung (**Phase 6**), die in Teilen unabhängig von der räumlichen Gestaltung stattfindet.

Die folgende Sammlung versteht sich nicht als fertiger Katalog, sondern als Werkzeugkasten für eine wehrhafte Praxis. Sie ist eine Diskussionsgrundlage für die kollektive Suche nach einer demokratisch wehrhaften Berufspraxis.

Übersicht:

Phase 1:

Rahmenbedingungen aktiv gestalten42

1.1 Demokratische Diskursmacht sichern

- 1.1.1 Forschen und reflektieren
- 1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen
- 1.1.3 Begriffe progressiv besetzen und völkische Framings entlarven
- 1.1.4 Die Blase platzen lassen

1.2 Fachwissen als aktivistische Expertise nutzen

- 1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen
- 1.2.2 Aktivistische Interventionen initiieren
- 1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

1.3 Vernetzung und Einmischung in Realpolitik

- 1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber
- 1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen

Phase 2:

Demokratiefördernde Aufträge organisieren48

2.1 Aktives Dienstleistungsverhältnis

- 2.1.1 Strukturen entwerfen
- 2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen
- 2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung

2.2 Don't work with assholes, don't work for assholes

- 2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument
- 2.2.2 Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern

Phase 3:

Prozesse demokratisieren52

3.1 Beteiligungsformate als Räume für Selbstwirksamkeit und Dissens

- 3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten
- 3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen
- 3.1.3 Mut zum Dissens statt machtgefüggem Konsens
- 3.1.4 Beteiligung als Räume nutzen, um „Harte Nüsse“ zu diskutieren
- 3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen

3.2 Wehrhafte Gestaltungsprozesse

- 3.2.1 Öffentlichen Druck durch Beteiligung generieren
- 3.2.2 Gestaltungshoheit formell verschieben
- 3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz

Phase 4:

Räumliche Manifestation demokratischer Werte58

4.1 Begegnungsfördernde und hemmende Räume

- 4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume
- 4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen

4.2. Bruch zentralistischer und machtvoller Gesten

- 4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse
- 4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven

4.3. Symbiose von Soziokultur und Baukultur

- 4.3.1 Identifikation und Erhalt durch Belebung

Phase 5:

Entwürfe kommunizieren und vermitteln63

5.1. Entscheidungen nachvollziehbar machen

- 5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen
- 5.1.2 Städtebaulichen Diskurs in die Öffentlichkeit tragen

5.2. Demokratische Normalitätsvorstellungen prägen

- 5.2.1. Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen
- 5.2.2 Öffnung von politischen Gremien

5.3. Konsens im Demokratischen Spektrum herstellen

- 5.3.1 Konservative Narrative einbinden
- 5.3.2 Wirtschaftlich statt rein ideologisch argumentieren

Phase 6:

Demokratische Nutzung verankern68

6.1 Demokratische Bildungsarbeit

- 6.1.1 Diskussion und Informationsformate
- 6.1.2 Generationenübergreifenden Demokratie-Erfahrungen fördern
- 6.1.3 Konflikte aushalten und produktiv nutzen

6.2 Gesellschaftliche Resilienz

- 6.2.1 Wertschätzung als Schutzwall

6.3 Demokratiefördernde Konsumorte

- 6.3.1 Gewerbe als Begegnungsraum inszenieren
- 6.3.2 Lokale gewerbliche Strukturen fördern

Phase 1: Rahmenbedingungen aktiv gestalten

Angesichts des Erstarkens rechtsextremer Kräfte, Übergriffe und Narrative müssen Architekt:innen die Notwendigkeit demokratischer Architekturen offensiv einfordern und aktiv Widerstand gegen Projekte leisten, die ausgrenzende oder menschenfeindliche Ideologien räumlich manifestieren. Für eine wehrhafte Praxis gilt es, den politischen Diskurs so mitzugestalten, dass ein Nährboden für solidarische Projekte und Mitgestaltung entsteht. Insbesondere der ländliche Raum darf dabei nicht der Stadt-Land-Trennung folgend als „abhängig“ aufgegeben werden, sondern muss als spezifisches Potenzial für eigenständige, transformative Initiativen erkannt werden. Ziel ist es, durch eine wehrhafte Praxis Räume der Gemeinschaft und des demokratischen Erhalts zu sichern und weiterzuentwickeln.

1.1 Demokratische Diskursmacht sichern:

Gegen die Diskursverschiebung von Rechts hilft vor allem die unbeirrte demokratische Positionierung im öffentlichen Diskurs. Architekt:innen müssen als öffentliche Akteur:innen die Deutungshoheit über zentrale Begriffe zurückgewinnen und rechte Normalitätsvorstellungen konsequent infrage stellen.



Ivana Rohr:

„Es gehört einfach nicht mehr nur dazu zu gestalten, sondern man muss wirklich auch gucken, wie schaffe ich mir in dem Umfeld, in dem ich gestalte, Rahmenbedingungen, unter denen ich so arbeiten kann, wie ich das für richtig halte“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

1.1.1 Forschen und reflektieren:

Das Erstarken der extremen Rechten erfordert eine aktive wissenschaftliche und kritische Auseinandersetzung mit der politischen Instrumentalisierung von Architektur. Da die „Neue Rechte“ Architektur gezielt als metapolitisches Werkzeug nutzt, um Normalitätsvorstellungen zu verschieben, müssen Planer:innen und Theoretiker:innen diese Strategien analysieren und demaskieren und fundierte Argumente jenseits rein ästhetischer Stildiskurse in die Gesellschaft tragen.

Ivana Rohr:

„Und das hat ja, muss man ehrlicherweise auch mal sagen, außerhalb der Architekturbubble überhaupt niemand mitbekommen [...] oder was für eine Form von Architektur- und Stadtpolitik da [Kollhoffs Antisemitismus am Walter Benjamin Platz] betrieben wird“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

„Das zu vermitteln, dass es um Zusammenhänge geht, die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, herzustellen, umzugestalten, Alternativen aufzuzeigen. Das ist worum es geht. Das ist immer politisch“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Alexander Poetzsch:

„Architektur ist quasi so eine Art [...] Medium, anhand dessen quasi politische Haltungen diskutiert werden und diese Diskussion findet halt oftmals sehr rüde statt und nicht in der angemessenen Fachlich- und Sachlichkeit“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Gabu Heindl:

„Wir müssen die Entwicklung Richtung neo-feudaler Strukturen sehr deutlich sehen und auch daran analysieren, inwieweit und wo Architektur und Stadtplanung, Landschaftsplanung, Raumplanung mit dran mitarbeitet“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Philipp Oswalt:

„Ich bin ja kein praktizierender Architekt, sondern bringe mich hier im Diskurs ein, durch meist textliche Beiträge [...] und insofern ist für mich schon seit Jahren eigentlich die Kritik an solchen Tendenzen eine wichtige Beschäftigung“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Rechtsintellektueller Diskurs“

1.1.2 Diskursverschiebungen nicht folgen:

Das Gegenargument bestätigt mitunter einen Diskurs, den man gar nicht führen möchte. Auf ein „Moderne-Bashing“ muss kein „Traditions-Bashing“ folgen. Stattdessen gilt es, Ressourcen gezielt in Themen zu investieren, die aus demokratischer Perspektive weitergebracht werden wollen.

Philipp Oswalt:

„Ich glaube, was vielleicht der stärkste Effekt [des Erstarken von extrem Rechts] ist, dass das Framing von Architekturdebatten sich verschiebt oder dass es eben den Versuch gibt, diese zu verschieben, was aber erfolgreich passiert“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

„Wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Falle tapen, dieses Framing des rechten Diskurses wiederholen mit unseren Gegenargumenten, sondern das auf eine andere Ebene zu bringen“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Andrea Gebhard:

„Das Beste ist, gar nicht darauf zu reagieren, überhaupt nicht. Einfach auflaufen zu lassen und zu sagen, wir machen aber ganz in aller Ruhe unsere Ideen weiter und lassen uns da gar nicht auf eine Diskussion ein“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Stadtfeindschaft“

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Rechtsintellektueller Diskurs“

1.1.3 Begriffe progressiv besetzen und völkische

Framings entlarven:

Es gilt, auch die „harten Nüssen“ zu diskutieren – also Themen, wie Heimat, Sicherheit, traditionelles Handwerk und Ähnliches, nicht den Rechten zu überlassen, sondern diese Themen inklusiv und alltagsweltlich und in sozialen Beziehung zu definieren. Rekonstruktionsvorhaben müssen kritisch auf ihre identitätspolitische Instrumentalisierung untersucht werden, um zu verhindern, dass sie als Medium für nationalistische Narrative dienen.

Philipp Oswalt:

„[Es gibt] natürlich den Heimatbegriff in einem ideologisierten politischen Sinne sozusagen als identitätspolitischer Begriff, der auch ganz gezielt ausgrenzend ist, der ganz gezielt homogenisierend ist [...] Wenn wir uns gegen diesen, das tun wir ja auch, gegen diese Art des Heimatbegriffs erwehren, dann müssen wir ja nicht das Verständnis von Heimat generell verwerfen, sondern sagen, eigentlich brauchen wir einen anderen Heimatbegriff“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Rechtsintellektueller Diskurs”

“Das Reparieren der städtischen Kulisse repariert dabei eine brüchige Geschichte. Es materialisiert eine homogene und positive, in jedem Fall lineare Geschichtserzählung. Widersprüche und historische Ambivalenzen, Nationalsozialismus, deutscher Angriffskrieg, koloniale Vergangenheit und Holocaust werden ausgeklammert, kulturelle Leistungen der Deutschen dagegen betont” (Braun 2024: 178).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Stadtfeindschaft”

Architekt:innen müssen den akademischen und rein städtischen Diskursraum verlassen und eine stetige Kommunikation zur Zivilbevölkerung aufbauen, präsent sein, zuhören und fachliche Entscheidungen so nachvollziehbar erklären, dass sie Akzeptanz finden und rechte Narrative entlarven.

Alexander Poetzsch:

„Wir müssen raus aus dieser Expertenfachblase.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

1.1.4 Die Blase platzen lassen:

Ivana Rohr:

„Und das hat ja, muss man ehrlicherweise auch mal sagen, außerhalb der Architekturbubble überhaupt niemand mitbekommen [...] was für eine Form von Architektur- und Stadtpolitik da [Kollhoffs Antisemitismus am Walter Benjamin Platz] betrieben wird“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Dorit Baumeister:

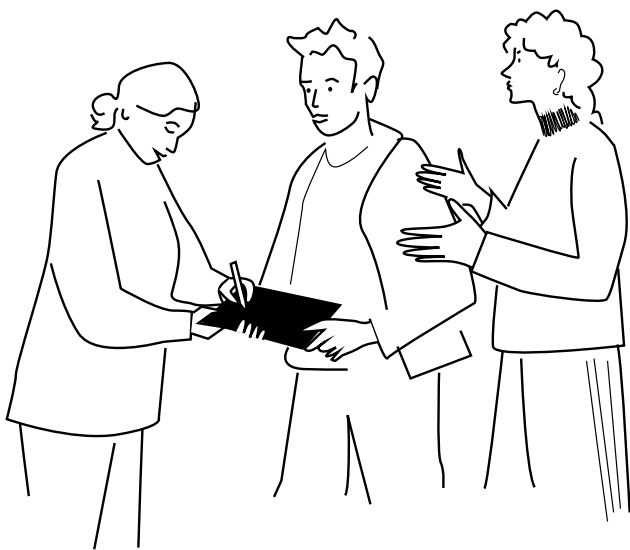
„Es findet alles auf einer Fachebene statt, in Wissenschaftskreisen, in politischen Kreisen, auf kommunalen Ebenen. Da findet der Strukturwandel statt. [...] aber in der Gesellschaft ist die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen weg“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Aktuelle rechte Ordnungsversuche”

1.2 Fachwissen als aktivistische Expertise nutzen:

Die fachliche Expertise muss gezielt als politisches Werkzeug genutzt werden, um demokratische Prozesse zu stützen und rassistische Praktiken aufzudecken.

Ivana Rohr: „Du hast immer mit Politik zu tun. Wo werden denn Beschlüsse über Bebauungspläne gefasst? Das ist alles politisch.“



1.2.1 Privilegien maximal ausnutzen:

Architekt:innen sollten ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Netzwerke nutzen, um rassistische Strukturen in der Raumproduktion oder auf Baustellen zu benennen und entschieden dagegen vorzugehen. Der aktuell für Architekt:innen zur Verfügung stehende Spielraum ist maximal auszunutzen, um ihn nicht zu verlieren.

Gabu Heindl:

„Das heißt, das Credo Use your fucking Privilege gilt natürlich auf jeden Fall auch für uns alle, die wir in der Architektur tätig sind, unsere Privilegien zu nutzen und uns maximal einzusetzen für eine gemeinsame Raumproduktion [...]“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

„[...] es geht ja ganz grundsätzlich darum, wie sehr gegenwärtige neoliberale Zustände bereits menschenverachtende Situationen auf Baustellen produzieren, wo Menschen sterben, wenn sie auf unseren Baustellen unter prekären Bedingungen, nicht angestellt, viel zu wenig verdienend, sich dem Preisdumping hingeben müssen. Wenn wir das nicht kritisieren oder mit unterstützen, da sind wir sozusagen mit Teil des Systems“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

„[...] dass wir auch keine Selbstzensur zulassen in Kritikformulierung, dass wir keine Angst davor haben, tatsächlich dort, wo Menschenfeindlichkeit sich ob in der Architektur auswirkt oder auch nur im architektonischen Raum [...] dass wir uns zu Wort melden und jetzt und heute eben tatsächlich deutlich machen, wo Schranken gesetzt werden müssen [...]“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Philipp Oswalt:

„Und ich glaube, das geht eigentlich auch in diesem Sinne um so ein Selbstempowerment sich über diese Gestaltungsmacht, die man hat, auch bewusst zu werden und die zu nutzen“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Leon Beck:

„Und konkret kann man sich natürlich an allen offiziellen Beteiligungsprozessen, die es zu Projekten gibt, einbringen. Und wenn es keine gibt, kann man aber diese auch einfordern. Sei es erstmal informell bis hin zu einem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, der im Ergebnis gleichzusetzen ist mit einem Gemeinde- oder Stadtratsbeschluss.“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

1.2.2 Aktivistische Interventionen initiieren:

Dies umfasst das Starten von Petitionen, das Verfassen offener Briefe an Abgeordnete sowie die gezielte Versorgung von Bürger:innenbegehren mit fachlichen Argumenten gegen Bauvorhaben der extremen Rechten.

Leon Beck:

„Und konkret kann man sich natürlich an allen offiziellen Beteiligungsprozessen, die es zu Projekten gibt, einbringen. Und wenn es keine gibt, kann man aber diese auch einfordern. Sei es erstmal informell bis hin zu einem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, der im Ergebnis gleichzusetzen ist mit einem Gemeinde- oder Stadtratsbeschluss.“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

1.2.3 Engagement in Kammern und Verbänden

Neben dem eigentlichen Schaffen ist die aktive Mitarbeit in Berufsständen und Kammern essentiell, um demokratische Grundwerte im Fachdiskurs und in Berufspolitischen Entscheidungen zu verankern und die politische Schlagkraft des Berufsstandes zu erhöhen.

Alexander Poetzsch:

„Wie positionieren wir uns als Berufsverband an der Stelle? Was ist unsere Haltung? Architektur ist politisch, das ist meine feste Überzeugung [...]“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

„Die Frage ist, will man aktivistisch sein? [...] Und will man sich dem aktiv entgegenstellen? Das ist jetzt eher eine Frage an die Verbände? Weniger an den einzelnen Architekten und die Architektin, sondern eher an die Verbändelandschaft“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Andrea Gebhard:

„Und deshalb meine ich, ist es notwendig, dass wir uns als Architektenschaft zusammentun und sagen, ihr könnt euch da überlegen, was ihr wollt, aber wir sind der Meinung [...] das Gemeinschaftliche, das ist die allerwichtigste Überschrift und die wie beibehalten müssen“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Leon Beck:

„Das ist, glaube ich, auch was, was uns ein Stück weit abtrainiert wurde, uns als politische Individuen zu begreifen, die sich jenseits von der Rolle als Konruent:innen oder der Arbeitnehmer:innen äußern können und Gesellschaft gestalten können. Und dass man das ja auch immer kann mit dem fachlichen Hintergrund. Also dass sich Architekturschaffende mit dieser Expertise, die sie haben, aber als politisch engagierte Privatpersonen einbringen“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Nationalsozialismus“

1.3 Vernetzung und Einmischung in Realpolitik:

Verwaltung muss nicht nur den Status Quo verwalten, sondern kann proaktiv für städtebauliche Impulse und die Manifestation demokratischer Räume genutzt werden. Das macht Ämter politischer Verwaltungen zu wichtigen Hebeln für die Initiierung und Umsetzung progressiver Projekte im großen Stil.



1.3.1 Verwaltung als Impulsgeber:

Die Besetzung politischer Ämter oder Führungspositionen in Bauämtern ermöglicht es, Inhalte und progressive Ansprüche direkt in die Verwaltung zu tragen. Anstatt nur Vorgaben zu vollziehen, kann die Verwaltung so zum strategischen Gestalter für demokratische und progressive Themen werden.

Dorit Baumeister:

„Wir haben also jedes Vorhaben, was wir angefasst haben, so ausgeschrieben, dass wir wirklich renommierte Architekturbüros finden, die ja normalerweise sich nicht im Weißwasser bewerben würden. [...] weil mir bewusst ist, dass natürlich auch die Qualität [...] ganz entscheidend sein wird“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

„Ich kann heute behaupten und sagen, eine Verwaltung kann sich als Impulsgeber aufstellen. Es gibt kein Gesetz, keine Anordnung, welche uns verbieten, qualitätsbewusst, hoch anspruchsvoll zu handeln. Man kann wirklich gesamtstrategisch [...] ganz andere Dynamiken erzielen“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

Leon Beck:

„[...] dass sich Architekturschaffende mit dieser Expertise, die sie haben, aber als politisch engagierte Privatpersonen einbringen. [...] Im Konkreteren ist es vielleicht auch einfach oft im Lokalen und dort die Frage, wie führt man politische Diskurse“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

Phase 2: Demokratiefördernde Aufträge organisieren

1.3.2 Förderlandschaften mobilisieren und schützen:

Bestehende Förderkulissen müssen hinterfragt und bei Bedarf radikal umgebaut werden, um synergetische Effekte für eine moderne Stadtentwicklung zu erzielen und sich handlungsfähig und wehrhaft gegenüber politischen Blockaden zu machen.

Dorit Baumeister:

“[...] ...und dann habe ich Ihnen erzählt, Weißwasser steigt aus allem aus. Und das hat es noch nicht gegeben. Wir haben Ihnen gesagt, wir würden zu Ende 2023 alle unsere Städtebau- und Sanierungsfördergebiete, zum Teil vorzeitig, abrechnen. Und würden dann, parallel dazu zwei neue Städtebaugebiete aufstellen und beantragen. Wir würden diese mit weiteren Programmen, wie z.B. das EFRE Programm kombinieren. Unsere Maßnahmen gesamtstrategisch einbauen und kumulieren, um nicht nur maximale Fördersätze zu erhalten, sondern um alles synergetisch und impulsgebend zusammenzuführen. Sie fanden den Vorschlag sehr verrückt, das hat noch keiner gewagt und sie hatten mit auch klar gemacht, welches Risiko wir eingehen, Das wir nicht erwarten können, sofort in die neuen Förderkulissen aufgenommen zu werden. Das wir das Risiko eingehen, für ein paar Jahre völlig handlungsunfähig zu sein. Davon sind ja auch Dritte betroffen, nicht nur wir als Kommune, auch Wohnungsunternehmen und andere Stakeholder. Ich habe geantwortet, das ist mir bewusst, aber so bin ich ja auch nicht handlungsfähig. Und wenn wir etwas erreichen wollen in den nächsten 10, 15 Jahren, dann müssen wir unsere Handlungsfähigkeit herstellen. Und wir sind den Weg gegangen und haben gewonnen.“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

Leon Beck:

„Ich finde es von unserer heutigen Politik unverantwortlich, dass die Kommunen finanziell am Abgrund stehen. Viele Kommunen haben aufgrund ihrer Haushaltsengpässe gar keinen finanziellen Spielraum mehr.“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

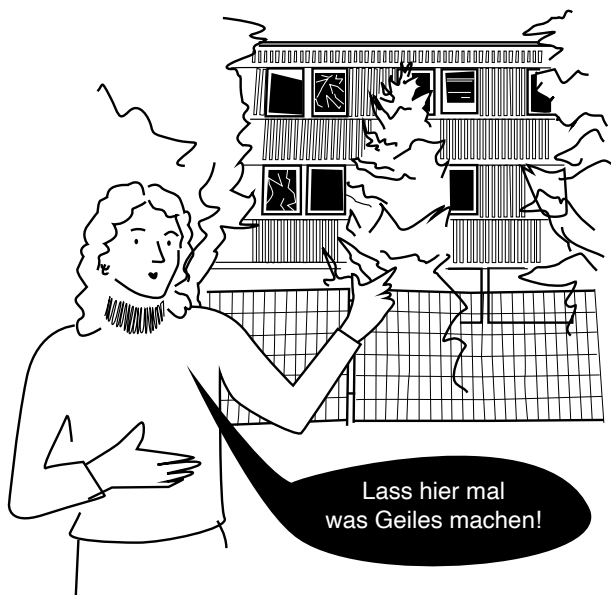
Architekt:innen können den weit verbreiteten Dienstleistungsfatalismus überwinden, indem sie den Prozess der Auftragserteilung nicht als passives Warten auf demokratische Projekte begreifen, sondern diese aktiv initiieren. Anstatt sich als „Geisel“ der Investor:innen und deren Vorgaben zu sehen, gilt es, selbst die Initiative zu ergreifen, insbesondere in vernachlässigten Räumen. Die zentrale Herausforderung bleibt dabei die Finanzierung: Da demokratiefördernde Orte oft kommerziell schwach sind, müssen Architekt:innen über das Gebäude hinaus denken und auch Finanzierungs- und Organisationsmodelle entwerfen, um diese Räume ins Leben zu rufen und tragfähig zu halten.

2.1 Aktives Dienstleistungsverhältnis:

Ein enges Verständnis als reiner Erfüller von Bauherrenwünschen schränkt die Relevanz der eigenen Arbeit massiv ein. Stattdessen sollten Architekt:innen als Partner:innen auf Augenhöhe agieren oder sogar selbst als Initiator:innen auftreten, die Projekte und Konzepte entwickeln und diese an Kommunen oder Zivilgesellschaft herantragen

Ivana Rohr: „Man kann sich nicht damit herausreden, dass man Dienstleisterin ist. Das ist einfach feige. Und das ist ein Problem in dem Berufsstand, glaube ich, dem man begegnen muss“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Philipp Oswalt: „Man sollte jetzt nicht darauf warten, bis irgendwie eine Kommune sagt, hier lieber Architekt, hier hast du einen Auftrag, so einen [demokratischen] Raum auszugestalten oder so. Also ich glaube, das wär so ein bisschen dürrtig“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).



Jurek Brüggen:

„Dieser vernachlässigte, sehr günstige, strukturschwache Raum für Architekt:innen und Architekten [bietet ein Riesenpotenzial], um selbst aktiv zu werden und eigene Initiativen zu beginnen, weil dort auch die Kapazitäten eben fehlen und auch die Vorschläge einfach fehlen für Optionen für eine bessere Zukunft“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

2.1.1 Strukturen entwerfen:

Die architektonische Kompetenz, kohärente Strukturen zu planen, lässt sich auch auf „prä-architektonische“ Felder anwenden. Dies umfasst das Zeichnen von Organigrammen für die Entscheidungsfindung, die Entwicklung alternativer Finanzierungsmodelle oder das Hinwirken auf günstigere rechtliche Rahmenbedingungen.

Jurek Brüggen:

„Ich glaube, diese Denkweise, ein Konzept zu machen, ist im Prinzip aus vielen verschiedenen Dingen eine kohärente Struktur zu planen, zu denken. Und das können Gebäude sein, das kann Fensterdetail sein, das können aber auch Gesetze sein, das können Finanzierungsmodelle sein, das können Organisationsmodelle des Wohnens sein“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

„Wir zeichnen gerade für die Komturei Werben ein ziemlich kompliziertes Organigramm, wie das Projekt finanziert wird und wer da mit wem zusammenarbeitet und entscheidet. Und das ist fast schon ein Bauplan am Ende, der sozusagen überhaupt keine baulichen Maßnahmen zur Folge hat, direkt, aber total einflussreich ist für, wie man dort lebt [...]“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

Ivana Rohr:

„Was man braucht, ist die Fähigkeit, Zusammenhänge zu verstehen. Und abzubilden oder umzugestalten. Das finde ich ist eine grundsätzliche Aufgabe in Gestaltungsstudiengängen. Das zu vermitteln, dass es um Zusammenhänge geht, die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, herzustellen, umzugestalten, Alternativen aufzuzeigen. Das ist worum es geht. Das ist immer politisch“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

2.1.2 Alternative Bauherrschaften anstoßen:

Architekt:innen können aktiv an der Gründung von Baugruppen, Genossenschaften, sowie kommunalen Aufträgen mitwirken, um sich von rein renditeorientierten Investoren unabhängig zu machen. Durch selbst initiierte Konzeptverfahren können Grundstücke gesichert und demokratische Nutzungen vertraglich verankert werden.

Philipp Oswalt:

„Also ich meine, die Radikalste ist sicherlich der Architekt, der zu seinem eigenen Bauherrn wird.“ Das gibt ja Leute, die dann einfach eine selbstgenerierte Praxis machen und sich unabhängig machen von sozusagen der Bauherrnschaft. [...] Dann glaube ich, wir müssten eigentlich mal viel mehr begreifen, wie die Entwicklung der klassischen Moderne zusammenhängt auch mit der Entwicklung neuer Bauherrschaften durch die Kommunen und durch die Genossenschaften“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Jurek Brüggen:

„Und deswegen glaube ich, wäre meine Idealvorstellung, dass alle Architekten nur noch gerne auch Aufträge machen können, aber auch die Möglichkeit haben, immer auch selbst Initiativprojekte anzustoßen und sich einzubringen und Vorschläge und Konzepte zu entwickeln und zu schicken, selbst umzusetzen“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

Gabu Heindl:

„Und da gibt es dann einen Unterschied zwischen finanzwirtschaftlichen Projekten, wo wir von dem, was zurückkommt, nie wieder was sehen als Gesellschaft, oder zu gemeinwohlorientierten slash genossenschaftlicheren Strukturen, Strukturen, die wir überhaupt erst noch aufbauen müssen, weil ja leider die Gemeinnützigkeit abgeschafft worden ist in Deutschland“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

2.1.3 Vorleistung und Anschubfinanzierung:

Um Initiativprojekte zu ermöglichen, müssen Wege gefunden werden, fachliche Vorleistungen zu finanzieren – etwa durch Quersubventionierung oder die Forderung nach geförderten Machbarkeitsstudien durch innovative Gemeinden.

Ivana Rohr, in der Büroselbstbeschreibung:

„Ernsthafte Absichten unterstützen wir mit allem, was wir haben, weit über das übliche Mindestmaß hinaus. [...] Wenn ihr es ernst meint mit eurem Willen nach Veränderung und Komplizenschaft auf allen Ebenen, meldet euch gerne und jederzeit!“ (endboss, o. J.).

Jurek Brüggen:

„und da ist aber natürlich immer das Problem, dass man in Vorleistung gehen muss und dass man auch die finanziellen Ressourcen dafür haben muss oder sich organisieren kann oder das quer subventionieren kann. Und das ist aus meiner Sicht das riesengroße Problem, wo dann die öffentliche Hand oder die Gesellschaft und auch unser Steuersystem wieder eine ganz wichtige Rolle spielt und die Politik dann auch wieder. Also ich würde mir zum Beispiel wünschen, [...] dass es für alle Absolventinnen und Absolventen oder alle jungen Menschen mit 18 wie eine Grunderbschaft gibt“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

„Also wir haben es gerade im Projekt in der Schweiz gemacht, da geht es um die Transformation von Einfamilienhäusern, wo wir der Stadt vorgeschlagen haben, dass es sinnvoll wäre, Einfamilienhäuser genauer anzuschauen, um die nicht abzureißen, sondern um die im Bestand mit den Bewohnern zu verdichten, weil es dort unglaublich viel leerstehende Fläche noch gibt. Und die Gemeinde fand das interessant. Und am Ende haben wir gesagt, wir machen das zusammen. Die Hälfte der Kosten tragen wir und die andere Hälfte der Kosten trägt die Gemeinde Und das hat total unkompliziert und einfach und schnell funktioniert. Und so ein Modell würde ich mir auch wünschen“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

2.2 Don't work with assholes, don't work for assholes:

Es ist nicht egal, für wen man arbeitet; die bewusste Auswahl der Partner:innen und die Sicherung der Grundstücks-rechtlichen Rahmenbedingungen sind Akte des Widerstands.



2.2.1 Klare Grenzen und Verweigerung als Instrument:

Unter dem Grundsatz „Don't work for assholes, don't work with assholes“ sollten Architekt:innen Aufträge ablehnen, die ihren demokratischen Grundwerten widersprechen oder menschenfeindliche Ideologien unterstützen. Verweigerung ist hierbei kein Rückzug, sondern eine notwendige Form der „Berufs-Statik“.

Ivana Rohr:

„Ich glaube, Architektinnen sind gut darin beraten, ein bisschen an der eigenen Statik zu arbeiten. Was politische Einstellungen angeht. Es ist nicht egal, mit wem und für wen man arbeitet. Es ist auch nicht egal. Das gilt für mich für alles, mit wem man spricht und über was man spricht, was besprochen wird“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

„Ich finde, das [Was kann man in der Architekturpraxis machen)] gilt im besonderen Maß für Faschisten. Also man arbeitet weder für noch mit Faschisten“ (Rohr 2026, Interview, s. A. 2.3).

„Meine Strategie, Widerstand zu leisten, ist, vielleicht mal so plump oder plakativ gesagt, ich gehe lieber wieder Kellnern, als für Putin ein Opernhaus auf der Krim zu bauen. Das wird mir in meinem Leben nicht passieren [...] Es wird mir niemals passieren, dass mir das nicht mehr wichtig ist, für wen ich was baue“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Gabu Heindl:

„Wir müssen uns sehr explizit vor Augen führen, eben mit wem, für wen und letztlich auch, wo und woran wir planen wollen und wo wir eigentlich aber auch wirklich explizit nicht mitmachen“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Alexander Poetzsch:

„Ich glaube, wir Architektinnen und Architekten müssen lernen Haltung zu beweisen und Haltung zu bewahren. [...] das heißt auch Projekte womöglich abzusagen [...]“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Nationalsozialismus“

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Aktuelle rechte Ordnungsversuche“

Phase 3:

Prozesse demokratisieren

2.2.2. Eigentumsverhältnisse infrage stellen und Pacht rechtlich absichern:

Wer den Boden besitzt, kontrolliert den Raum. Für den Erhalt demokratischer Orte wie soziokultureller Zentren ist ein respektvoller Austausch mit Privateigentümern auf Augenhöhe essenziell, um Pachtverträge und Freiheiten abzusichern, selbst wenn diese Eigentümer politisch problematische Verbindungen pflegen.

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:
„[...] was hier auch noch wichtig ist, dass es halt einen guten Austausch und respektvolles Miteinander auf Augenhöhe mit den Liegenschaftseigentümern gibt. Es ist aber auch immer mal schwierig, da AfD-Politiker zum Teil enge Beziehungen zu lokalen Unternehmen pflegen. [...] Aber grundsätzlich irgendwie die Tür offen zu haben zu ihm, um hier Zugang zu den Räumlichkeiten zu haben, weil es einfach so eine Spielfläche und so eine Möglichkeit an anderer Stelle in Weißwasser nicht gäbe“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

Gabu Heindl:
“Ich denke aber, wenn wir Architektur breiter verstehen, wenn es auch darum geht, wirklich die ökonomischen und strukturellen und politischen Bedingungen mit einzubeziehen, dann müssen wir eben Kapitalverhältnisse kritisieren, Eigentumsverhältnisse kritisieren. Wir müssen die Entwicklung Richtung neu-feudaler Strukturen sehr deutlich sehen und auch daran analysieren, inwieweit und wo Architektur und Stadtplanung, Landschaftsplanung, Raumplanung mit dran mitarbeitet“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

“Also eben, ich kann es nur wiederholen, für wen arbeiten wir, mit wem, in welchen Eigentumsverhältnissen, wem gehört der Grund und Boden, auf dem wir planen und bauen, wer verwaltet die Räume dann, wem kommt zugute, was dann wiederum aus den Räumen erwirtschaftet wird, wie wird das wieder eingesetzt. Und da gibt es dann einen Unterschied zwischen finanzwirtschaftlichen Projekten, wo wir von dem, was zurückkommt, nie wieder was sehen als Gesellschaft, oder zu gemeinwohlorientierten slash genossenschaftlicheren Strukturen, [...]“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Nationalsozialismus”

Die Art und Weise, wie ein Entwurfsprozess gestaltet wird, hat direkte Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft: Entweder werden Veränderungen „von oben“ diktiert, was oft zu Verdruss führt, oder sie werden bottom-up getragen und binden so Alltagsrealitäten ein. Ein demokratischer Gestaltungsprozess ermöglicht Selbstwirksamkeitserfahrungen und stärkt das Vertrauen in politische Prozesse. Es kann angenommen werden, dass zeichnerische Fähigkeiten zunehmend durch KI übernommen werden. Das verschiebt die Kernkompetenz von Architekt:innen künftig zum Verstehen und Umgestalten komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge.

3.1 Beteiligungsformate als Räume für Selbstwirksamkeit und Dissens:

Echte Beteiligung geht über das bloße Abfragen von Meinungen und Legitimieren einer vorbereiteten Entscheidung hinaus. Im Gegenteil kann Partizipation an Stadtgestaltung ein politisierendes Tool sein, das echten Zugang zur Gestaltung des erlebbaren Lebensumfeldes gibt.

Sichergestellt werden muss, dass der versprochene Gestaltungsspielraum eingehalten werden kann. Sonst steigert eine gescheiterte Beteiligung den Verdross.



3.1.1 Alltagsbedürfnisse ernst nehmen und bearbeiten:

Das Erstarken der extremen Rechten ist stark verbunden mit breit gestreutem politischen Missmut und einem Gefühl von Vernachlässigung. Mit Beteiligungsformaten können diese Bedürfnisse gehört und bearbeitet werden.

Andrea Gebhard:

„Ich glaube, man kann nur den Wind aus den Segeln nehmen, indem man die Nöte der Menschen dort ernst nimmt. Dass man sagt, ja, ihr braucht einen Bus, ihr braucht Ärzte, ihr braucht Wohnungen und so weiter. Dass man sich mit den Fragestellungen, die die wirklichen Bedürfnisse betreffen, auseinandersetzt [...]“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

„Es geht darum, für die Menschen Räume zu entwickeln, in denen sie sich wohl fühlen. Unsere Arbeit ist ja nicht, ein Kunstwerk zu schaffen“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Alexander Poetzsch:

„Bevor wir anfangen, uns an irgendeiner Stelle irgendwelche Sachen auszudenken, die vielleicht völlig verkopft sind, muss man ein Stück weit abwichten und fragen: Was sind denn eigentlich eure Probleme?“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

3.1.2 Demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen:

Räumliche Gestaltung ist immer eingebunden in politische Prozesse und ihr Effekt ist unmittelbar erlebbar. Hierauf Einfluss nehmen zu können, ist eine demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung, die weit über das Kreuz auf dem Wahlzettel hinausgeht. Das transformiert Menschen von einer passiven Haltung zu selbstbewussten Akteur:innen.

Ivana Rohr:

„Und da haben wir uns ein System überlegt, zusammen mit jemandem, der uns beraten hat, dass wir die Entscheidung über die Förderung der Projekte, die da eingereicht werden, der Politik entziehen im Stadtrat. Die hatten ein einmaliges begründetes Vetorecht für Projekte. Und ansonsten haben alle Schülerinnen und Schüler der Stadt über die Förderung der Projekte entschieden. [...] In allererster Linie natürlich, weil Kinder und Jugendliche so tatsächlich eine Demokratieerfahrung haben - ihre erste - eine Wirksamkeitserfahrung innerhalb von Demokratie“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Dorit Baumeister:

„Als wir (KUFA Hoyerswerda) damals (in Hoyerswerda) begonnen haben, den Schrumpfungsprozess mit ganz anderen Methodiken (stadtsoziologische Kunst- und Kulturprojekte) aufzugreifen, wir die Menschen zu Akteuren machten, hat sich im Prozess etwas ergeben. Durch den bewussten, offenen Umgang wurde es für die Menschen erträglicher, das soziale Miteinander, das gemeinschaftliche Begreifen und Tun erzeugte neue Formen von Lebensqualitäten und Freude. Aus dem Gefühl des Loser Daseins um die Jahrtausendwende stellten sich die Menschen wieder selbstbewusst auf. Das müssen wir heute wieder hinbekommen. Die gängigen Beteiligungsformate der Politik, deren Erzählungen greifen in der Regel nicht. Sie haben kaum Vertrauen zu kommunalen Werkzeugen, zu zivilgesellschaftlichen Handlungsansätzen und solchen Themen - da merkst du halt, dass das nicht reicht“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

3.1.3 Mut zum Dissens statt machtgefüggem Konsens:

Architekt:innen können in Beteiligungen „dissens-freundliche Räume“ schaffen, in denen deutlich wird, dass nicht alle Konflikte konsensual gelöst werden können. Es gilt zu hinterfragen, und greifbar zu machen, wer die Macht am Tisch hat und wer gar nicht erst eingeladen wurde.

Gabu Heindl:

„Es ist doch so, dass überall dort, wo Konsens allzu schnell das Ziel ist, die Frage ist, wer hat denn die Macht, den Platz am Tisch, wer bezahlt denn den Prozess, die Projektentwicklung, um dann auch diesen Konsens mitgestalten zu können? Und wer wird denn überhaupt nicht mal an den Tisch eingeladen? Und insofern denke ich, dass so ein Mut zum Dissens und ein Mut auch dazu, immer wieder deutlich zu machen, dass nicht alles konsensmäßig aufgelöst werden kann“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Nationalsozialismus“

3.1.4 Beteiligung als Räume nutzen, um „Harte Nüsse“ zu diskutieren:

Beteiligungen können als Formate dienen, die diverse Perspektiven einbinden und Allianzen über das eigene Milieu hinaus ermöglichen. Dabei müssen auch schwierige Themen im öffentlichen Diskurs verhandelt werden, um die Deutungshoheit nicht den Rechten zu überlassen.

Ivana Rohr:

„Wenn ich keine Projekte mache in Städten, wo die AfD im Stadtrat sitzt, dann wird es echt irgendwann eng. Es ist auch unfair den Leuten gegenüber, die in diesen Städten auch leben, die nicht rechts sind und sich eine andere Form von Zusammenleben wünschen“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Philipp Oswalt:

„Wenn wir uns gegen diesen, das tun wir ja auch, gegen diese Art des Heimatbegriffs erwehren, dann müssen wir ja nicht das Verständnis von Heimat generell verwerfen, sondern sagen, eigentlich brauchen wir einen anderen Heimatbegriff“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Rechtsintellektueller Diskurs“:

„Vielmehr scheint es dem rechten Diskurs darum zu gehen, Stadt als metapolitisches Feld zu etablieren. In diesem »dem unmittelbar Politischen vorgelagerte[n] Feld des Kulturellen« (Weiß 2017a: 54), in dem es um architektonische Ästhetik, Lebensstile und Subjektivierungsweisen, Ökologie, Identitäts- und Geschichtspolitik geht, siedelt der rechte Diskurs seine Verhandlung von Stadt größtenteils an. In diesen Debatten »kulturelle Hegemonie« (Salzborn 2020: 76) zu erlangen und rechtes Denken zu validieren, scheint sich als diskursive Strategie durch die Zeitschriftenartikel zu ziehen“ (Braun 2024: 220).

3.1.5 Marginalisierte Gruppen aktiv einbeziehen und schützen:

Architektur und Stadtplanung müssen gezielt die Bedürfnisse derer in den Mittelpunkt rücken, die systematisch aus dem öffentlichen Raum verdrängt oder in politischen Prozessen überhört werden. Durch eine parteiiche Planung werden marginalisierte Gruppen – wie Menschen mit Migrationsbiografie, einkommensschwache Haushalte oder Jugendliche – als aktive Mitgestalter:innen ihrer Umwelt gestärkt.

Gabu Heindl:

„Wir brauchen eine Parteilergreifung im Entwerfen, um zu sagen, für wen planen wir denn eigentlich, für wen planen wir nicht“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

„Es ist doch so, dass überall dort, wo Konsens allzu schnell das Ziel ist, die Frage ist, wer hat denn die Macht, den Platz am Tisch, wer bezahlt denn den Prozess, die Projektentwicklung, um dann auch diesen Konsens mitgestalten zu können? Und wer wird denn überhaupt nicht mal an den Tisch eingeladen?“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Andrea Gebhard:

Also ich glaube, dass es genau darum geht, sich mit der extremen Rechten nicht auseinanderzusetzen [...] sondern es geht einfach darum, das Normale, was wir als Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten machen, öffentliche Räume gestalten, so gut zu machen, dass sie eben für alle Menschen da sind, dass man gern dorthin geht, dass man sich sicher fühlt, dass man große Aufenthaltsqualität hat, dass sie für alle Menschen da ist, jeder Altersgruppe, jeder Couleur und jeglicher Herangehensweise“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

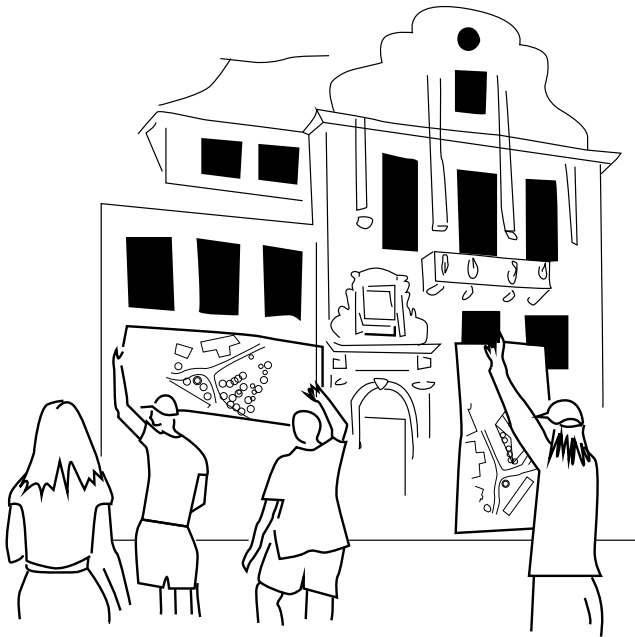
Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

„Also gerade in der Jugendarbeit ist es uns schon sehr wichtig, dass man in der Gruppenarbeit einen grundsätzlichen demokratischen Konsens erzeugt.“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Nationalsozialismus“

3.2 Wehrhafte Gestaltungsprozesse:

Gestaltungsprozesse können strategisch so konzipiert sein, dass sie gegen rechtsextreme Störversuche und politische Blockaden bestehen können.



3.2.1 Öffentlichen Druck durch Beteiligung generieren:

Breit getragene Beteiligungsprozesse schaffen eine öffentliche Sichtbarkeit, die es für die Politik schwierig macht, Projekte nachträglich zu streichen oder zu „verstümmeln“. Fachliche Diskussionen müssen öffentlich geführt werden, um Akzeptanz zu schaffen und Bürgermeister:innen in der Argumentation gegenüber blockierenden Stadträten zu unterstützen.

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Rathaus“:

„Eins von drei Bürgerbegehren wendet sich gegen den Stadtratsbeschluss WSW-BV 4058-25. In diesem Beschluss hatte sich eine Mehrheit im Stadtrat gegen die Umsetzung einer der drei Varianten ausgesprochen und stattdessen vorgeschlagen, dass die bisherige Raumaufteilung und Nutzung des Areals und die Verkehrsführung der anliegenden Straßen bestehen bleiben solle. [...] Mehr als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner von Weißwasser haben sich dem Begehren angeschlossen, der die Rücknahme mittels Bürgerentscheid anstrebt (erforderlich waren 647 Stimmen). Der Stadtrat erkennt den Willen eines Großteils der Bevölkerung an“ (Stadtratssitzungsprotokoll 2025-05-28).

3.2.2 Gestaltungshoheit formell verschoben:

Um Projekte der unmittelbaren politischen Agitation und Blockade in Stadt- oder Gemeinderäten zu entziehen, können neue, wehrhafte Entscheidungsstrukturen etabliert werden. Durch die formale Verlagerung von Abstimmungsprozessen an zivilgesellschaftliche Gremien werden Projekte gegenüber parteipolitischen Störversuchen abgesichert

Ivana Rohr:

„Da haben wir einen ganz klugen Weg gefunden, mit umzugehen, indem wir so ein Abstimmungsverfahren etabliert haben, wo Stadtpolitik einfach komplett raus war“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

„Und ansonsten haben alle Schülerinnen und Schüler der Stadt über die Förderung der Projekte entschieden. [...] In allererster Linie natürlich, weil Kinder und Jugendliche so tatsächlich eine Demokratieerfahrung haben - ihre erste - eine Wirksamkeitserfahrung innerhalb von Demokratie. Und zum Zweiten, weil das selbst für die AfD extrem schwierig ist, zu sagen, Schülerinnen und jungen Menschen trauen wir nicht zu, eine Entscheidung zu treffen, denn da fischen sie ja vor allem auch nach ihrer neuen Wählerinnenschaft“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

3.2.3 Offenheit, aber keine Toleranz für Intoleranz:

Beteiligungsprozesse sollten grundsätzlich offen für alle sein. Sobald jedoch rassistische oder menschenfeindliche Äußerungen fallen, muss konsequent das Hausrecht angewendet werden, um den demokratischen Raum zu schützen. Diese Grenzen müssen klar kommuniziert und verteidigt werden.

Ivana Rohr:

„Wenn ich keine Projekte mache in Städten, wo die AfD im Stadtrat sitzt, dann wird es echt irgendwann eng. Es ist auch unfair den Leuten gegenüber, die in diesen Städten auch leben, die nicht rechts sind und sich eine andere Form von Zusammenleben wünschen“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

„Meine Regeln für diesen Tag waren nur noch, wer etwas Rassistisches sagt, fliegt raus. Das war die eine Regel, die ich an die Tafel geschrieben habe. [...] Ich habe die dann rausgeworfen, weil natürlich wurden wieder rassistische Sachen gesagt. Irgendwann habe ich gesagt, die sollen alle aufstehen und gehen. Ist mir scheißegal, ich habe keinen Bock mehr auf das Gespräch“ (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

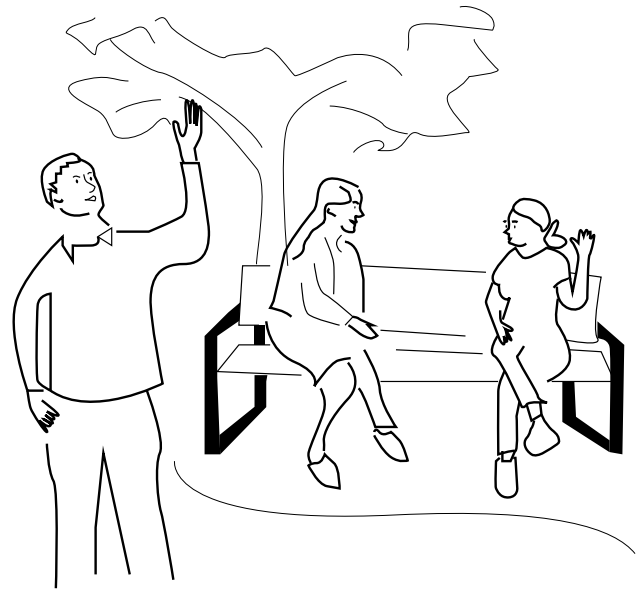
„Wenn es da Übergriffe gibt, dann sind wir immer dran, dort auch von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen und dort einfach auch gar nicht erst diese Diskussion groß aufzumachen, weil das sind dann halt einfach so meistens dann wirklich ganz grundsätzliche Dinge, die es gar nicht zu diskutieren gibt, sondern das sind selbstverständliche Sachen und wenn es menschenfeindliche Dinge sind, dann werden die Personen konsequent des Hauses verwiesen, bis hin zu einer Anzeige gebracht, wenn es justiziabel ist. Also da machen wir eigentlich so diese Diskussion halt gar nicht auf“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

Phase 4: räumliche Manifestation demokratischer Werte

Architektur ist in ihrer gebauten Masse nicht per se politisch, wird jedoch politisch verhandelt, genutzt und symbolisch aufgeladen. Als räumliche Manifestation der Machthabenden schreibt sie Nutzungen fest und schafft – oder verhindert – Möglichkeiten des sozialen Handelns: Dort, wo ein Parkhaus steht, steht kein soziokulturelles Zentrum. Darüber hinaus kommuniziert Architektur stets symbolische Gesten: Sie kann einschüchternd und hierarchisierend wirken oder Offenheit und Teilhabe signalisieren. Ein demokratischer Entwurf nimmt daher die soziale Verantwortung ernst und schafft Räume, die Vielfalt und Inklusion baulich verankern.

4.1 Begegnungsfördernde und hemmende Räume:

Gestaltung ist niemals neutral; sie kann Nutzer:innengruppen einladen, Kontaktmöglichkeiten zwischen Mitmenschen vermehren und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken – oder gezielt ausschließen und vereinzeln. Beim Entwerfen müssen die Fragen leitend sein: „Für wen planen wir – und für wen lassen wir gerade außen vor?“



Alexander Poetzsch: „[...] oder ging es nicht bei Architektur lange, lange, lange darum, Macht zu behaupten oder Macht zu beweisen? Das ist das große Dilemma der Architektur. Also wenn man sich anschaut, wie Rathäuser gebaut wurden, wie Gefängnisse gebaut wurden, wie Kirchen gebaut wurden, oder, oder, oder, das waren ja immer Symbole, die sozusagen für etwas standen“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

„[...] ich bin als Architekt, Architektin bin ich für mehr verantwortlich als nur für ein Gebäude. Ich bin [...] in gesellschaftlicher Verantwortung tätig. Das heißt, das Gebäude macht ja etwas mit der Umgebung. Der Freiraum macht etwas mit der Umgebung und mit den Menschen. Die Bundesstiftung Baukultur sagt, Menschen prägen Räume, Räume prägen Menschen. Und insofern kommt uns als Architektinnen und Architekten da natürlich eine nicht zu unterschätzende Rolle zu“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

4.1.1 „Dritte Orte“ und inklusive öffentliche Räume:

Es gilt, niedrigschwellige Orte der Gemeinschaft wie Parks, Plätze und Bibliotheken zu entwerfen, die zufällige und ungezwungene Begegnungen fördern und für alle Altersgruppen und sozialen Schichten zugänglich sind. werden wollen.

Andrea Gebhard:

„Also ich glaube, dass es genau darum geht, sich mit der extremen Rechten nicht auseinanderzusetzen [...] sondern es geht einfach darum, das Normale, was wir als Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten machen, öffentliche Räume gestalten, so gut zu machen, dass sie eben für alle Menschen da sind, dass man gern dorthin geht, dass man sich sicher fühlt, dass man große Aufenthaltsqualität hat, dass sie für alle Menschen da ist, jeder Altersgruppe, jeder Couleur und jeglicher Herangehensweise“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

„Aber wenn man sich gute demokratische Räume anschaut, sind es gute Parkanlagen, sind es gute Gärten, sind es gute Plätze, gute Straßen mit schönen Gebäuden, die was miteinander machen und auch dieser Kontakt den Gebäuden zueinander brauchen, ist extrem wichtig. Und ich glaube, damit können wir am meisten gegen Rechts tun, indem wir es schaffen, diese Strukturen zu haben“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Alexander Poetzsch:

„[Auch] da gilt es, nein zu sagen; denn es lohnt sich, gute Architektur zu bauen, es lohnt sich niedrigschwellige, inklusive Architektur zu bauen.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Straßengespräche:

Frau mit Rollator, ca. 80 Jahre alt: „Das ist die Begegnungsstätte. Ich gehe jeden Mittwoch. Da machen wir eine halbe Runde Sport. Dann trinken wir Kaffee. Herrlich [...] Hauptsache man ist unter Leute“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Frau zu Fuß, ca. 45 Jahre alt: „Nicht bloß Discounter hinstellen, sondern auch mal richtig schöne Parks hier, wo man richtig mal laufen kann [...] oder ein Outdoorspielplatz [...] Ja, das wäre auch für die Kinder cool“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Schülerin, 11 Jahre alt: „Also es gibt halt so eine Kinderbibliothek. Und da kann man zum Beispiel auch so zum Essen hin oder so, und da kann man dann einfach so mit Leuten ins Gespräch“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Stadt als Bühne“

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Aktuelle rechte Ordnungsversuche“

4.1.2 Keine Kompliz:innenschaft mit asozialen Architekturen:

Eine aktive Parteilergreifung für eine offene Gesellschaft erfordert den Widerstand gegen räumliche Diskriminierung und rassistische Strukturen in der Raumproduktion. Architekt:innen müssen den Einsatz „defensiver“, abschottender und besonders „aggressiver“ Elemente ablehnen. Die manifestieren räumliche Segregation und richten sich in der Regel gegen marginalisierte Gruppen.

Gabu Heindl:

„[...] aber Architektur und Planung, Stadtplanung, ist derart complicit in der Entwicklung hin zu neuen neofeudalen Strukturen, extremer privater Reichtum auf der einen Seite, wo über die letzten Jahrzehnte es genau die Immobilienwirtschaft war, die uns das Immobilieneigentum mitproduziert hat, während es extreme Armut, Mittellosigkeit auf der anderen Seite gibt“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

„Es gibt ja das, was defensive architecture genannt wird, was wir vielleicht viel eher offensiv oder aggressive Architektur nennen könnten, wo tatsächlich Design ganz aktiv mitspielt darin, Zuordnungen von Recht auf Raum mitzugestalten. Wer darf sich wo aufhalten, wo nicht? Wie groß sind gewisse Räume für wen? Das sind alles Themen, wo wir direkt über die Raumgestaltung, über die Architektur mit sozusagen Teil des Komplizinnen sind“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

„Es gibt Vertreibungsmaßnahmen von Bettlerinnen, von Menschen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden, [...] Und wenn sie dann obdachlos sind, dann zusätzlich aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Das heißt, genau dort, wo neoliberale Wirtschaftsagenden heute schon die Rechte von Menschen zynisch treten, gegenzuhalten, dass wir längst jetzt schon achten, dort, wo wir minderheitenfeindliche oder eben rassistische Strukturen in Raumproduktion erkennen, dass wir dagegenhalten“ (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Leon Beck:

„Und ein zweiter, größerer Punkt ist, glaube ich, diese Vereinzelung der Menschen - und das ist dann auch eine räumliche Frage - [...], wie man über Architektur dem entgegenwirken kann“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

Andrea Gebhard:

„Ich glaube, das ist das Wichtigste, dass man keine ausgrenzenden Strukturen baut und dass man keine ausgrenzenden Ideen weiterentwickelt. Also ich würde mich da absolut weigern, solche Sachen zu machen, wo man sagt, das können nur die oder die Menschen sein. Es müssen alle Menschen eigentlich die Orte gut nutzen können“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

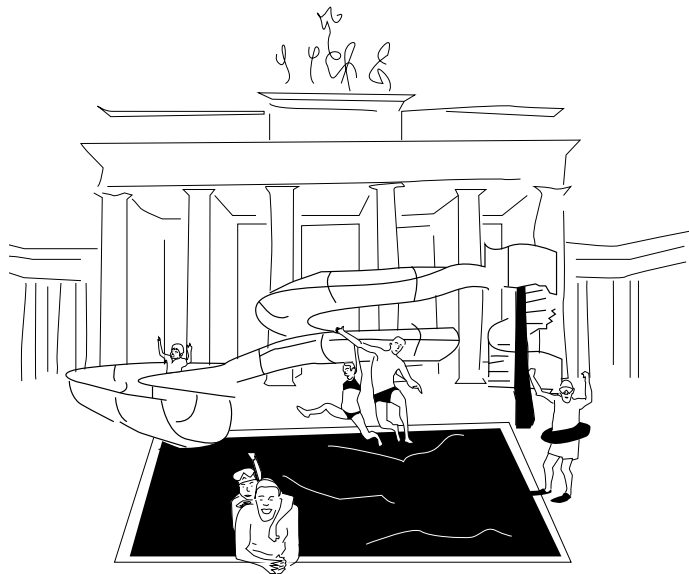
Alexander Poetzsch:

„Wenn Architektur sich verengt, dann ist sie nicht mehr inklusiv, sondern exklusiv, und dann haben wir ein großes Problem.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Nationalsozialismus“

4.2 Bruch zentralistischer und machtvoller Gesten:

Hierarchisierenden, militärisch aufgeladenen oder einschüchternden Formensprache gilt es architektonisch zu stören.



4.2.1 Demokratisches Grün und Auflösung von Masse:

Vorbilder wie das Münchner Olympiagelände zeigen, wie sich Gebäude in die Landschaft auflösen können, anstatt Macht zu behaupten.

Andrea Gebhard:

“Es gibt natürlich auch vielleicht Kolleginnen und Kollegen, die das Monumentale ganz schön finden - finde ich den falschen Ansatz. Und ein wunderbares Beispiel ist das ganze Olympiagelände hier in München. 1972 mit dem demokratischen Grün und auch dieser demokratische Ansatz, dass das Gebäude sich auflöst in der Landschaft. Das sind alles so Sachen, die, glaube ich, sind unbedingt notwendig, weiter zu verfolgen und sich da nicht irre machen zu lassen von irgendwelchen Strömungen” (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Gabu Heindl:

“Wir als Architekturschaffende sollten uns dafür einsetzen, dass Stadtbilder schöner werden, aber architektonisch, gestalterisch, grüner, weniger Asphalt, gute Qualität. Und da auch nicht nur im Zentrum, sondern eben an jedem Ort, [...]” (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

4.2.2 Ablehnung einschüchternder Perspektiven:

Anstatt durch monumentale Gesten Menschen klein erscheinen zu lassen, sollte Architektur auf Augenhöhe kommunizieren und keine Angsträume schaffen.

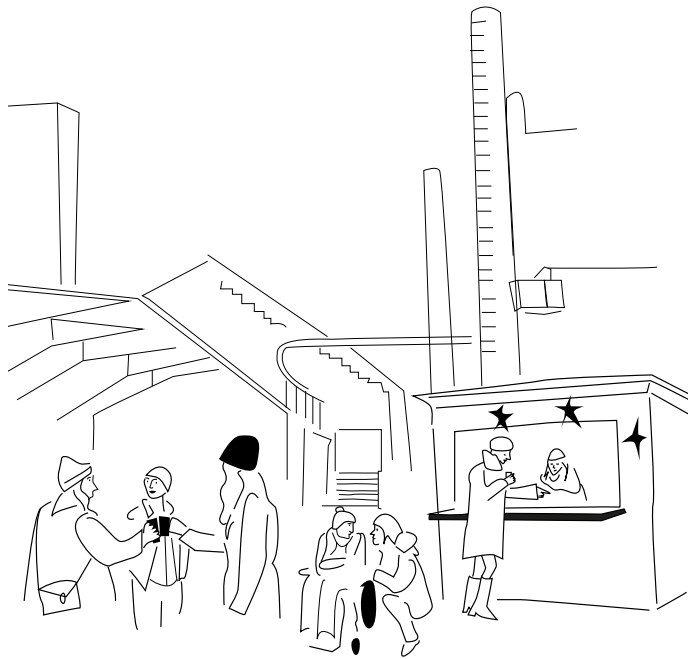
Andrea Gebhard:

“Und da geht es ja genau darum, dass eine Monumentalstraße plötzlich so verändert wird, dass sie für alle Menschen zugänglich ist, dass sie eben der Daseinsgrundvorsorge, eben auch der Klimaanpassung gerecht werden kann und damit natürlich ganz andere Möglichkeiten schafft” (Interview mit Andrea Gebhard, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Nationalsozialismus”

4.3 Symbiose von Soziokultur und Baukultur

Die Verbindung von soziokultureller Nutzung und baukulturellem Erbe schafft eine synergetische Resilienzstrategie, die Orte sowohl gegen physischen Verfall als auch gegen ideologische Vereinnahmung schützt.



4.3.1 Identifikation und Erhalt durch Belebung:

Historisch bedeutsame und baukulturell geschätzte Orte bilden emotionale Zentren einer Stadt. Die (Wieder-) Belebung haucht ihnen neues Leben ein, sichert die Bausubstanz gegen Verfall und schützt sie vor ideologischer Vereinnahmung. Da diese Orte tief im kollektiven Gedächtnis verankert sind, erzeugt ihre aktive Nutzung eine positive Grundstimmung und erhöhte Aufmerksamkeit in der Zivilgesellschaft. Die Architektur wird so zum Medium, um lokale Identität auszuhandeln und wehrhafte Ankerpunkte im Herzen der Stadt zu setzen.

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

„Was uns auf jeden Fall gut in die Karten spielt, ist, dass das hier ein Ort ist, der aufgrund seiner Geschichte auch maßgeblich Identität in der Stadt mitgestiftet hat.

Also hier auf dem Gelände waren an die 3.000 Leute beschäftigt in sämtlichen Gewerken, hat dann mit dazu beigetragen, dass Weißwasser sich die Identität als Glasmacherstadt sozusagen erarbeitet hat oder dazu geworden ist. [...] Und diesen Zeiten trauen viele Menschen hier noch hinterher. Gleichwohl, wenn sie aber herkommen und sehen, dass halt eine neue Form der Nutzung da ist und es halt nicht irgendwie den Zahn der Zeit irgendwie preisgegeben ist und vor sich hin vegetiert und verfällt, merkt man doch halt eben auch eine sehr positive Grundstimmung und Freude darüber, dass eben diese alte Wirkungsstätte irgendwie erhalten bleibt, auch wenn es eine andere Form ist. [...] Das ist sehr wichtig irgendwie gewesen, um so ein gewisses, um einfach schon mal bei einigen Leuten einen Stein im Brett zu haben“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

Phase 5: Entwürfe kommunizieren und vermitteln

Architektur und stadtpolitische Planung laufen Gefahr, von der Bevölkerung als ein von oben herab diktiertes Regelwerk wahrgenommen zu werden, wenn sie nicht als Teil des Prozesses begriffen werden. Insbesondere nach Beteiligungsverfahren ist es entscheidend, die daraus resultierenden Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren. Oft bewegen sich Politiker:innen und Planer:innen in einem engen Korsett aus finanziellen Engpässen oder rechtlichen Einschränkungen, die für Außenstehende nicht unmittelbar ersichtlich sind. Erst wenn Bürger:innen verstehen, warum eine Stadt sich auf eine bestimmte Weise weiterentwickelt, kann eine echte Identifikation und Zufriedenheit entstehen. Da jedoch Haltungen über die „richtige“ Gestaltung weit auseinandergehen, gilt es einerseits klare demokratische Entwurfsvorstellungen zu verbindlichen und andererseits strategisch das gesamte demokratische Spektrum hinter einem Konsens versammeln.

5.1 Entscheidungen nachvollziehbar machen:

Städtebauliche Prozesse müssen so aufbereitet werden, dass sie die Expert:innenblase verlassen und für alle verständlich, zugänglich und diskutierbar sind.

Poetzsch: „Wir reden in unserer Fachbubble, wir nehmen die Gesellschaft nicht mit und wir erklären auch nicht, warum ist etwas so, wie es ist [...] Und die Menschen wollen ja nur, dass es schön ist. Und ich glaube, auch da gehört viel mehr Erläuterung, mehr Zugehen, mehr einfache Sprache dazu.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).



5.1.1 Niedrigschwellige Sprache nutzen:

Architekt:innen müssen lernen, ihre Entscheidungen in einer einfachen, menschlichen Sprache zu erläutern, die auch außerhalb der akademischen „Bubble“ verstanden wird.

Andrea Gebhard:

„Mir ist wichtig, dass es nie ausgrenzend ist. [...] Fühlen sich da die Menschen, die jetzt im Dorf sitzen, in der Bäckerei arbeiten, wohl mit mir? Das ist meine Frage. [...] Warum versuchen wir nicht alle miteinander eine Sprache zu finden, die für alle möglich ist? Warum grenzen wir uns in der Universität in einer anderen Art und Weise ab gegenüber dem, wenn ich mit jemandem im Kleingartenverein spreche?“ (Interview mit Andrea Gebhard, 2026)

Alexander Poetzsch:

„Und ich glaube, auch da gehört viel mehr Erläuterung, mehr Zugehen, mehr einfache Sprache dazu. Wir müssen raus aus dieser Expertenfachblase!“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme in: Rathaus: Sachpolitik gegen ideologische Aufladung

5.1.2 Städtebaulichen Diskurs in die Öffentlichkeit tragen:

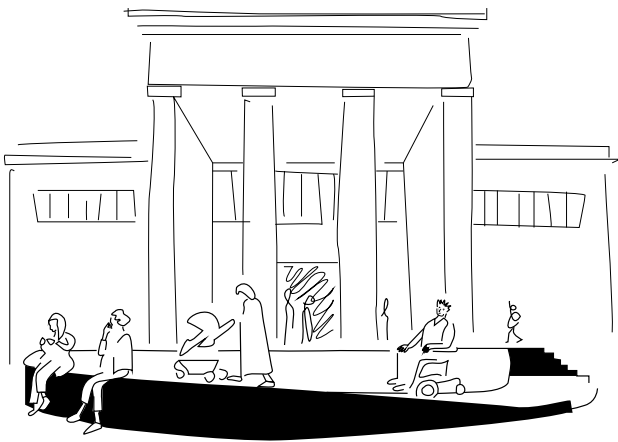
Akzeptanz wächst dort, wo fachliche Diskussionen vor Ort öffentlich geführt werden.

Alexander Poetzsch:

„Wir haben in Sachsen zum Beispiel einen mobilen Gestaltungsbeirat aufgelegt [...] Weil wir gemerkt haben, dass die Menschen vor Ort sich oftmals nicht gehört, gesehen und wahrgenommen fühlen. [...] „Die Bürgermeister haben ihre Sitzung öffentlich gemacht, weil es wichtig ist, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diese fachliche Diskussion mitbekommen. Und da so ein Gremium zu haben, mit einer externen Expertise, was aber unsere Probleme vor Ort sieht [...] das unterstützt die Bürgermeister, Bürgermeisterinnen vor Ort auch in der Argumentation mit dem Stadtrat. Und es schafft auch Akzeptanz für fachliche Entscheidungen, weil sie eben erklärt werden. Und gleichzeitig lernt man darüber, über das Medium Baukultur und Architektur auch zu verhandeln, [...] Die Menschen vor Ort fühlen sich gehört und verstanden. Das ist das Wichtigste. Und das ist, was wir Architektinnen und Architekten leisten können.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

5.2 Demokratische Normalitätsvorstellungen prägen:

Eine klare progressive und solidarische Haltung muss bereits in der visuellen Kommunikation und grafischen Aufarbeitung eines Projekts sichtbar werden, um demokratische und inklusive Normalitätsvorstellungen zu festigen.



5.2.1 Progressive Ideale visualisieren und verräumlichen:

Architektur besitzt die Kraft, theoretische Ideale in erlebbare Situationen zu übersetzen und so gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen zu prägen. Entwürfe können inklusive, feministische, sozial-ökologische, global gerechte Zukünfte als attraktive und erstrebenswerte Alternativen graphisch vermitteln. Diese baukulturellen Visionen machen eine gerechte Gesellschaft räumlich greifbar und bieten einen konstruktiven Widerstand gegen eine plakative, ausgrenzende Bildpolitik.

Jurek Brüggen:

[Wir Architekt:innen könnten mehr machen um] "[...] um Lösungen aufzuzeigen und um positive Beispiele zu geben, damit es eben nicht so sehr zu diesem Frust kommt und zu dieser Perspektivlosigkeit" (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

Gabu Heindl:

"[...] und da sind sicherlich auch wir gefragt, die wir hier alternative Bilder, Zukunftsszenarien, Zukunftsutopien zeichnen können, dass wir auch aufzeichnen, a.) warum das notwendig ist, und b.) aber auch was daran letztlich, wie für alle, auch lustvoll, Sicherheit garantieren kann" (Interview mit Gabu Heindl, 2026).

Ivana Rohr:

"Was man braucht, ist die Fähigkeit, Zusammenhänge zu verstehen. Und abzubilden oder umzugestalten. Das finde ich ist eine grundsätzliche Aufgabe in Gestaltungsstudiengängen. Das zu vermitteln, dass es um Zusammenhänge geht, die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, herzustellen, umzugestalten, Alternativen aufzuzeigen. Das ist worum es geht. Das ist immer politisch" (Interview mit Ivana Rohr, 2026).

Philipp Oswalt:

"Und wir uns jetzt wehren müssen gegen diese plakative Bildpolitik, die solche Ersatzheimaten bieten, wie die Frankfurter Altstadt. Und sich aber eigentlich de facto um die Alltagsrealitäten der Menschen, die die Städte beleben, wenig kümmern" (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel "Rechtsintellektueller Diskurs":

"Rechte Vorstellungswelten und Politiken sehen Stadt folglich nicht als einfaches Negativ, von dem sie sich abstoßen und distanzieren, wie es der begriffliche Kontrast von Großstadtfeindlichkeit und Landromantik suggerieren kann. Stadt ist konstitutiver Teil dieser Vorstellungswelten und Politiken und das sowohl in der gegenwarts-bezogen-pessimistischen Betrachtung, als auch in den Fluchtpunkten einer gewünschten Normalität. Für letztere funktioniert Stadt wieder als anschaulicher, spürbarer und vertrauter Verweis – diesmal jedoch auf einen möglichen reparierten, homogenisierten und disziplinierten Zustand" (Braun 2024: 238).

5.2.2 Öffnung von politischen Gremien:

Fachliche Diskussionen und Abstimmungsprozesse sollten für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Dies ermöglicht es den Bürger:innen, komplexe Sachverhalte und Sachzwänge nachzuvollziehen, was die Akzeptanz für getroffene Entscheidungen erhöht.

Alexander Poetzsch:

„Die Bürgermeister haben ihre Sitzung öffentlich gemacht, weil es wichtig ist, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diese fachliche Diskussion mitbekommen.“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

Dorit Baumeister:

„Es ist eine Intransparenz da. Was mich immer am meisten ärgert: Kein Dialog auf Augenhöhe mit denen, die es vollziehen müssen, über Inhalt und sinnvolles, weiteres, strategisches Vorangehen. Das erzeugt große Zweifel, Unsicherheiten. Das ist auf mehreren Ebenen so, dass man nicht so richtig weiß, wie es vorangeht. Alle spielen noch mit. Alle machen ein schönes Gesicht in die Kamera. Aber es sind Ängste da, es sind Zweifel da im Hintergrund“ (Interview mit Dorit Baumeister, 2025).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel "Rathaus"

5.3 Konsens im Demokratischen Spektrum herstellen:

Um progressive Projekte mehrheitsfähig zu machen, müssen Argumentationsmuster gewählt werden, hinter denen sich sowohl linke als auch konservative Akteure versammeln können. Im Kampf um den Erhalt der Demokratie sind Allianzen mit konservativen Positionen nicht vorschnell auszuschließen - solange diese nicht mit den extremen Rechten paktieren. Nur eine breite Basis sichert die Umsetzung demokratischer Architekturprojekte.

Philipp Oswalt

„Weil wir natürlich auch unsererseits sehen sollten, dass wir mit unseren Positionen jedenfalls, gerade was Demokratieerhalt betrifft, sozusagen auch natürlich mehrheitsfähig bleiben sollten. [...] wir sind jetzt doch in einer Situation, wo sehr grundsätzliche Fragen im Raum stehen, der gesellschaftlichen Veränderungen und da ist es, glaube ich, wichtig, dass wir da auch versuchen, eine breite Basis zu haben.“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026)



5.3.1 Konservative Narrative einbinden:

Ökologische und soziale Transformationen bewerben und gleichzeitig an konservative Sehnsüchte anknüpfen. Was erstmal paradox klingt, ist möglich, wenn konservative Themen wie das Einfamilienhaus, oder die Wertschätzung für die Ostmoderne kombiniert werden mit nachhaltigem Umbau und Erhalt durch soziokulturelle Nutzungen.

Jurek Brüggen:

„Und haben dann aber gemerkt, dass es super hilfreich ist, das Thema auch des Einfamilienhauses, was ja ein sehr, sehr konservatives Thema ist, und das Thema auch der Plattenbauten und der Ostmoderne und das sozusagen, was im Osten auch gut war [...] wertzuschätzen. Und das ist dann tatsächlich sehr, sehr gut angekommen. Im Prinzip haben wir dann im Stadtrat bis auf ganz wenige Enthaltungen nur Zustimmung bekommen.“ (Interview mit Jurek Brüggen, 2026).

Philipp Oswalt:

„Wenn mich jetzt jemand fragt, was ist deine Heimat als Mensch [...] es geht dann eigentlich in der Regel um Alltagskontext, es geht um Sozialbeziehungen, es geht um, wo man aufgewachsen ist. [...] Und da ist der Begriff auch erstmal positiv besetzt und ist erstmal gar nicht ideologisiert“ (Interview mit Philipp Oswalt, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel „Rechtsintellektueller Diskurs“

5.3.2 Wirtschaftlich statt rein ideologisch argumentieren:

Es ist nicht vorauszusetzen, dass alle Entscheidungsträger:innen die gleiche Ideologie teilen. Da ökonomische Argumente oft universeller akzeptiert werden (z. B. Klimafolgekosten statt CO₂ Bilanz), lassen sich so notwendige ökologische Maßnahmen auch in konservativ oder rechts geprägten Gremien durchsetzen.

Leon Beck:

„Und dem [kein Platz und Diskussionsbereitschaft für Themen, wie klimabewusstes Handeln] probieren wir zu begegnen [...] indem wir mit den Klimafolgekosten und damit eigentlich immer mit Geld und nicht mit Emissionen zu argumentieren“ (Interview mit Leon Beck, 2026).

Phase 6: Demokratische Nutzung verankern

Architektur ist nicht mehr und nicht weniger als die Bühne zivilgesellschaftlicher Praxis. Architektur und gebaute Räume sind in ihrer physischen Substanz nicht per se politisch, sondern werden durch ihre Nutzung und symbolische Aufladung von unterschiedlichen Akteuren vereinnahmt. Da Räume allein keine demokratische Läuterung bewirken können, muss eine demokratische Nutzung kontinuierlich unterhalten und aktiv gelebt werden. Architektur erschwert oder vermehrt zwar Situationen der Begegnung, doch es sind die Menschen selbst, die durch ihr Handeln Begegnungen herstellen. Für folgende Nutzungsstrategien lassen sich auch Orte aneignen, die baulich nicht explizit dafür vorgesehen waren.

6.1 Demokratische Bildungsarbeit:

Demokratische Grundwerte wie Pluralismus, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit sind nicht angeboren, sie müssen geübt werden. Es braucht Orte für Reflexion und Austausch, an denen ein demokratischer Konsens immer wieder neu erarbeitet und bestätigt wird.



6.1.1 Diskussion und Informationsformate:

Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen stärken die politische Urteilsfähigkeit und geben Raum, die eigene Haltung zu testen und zu entwickeln. Eine kompetente Moderation sorgt dabei dafür, dass der Diskurs sachlich bleibt und populistischen Parolen der Wind aus den Segeln genommen wird.

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

„[Wir achten darauf], dass es nicht so eine Projektionsfläche oder so eine Bühne für die da ist, wo die halt einfach ihr Zeug halt raushauken können und das halt unwidersprochen bleibt, weil da sind wir eigentlich in solchen Veranstaltungen auch immer mit guten Leuten unterwegs, in der Moderation oder auf dem Podium, die auch immer sehr faktisch und faktenbasiert antworten können, sehr eloquent sind und solchen Geschichten dann auch schnell den Wind aus den Segeln nehmen“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

6.1.2 Generationenübergreifenden Demokratie-Erfahrungen fördern:

Spezifische Workshops für Kinder und Jugendliche ermöglichen frühe Selbstwirksamkeitserfahrungen in demokratischen Prozessen. Durch pädagogische Vermittlungsarbeit werden auch historische Zusammenhänge kritisch beleuchtet, was die Widerstandsfähigkeit gegen einseitige ideologische Narrative erhöht.

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

„Also gerade in der Jugendarbeit ist es uns schon sehr wichtig, dass man in der Gruppenarbeit einen grundsätzlichen demokratischen Konsens erzeugt [...], dass die Jugendlichen sich gemeinsam darüber ins Benehmen setzen und diskutieren und austragen, was sind die Bedürfnisse, wie wollen wir miteinander umgehen“ (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

6.1.3 Konflikte aushalten und produktiv nutzen:

Die Demokratie wird gestärkt, wenn Dissens nicht unterdrückt, sondern als gesellschaftlicher Aushandlungsprozess ausgehalten und moderiert wird. Projekte, wie gemeinsames Kochen oder Essen schaffen einen familiären Rahmen, in dem Meinungsverschiedenheiten ausgehalten werden. Ziel ist es, Perspektiven nachzuvollziehen – auch ohne Konsens.

Alexander Poetzsch:

„Ich finde, man muss diese Gespräche aushalten – das müssen wir als Gesellschaft aushalten. Und ich glaube, wir haben es viel zu lange in eine Schmutzecke gestellt und das Gespräch nicht geführt. [...] dass man versucht, inklusiv im besten Sinne zu sein und auch zuzulassen, dass andere eine andere Meinung haben“ (Poetzsch, 2026, Interview, s. A. 2.7).

“Ich höre den Menschen zu, ich muss nicht deren Meinung sein. Aber ich höre denen zu und ich kann mit denen argumentieren, wir können auseinandergehen und immer noch unterschiedlicher Meinung sein, aber wir sind im Austausch, wir haben ein Verständnis, man begegnet sich auf Augenhöhe“ (Interview mit Alexander Poetzsch, 2026).

6.2 Gesellschaftliche Resilienz

Ein wirksamer Schutz gegen politische Angriffe oder Mittelkürzungen ist die breite Verankerung eines Ortes in der gesamten Stadtgesellschaft.



6.2.1 Wertschätzung als Schutzwall:

Neben spezialisierten politischen Kulturangeboten sollten Formate, die eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen, das Programm erweitern. Solche populären Veranstaltungen können einen Ort so unverzichtbar machen, dass politische Akteure bei Angriffen auf diese Strukturen den Verlust ihrer eigenen Wählerbasis fürchten müssen.

Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux:

“Dann ist Frau Dietrich Bürgermeisterin geworden, sie ist aus ihrem Stadtratssitz aufgerückt in die Bürgermeisterstelle und an ihre Stelle kam der ehemalige SPD-Finanz-Beigeordnete und das war halt sozusagen ein bisschen dieses Kippen in der Konstellation, das Zünglein an der Waage. Ab da wurde es dann eigentlich spannend, also sprich seit September, Oktober 2024, dort war dann erstmalig im November bei einem Stadtratsbeschluss oder einem Antrag, den die AfD eingebracht hat, zu spüren, okay, es wird jetzt tatsächlich versucht, gezielt in die Finanzierungsstrukturen der Träger hier vor Ort einzugreifen. Als dort der Antrag eingebracht wurde, dass die Träger der freien Jugendhilfen und Wohlfahrtspflege, wo wir auch mit rein-gefallen sind, der Zuschuss der Stadt für diese Träger auf Null gefahren wird. Dann gab es halt so ein Pingpong mit diesen besagten Wählergruppierungen, mit denen die da viel zusammen machen und man einigte sich auf einen Einschnitt von 30 Prozent, glaube ich.

Also schon eine massive Kürzung auf jeden Fall und das war insofern problematisch, dass wir, ähnlich wie die Kulturfabrik in Hoyerswerda, über den Kulturraum Oberlausitz Niederschlesien gefördert sind. Das heißt, wir kriegen dort jährlich eine institutionelle Förderung, auf die wir uns jährlich neu bewerben müssen. Voraussetzung dafür, dass wir diese institutionelle Förderung, die große Summe am Ende aber bekommen ist, dass es den sogenannten Sitzgemeindeanteil gibt.

Also das ist eine Fördervoraussetzung und steht halt auch so im Kulturraumgesetz drin. Die Gemeinde, in der wir als Verein sitzen und tätig sind, wo wir gemeinnützig unterwegs sind, die muss sozusagen eine Interessensbekundung abgeben in Form einer gewissen Summe, die als Sitzgemeindeanteil zur Verfügung gestellt wird” (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

“[Die erfolgreiche Spendenkampagne war] eine schöne Erfahrung zu merken, dass man halt wirklich eine Breite in der Stadtgesellschaft hinter sich hat, die man halt schon irgendwie von der, durch die Arbeit, die wir gemacht haben, überzeugt haben, die hinter uns stehen, sich stark für uns gemacht haben, mit in die Stadtratssitzung gekommen waren, gespendet haben etc., dass das schon echt ein großes Ding war und da wollte man gerne weiter ansetzen und einfach auch noch mehr die Breite weiter bedienen. Zielgruppen, die wir bisher vielleicht noch nicht so sehr abgebildet haben mit unserem Veranstaltungsportfolio oder ebe Sachen zu machen, die allen Menschen irgendwie wichtig sind, aber die vielleicht aufgrund einer knappen Haushaltslage der Stadt in der Vergangenheit irgendwie flöten gegangen sind, [...] und dadurch halt einfach den Rückhalt noch weiter stärken, dass beim nächsten Versuch, uns an die Mittel zu gehen halt, der Aufschrei umso lauter wird und die halt Angst davor haben, dass die ihre Wählerinnen und Wähler verlieren beim nächsten Mal” (Interview mit Patrick Pirl, 2026).

6.3 Demokratiefördernde Konsumorte:

In einem marktliberalen System übernehmen kommerzielle Orte wie Cafés, Bars oder kleine Läden wichtige Funktionen für die Demokratie. Denn Nebenprodukte der kommerziellen Nutzung sind häufig Situationen des Miteinanders.



6.3.1 Gewerbe als Begegnungsraum inszenieren:

Cafés, Gaststätten und Supermärkte sind essenzielle soziale Orte für den informellen Austausch. Wenn diese wegbrechen, schwinden Möglichkeiten, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die man sonst nicht (zufällig) treffen würde.

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel "Stadt als Bühne":

Zwei Frauen mit Hund, ca. 65 und ca. 45 Jahre alt: „Die Gaststätten machen eine nach der anderen zu, weil sie es nicht mehr weiter machen können. Das Einzige, was man hier hat, ist spazieren gehen [...]“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Zwei Schüler, 16 Jahre alt: „Zum Abhängen gehen wir oft in den Dönerladen am Bahnhof. Ali am Bahnhof, da gehen wir oft hin und haben ein bisschen Zeit“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Mann, ca. 55 mit Frau ca. 70 Jahre alt, auf einer Bank sitzend: „Und wir gehen einmal im Monat oben in die Quetsche. Da gehen wir, das ist noch ein bisschen, ich sage mal, Hausmannskost, würde ich mal so sagen. [...] Und da gehen wir auch gerne hin. Und dann wird da beraten“ (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel "Aktuelle rechte Ordnungsversuche"

6.3.2 Lokale gewerbliche Strukturen fördern:

Eine proaktive Gewerbeförderung – wie sie auch durch kommunale Impulse unterstützt werden kann – trägt dazu bei, Orte zu beleben und der Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken, was wiederum den Nährboden für Frust und rechte Vereinnahmung entzieht.

Straßengespräche

Zwei Frauen mit Hund, ca. 65 und ca. 45 Jahre alt: *“Jahrelang hatten wir eine tolle Stadt und jetzt geht hier alles kaputt. Sie wollen bloß gucken, wie die Läden aussehen. [...] Dass hier wenig für den Einzelhandel getan wird. Im Prinzip ist das ein Riesenthema, weil es wird immer alles nur in den Eissport geschoben. Ich sehe ja ein, es ist eine Sache, die Weißwasser auch ein bisschen hochhält, aber die ganzen kleinen Läden gehen immer unter”* (Interview Straßengespräche Weißwasser, 2026).

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Aktuelle rechte Ordnungsversuche”

Inhaltliche Bezugnahme im Kapitel “Stadt als Bühne”

Gestaltungsraum verteidigen: Sechs Handlungsfelder für einen demokratisch wehrhaften Berufsstand

An die Fachöffentlichkeit, die Kammern und Verbände des Planens und Bauens,

die Häuser, die wir bauen, wählen zwar nicht – aber es sind Orte, an denen politische Ideologien physisch manifest und erlebbar werden. Wenn das Fundament unserer Demokratie erschüttert wird, verändern sich Räume. Die Freiheit unserer Gestaltung und die demokratische Substanz unserer gebauten Umwelt stehen heute unter einem massiven Druck. Wir erleben ein Erstarken rechtsextremer Kräfte, die Architektur und Stadtplanung gezielt als Schauplatz ihrer menschenfeindlichen Ideologie instrumentalisieren. Wir müssen uns fragen: **Wie positionieren wir uns innerhalb dieser Entwicklungen als demokratischer, wehrhafter Berufsstand?** Als Berufsstand, der unsere Demokratie robust und dauerhaft festigt und vor rechtsextremer Einflussnahme schützt.

Es ist eine strategische Raumnahme der extremen Rechten zu beobachten mit weitreichendem Zugriff auf die architektonischen Disziplinen: In ihren Wahlprogrammen fordert die AfD eine völkisch-homogene „Schönheit“, die auf Ausgrenzung statt auf Inklusion basiert. Sie diskreditieren die Moderne, insbesondere das Bauhaus, in rechtsextremer Tradition. In Strategiepapieren planen sie die „Verankerung in der Fläche“ rechtsextremer Hegemonie durch das Be- setzen leerstehender Kneipen. Auf kommunaler Ebene nehmen sie bereits Parlamente ein. Hier blockieren sie erfolg- reich progressive Planungen, machen demokratiefördernden Projekten die Fördermittel streitig und vereinnahmen Kulturorte mit völkischer Ideologie.

Aktivistische extreme Rechte besetzen Marktplätze, dringen in Fachdiskurse ein, bedrohen Teilnehmende bei Beteili- gungsverfahren und sichern sich Grund und Boden als Infrastruktur für Rekrutierung und Vernetzung. So normalisie- ren sie ihre autoritäre Ideologie in der Zivilgesellschaft. **Jeden Gelegenheitsraum, den demokratische Akteur:innen offen lassen, besetzen die extremen Rechten.**

Die Bundesarchitektenkammer und der BDA haben in Stellungnahmen bereits Haltung gegen Extremismus und für eine vielfältige Gesellschaft gezeigt. Dies ist ein notwendiges und wichtiges Signal. Doch wir müssen mehrere Schritte weiter gehen. **Worte allein bilden keine Brandmauer.** Um dem wirksam zu begegnen, braucht es eine wehrhafte Praxis, die demokratische Werte in jede Phase unseres architektonischen Handelns übersetzt und verteidigt.

Wir fordern eine wehrhafte „Berufs-Statik“, die das gesamte Spektrum unserer Handlungsfähigkeit ausschöpft:

1. Rahmenbedingungen aktiv gestalten

Demokratische Grundwerte, allen voran Inklusion, Vielfalt und aktive Teilhabe, sind innerhalb und außerhalb des Berufsalltags ebenso wie in Kammern, Verbänden und der Verwaltung zu verankern. Der von extremen Rechten angestoßenen Verschiebung politischer und fachlicher Diskurse wird aktiv entgegengetreten, indem Begriffe wie Heimat, Sicherheit, traditionelles Handwerk oder natürliche Baumaterialien konsequent und unmissverständlich mit Offenheit, Inklusivität sowie intersektionaler und globaler Gerechtigkeit verbunden werden.

2. Demokratiefördernde Aufträge organisieren

Der Beruf geht über die Dienstleistung hinaus. Entwurfskompetenz heißt auch, demokratiefördernde Aufträge selbst hervorzubringen – durch alternative Finanzierungsmodelle, neue Organisationsformen und die Initiierung kommunaler, wie gemeinwohlorientierter Bauherrschaften. Es gilt der Grundsatz „Don't work with assholes“: Die Mitwirkung an menschenfeindlichen oder ausgrenzenden Vorhaben wird konsequent verweigert. Unterschiedliche Perspektiven werden aktiv mitgedacht und inkludiert.

3. Entwurfsprozesse demokratisieren

Planungsentscheidungen dürfen nicht „top down“ verordnet werden, sondern müssen „bottom up“ mit der Zivilgesellschaft und ausgehend von konkreten Bedürfnissen entwickelt werden. Partizipation ermöglicht basisdemokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen und verankert Planungen wehrhaft in der Bevölkerung. Produktiver Dissens wird zugelassen, Machtstrukturen werden offengelegt. Breit verankerte Beteiligung erzeugt öffentlichen Druck und stärkt die Forderung, Gestaltungshoheit schrittweise in zivilgesellschaftliche Gremien zu verlagern. Offenheit im Dialog endet dort, wo Intoleranz und Menschenfeindlichkeit beginnen.

4. Demokratische Werte räumlich manifestieren

Architektur ist die Bühne der Gesellschaft, nicht Ornament. Einschüchternde Machtsymbolik und die dazugehörige Instrumentalisierung des Raums werden zurückgewiesen. Inklusive Orte stärken als niedrigschwellige Begegnungsräume den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wehrhaftigkeit im Entwurf bedeutet eine klare Absage an aggressive oder defensive Architektur, die marginalisierte Gruppen ausschließt oder Räume privatisiert. Die dauerhafte Belebung und soziokulturelle Aneignung baukulturellen Erbes schafft emotionale Ankerpunkte gegen ideologische Vereinnahmung und völkische Umdeutung.

5. Entwürfe transparent vermitteln und Allianzen bilden

Bauliche Entscheidungen müssen nachvollziehbar und die Zivilgesellschaft durch baukulturelle Bildung befähigt werden mitzureden. Verständliche Sprache und eine offensive Vermittlung des städtebaulichen Diskurses machen fachliche Exzellenz zum Schutzwall gegen populistische Vereinfachung. Progressive Ideale müssen als attraktive Zukunftsbilder sichtbar und Inklusion sowie soziale Gerechtigkeit als gesellschaftliche Normalität verankert werden. Nachhaltige und soziale Standards werden in einem breiten demokratischen Konsens gefestigt, indem sowohl progressive als auch konservative Argumentationsmuster zusammengeführt werden.

6. Demokratische Nutzung dauerhaft verankern

Der demokratische Wert von Architektur entsteht erst durch ihre aktive Nutzung. Orte demokratischer Bildungsarbeit und inklusive Begegnungsorte, ermöglichen die generationenübergreifende Praxis demokratischer Grundwerte. Lokale gewerbliche Strukturen und alltägliche Begegnungsorte stärken lebenswerte Städte und entziehen rechter Vereinnahmung den sozialen Nährboden. Darum sind ihre Ressourcen zu stärken, gegen rechte Zugriffe abzusichern und räumlich zu erweitern.

Jeder Spielraum, den wir heute ungenutzt lassen, kann morgen verloren sein. Es ist Zeit, dass wir als Berufsstand nicht nur verwalten und reagieren, sondern aktiv Widerstand gegen die Feinde einer offenen Gesellschaft leisten. Lasst uns auf dieser Grundlage ins Gespräch kommen und den Diskurs gemeinsam und öffentlich weiter anschieben. Lasst uns diskutieren, ob die Mitgliedschaft in einer extrem rechten Organisation oder Partei vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Kammer oder Berufsverband ist. **Lasst uns gemeinsam eine klare Position beziehen. Bauen wir an einer Demokratie, die Bestand hat.**

Initiator:innen: Teresa Immler & Lorenz Hahnheiser

Im Rahmen der Masterarbeit "Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf", Habitat Unit, Chair of International Urbanism and Design, Technische Universität Berlin

Literaturverzeichnis

A

AfD Landesverband Sachsen (2024): AfD Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024. 1. Auflage, Dresden: AfD Landesverband Sachsen.

AfD Landesverband Sachsen-Anhalt (2026): Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag. Entwurf. 1. Auflage, Magdeburg: AfD Landesverband Sachsen-Anhalt.

Alternative für Deutschland (2025): Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2025. 1. Auflage, Berlin: AfD Bundesverband

ARCH+ (Hrsg.) (2017): Stadtland. Der neue Rurbanismus. ARCH+, Heft 228. Aachen: ARCH+ Verlag. ISBN: 978-3-931435-40-0.

B

Braun, Johann (2024): Stadt von Rechts, über Brennpunkte und Ordnungsversuche. Auflage 1, Berlin: Verbrecher Verlag.

Buchert, M. & Kienbaum, L. (Hrsg.) (2013): Einfach entwerfen. Wege der Architekturgestaltung. Berlin: JOVIS Verlag.

Bund Deutscher Architekten, BDA (2013): Aufbruch in den Untergang 1933 – 1945, Berlin, BDA Chronik 1903-2013

Bundesstiftung Baukultur (2016): Baukulturbericht 2016/17. Stadt und Land. Potsdam: Bundesstiftung Baukultur.

D

Domann, Valentin und Nuissl, Henning (2022). Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In: Daniel Mullis und Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts: Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, S. 201–217.

F

Femmer, Anne, Summa, Florian, Greb, Juliane et al. (2023): Editorial. In: ARCH+ (Hrsg.): Open for Maintenance – Wegen Umbau geöffnet. ARCH+ 252. Berlin: ARCH+ Verlag, S. 2–4.

G

Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der von Valentino Gerratana besorgten Edition*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument Verlag.

H

Haas, Tobias (2020). *Die Lausitz im Strukturwandel: Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung*. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 50(1), S. 151–170. [Online unter: <http://dx.doi.org/10.32387/prokla.v50i198.1853>]

Hartmann, Karin (2022): *Schwarzer Rolli, Hornbrille. Plädoyer für einen Wandel in der Planungskultur*. Berlin: JOVIS Verlag.

Heindl, Gabu (2022). *Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung*. 3., überarbeitete Auflage. Wien: Mandelbaum Verlag.

K

Knoblauch, Hubert und Löw, Martina (2021). *Comparison, refiguration, and multiple spatialities*. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 22(3), Art. 19. [Online unter: <http://dx.doi.org/10.17169/fqs-22.3.3791>]

Knoblauch, Hubert; Steets, Silke; Kirchner, Stefan und Baur, Nina (2025). *Refiguration von Räumen erklären? Überlegungen zum Verstehenden Erklären räumlicher Prozesse in den Sozialwissenschaften*. SFB 1265 Working Paper, Nr. 19. Berlin: Technische Universität Berlin. [Online unter: <https://doi.org/10.14279/depositonce-23578>]

Kulturbüro Sachsen e.V. (2021): *Sachsen rechts unten 2021*. 1. Auflage, Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.

Kulturbüro Sachsen e.V. (2026): *Sachsen rechts unten 2026*. 1. Auflage, Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.

Kegler, Harald (2025): *Städtebau im Nationalsozialismus – Angriff, Triumph, Terror im europäischen Kontext 1933–1945* [Rezension]. In: *Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning*, (2025) 83/5: 419–421. oekom verlag.

Kunzmann, Klaus R. (2025): *Städtebau im Nationalsozialismus, disP - The Planning Review*, 61:3, 103–109, DOI: 10.1080/02513625.2025.2589670

M

Münzenmaier, Sebastian MdB (2026): *Verankerung in der Fläche – Die AfD erobert die Dörfer*. 1. Auflage, AfD Landesverband Rheinland-Pfalz

R

Reichsregierung (1937): *Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937*. In: *Reichsgesetzblatt Teil I*, Nr. 114, S. 1054–1056. Berlin: Reichsverlagsamt.

S

Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Ten Elsen, Jennifer; Heller, Lukas und Inkinen, Saara (2022). *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Stadtverwaltung Weißwasser (2024): *Niederschrift Sitzung Nr. 6-13/24 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 27.11.2024. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2025a): *Niederschrift Sitzung Nr. 13-6/25 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 28.05.2025. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2025b): *Niederschrift Sitzung Nr. 15-8/25 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. (Sondersitzung) – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 16.07.2025. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2025c): *Niederschrift Sitzung Nr. 17-10/25 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 24.09.2025. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2025d): *Niederschrift Sitzung Nr. 18-11/25 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 29.10.2025. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2026a): *Niederschrift Sitzung Nr. 23-3/26 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 25.03.2026. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

Stadtverwaltung Weißwasser (2026b): *Niederschrift Sitzung Nr. 24-4/26 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. – öffentlicher Teil*. Sitzung vom 29.04.2026. Kommunaler Sitzungsdienst. Weißwasser/O.L.

W

Wolfrum, Sophie (2014). *Performativer Urbanismus – Stadt entwerfen*. In: Margitta Buchert (Hg.), *Reflexives Entwerfen: Design and Research in Architecture*. Berlin: Jovis, S. 140–165.

Quellenverzeichnis:

A

afd_kreisverband (2026): „Lasst uns gemeinsam am 1. Mai den blauen Dunst der Freiheit aufsteigen – und für UNSERE Zukunft und den Erhalt unserer Tradition ein Zeichen setzen!“. Instagram-Beitrag vom 21.04.2026. Verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/DXZGtopjFlx/> (Zugriff: 08.07.2026).

ALEXANDER POETZSCH ARCHITEKTUREN (o. J.): Alexander Pötzsch. Verfügbar unter: <https://alexanderpoetzsch.de/team-member/alexander-poetzsch/> (Zugriff: 08.07.2026).

Amadeu Antonio Stiftung (2026): Die AfD verbieten? Zur Gretchenfrage der Demokratie. 30. Juni 2026. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-afd-verbieten-zur-gretchenfrage-der-demokratie-167957/> (Zugriff: 08.07.2026).

Architects for Future (o. J.): 10 Forderungen für eine Bauwende. Verfügbar unter: <https://www.architects-4future.de/forderungen> (Zugriff: 08.07.2026).

B

Blumenthaler, Lorenz (2026): Rechte Gewalt auf Rekordniveau: Alle 12 Minuten eine rechte Straftat. Amadeu Antonio Stiftung, Pressemitteilung vom 9. Juni 2026. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/rechte-gewalt-auf-rekordniveau-alle-12-minuten-eine-rechte-straftat/> (Zugriff: 08.07.2026).

Bundesarchitektenkammer (2024): Raum für Vielfalt, Respekt, Demokratie. Verfügbar unter: <https://bak.de/raum-fuer-vielfalt-respekt-demokratie/> (Zugriff: 08.07.2026).

Bundesarchitektenkammer (o. J.): Andrea Gebhard. Verfügbar unter: <https://bak.de/kammer-und-beruf/ueber-bundesarchitektenkammer/gremien/praesidium/andrea-gebhard/> (Zugriff: 08.07.2026).

E

endboss (o. J.): Team. Verfügbar unter: <https://www.endboss.eu/de/team> (Zugriff: 08.07.2026).

G

GABU Heindl Architektur (o. J.): Gabu Heindl. Verfügbar unter: <https://www.gabuheindl.at/de/ueber-uns/gabu-heindl.html> (Zugriff: 08.07.2026).

Gesellschaft für Freiheitsrechte (2026): AfD ist nachweislich verfassungswidrig – Gesellschaft für Freiheitsrechte stellt nach einem Jahr Arbeit umfassendes wissenschaftliches Gutachten vor. Pressemitteilung vom 25. Juni 2026. Verfügbar unter: <https://freiheitsrechte.org/ueber-die-gff/presse/pressemitteilungen-der-gesellschaft-fur-freiheitsrechte/afd-ist-nachweislich-verfassungswidrig-gesellschaft-fuer-freiheitsrechte-stellt-nach-einem-jahr-arbeit-umfassendes-wissenschaftliches-gutachten-vor> (Zugriff: 08.07.2026).

H

Hahnheiser, Lorenz (2026): Soziokulturelle Zentren. Deutsches Architektenblatt (DAB), Nachwuchs-Kolumne, veröffentlicht am 13.05.2026. Verfügbar unter: <https://www.dabonline.de/nachwuchs/soziokulturelle-zentren> (Zugriff: 08.07.2026).

K

KIT-Fakultät für Architektur (2026): Jurek Brügggen hat die Gastprofessur der Wüstenrot Stiftung im Sommer 2025 inne. Verfügbar unter: https://www.arch.kit.edu/aktuelles/Jurek_Brueggen.php (Zugriff: 08.07.2026).

L

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2026): Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2026. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter: <https://rlp-ltw26.wahlen.23degrees.eu/wk/00000000000000/overview> (Zugriff: 08.07.2026).

M

MDR (2026): Törtchen zum Talk: Gegen Einsamkeit

geht Weißwasser zum Bäcker. Von Lutz Günther. Stand: 14.06.2026. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/reden-baecker-plaudertisch-alleinsein,cafe-treff-einsamkeit-100.html> (Zugriff: 08.07.2026).

R

re:publica (o. J.): LEON BECK. Profil auf der Website der re:publica. Verfügbar unter: <https://re-publica.com/de/user/19077> (Zugriff: 08.07.2026).

S

Sächsische Zeitung (2026): Dorit Baumeister tritt an. Verfügbar unter: <https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-lk/hoyerswerda/dorit-baumeister-tritt-an-75GMGL6UXGOJLSO4J2FUNY2HY4.html> (Zugriff: 08.07.2026).

Soziokulturelles Zentrum Telux (o. J.): SKZ Telux. Verfügbar unter: <https://skz-telux.de/skz> (Zugriff: 08.07.2026).

T

Tagesschau (2026a): ARD-DeutschlandTrend: AfD überholt Union in Sonntagsfrage. Stand: 08.05.2026. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-mai-100.html> (Zugriff: 08.07.2026).

Tagesschau (2026b): ARD-DeutschlandTrend: Der Druck auf Merz wächst. Stand: 02.07.2026. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-juli-102.html> (Zugriff: 08.07.2026).

Tagesschau (2026c): ARD-DeutschlandTrend: Sorge vor wirtschaftlichem Abstieg wächst. Stand: 03.06.2026. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-juni-100.html> (Zugriff: 08.07.2026).

Tagesschau (2026d): Ende des AfD-Bundesparteitags: Viel Selbstbewusstsein und ein klarer Machanspruch. Stand: 05.07.2026. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-parteitag-weidel-chrupalla-100.html> (Zugriff: 08.07.2026).

U

Universität Kassel (o. J.): Prof. Dr. Dipl.-Ing. Philipp Oswald. Fachgebiet Architekturtheorie und Entwerfen. Verfügbar unter: <https://www.uni-kassel.de/fb06/institute/architektur/fachgebiete/institute/architektur/fachgebiete/architekturtheorie-und-entwerfen/team/prof-dr-philipp-oswald.html> (Zugriff: 08.07.2026).

V

Verband der Restaurator:innen (2023): ICOM veröffentlicht deutsche Übersetzung der neuen Definition für Museen. Verfügbar unter: <https://www.restauratoren.de/icom-veroeffentlicht-deutsche-uebersetzung-der-neuen-definition-fuer-museen/> (Zugriff: 08.07.2026).

Verzeichnis der Interviews

Dieses Verzeichnis führt alle im Rahmen der Masterarbeit „Stabil bleiben: Demokratische Wehrhaftigkeit in Weißwasser und im Architekturberuf“ durchgeführten Interviews auf.

Die Transkription erfolgte mittels *turboscribe.ai*. Die für die Analyse verwendeten Passagen wurden manuell überprüft und freigegeben. Aus Datenschutzgründen werden die vollständigen Transkripte an dieser Stelle nicht veröffentlicht.

1. Konfliktorte,
In chronologischer Reihenfolge

*Patrick Pirl, Ansprechpartner für Kulturprogramm im SKZ Telux,
Interview geführt am 15.4.2026,
Dauer: 60 Minuten,
Ort: Weißwasser*

*Straßengespräche Weißwasser,
Interviews geführt mit Passant:innen am 29. und 30.4.2026,
Ort: Weißwasser*

2. Architekt:innen gegen Rechts
In chronologischer Reihenfolge

*Dorit Baumeister, Architektin und Referat Bau und Stadtplanung Weißwasser,
Interview geführt am 28.11.2025,
Dauer: 60 Minuten,
Ort: digital*

*Leon Beck, Vorstand der Architects for Future,
Interview geführt am 30.04.2026,
Dauer: 28 Minuten,
Ort: digital*

*Ivana Rohr, Geschäftsleitung Endboss GmbH,
Interview geführt am 06.05.2026,
Dauer: 55 Minuten,
Ort: digital*

*Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer,
Interview geführt am 07.05.2026,
30 Minuten,
Ort: digital*

*Philipp Oswalt, Professor für Architekturtheorie und Entwerfen,
Interview geführt am 08.05.2026,
Dauer: 35 Minuten,
Ort: digital*

*Gabu Heindl, Professorin für UmBauwirtschaft und Projektentwicklung,
Interview geführt am 15.05.2026,
Dauer: 27 Minuten,
Ort: digital*

*Alexander Poetzsch, Präsident des Bund deutscher Architektinnen und Architekten,
Interview geführt am 21.05.2026,
Dauer: 35 Minuten,
Ort: digital*

*Jurek Brüggen, undjurekbrüggen,
Interview geführt am 26.05.2026,
Dauer: 29 Minuten,
Ort: digital*

3. Zusätzliche nicht öffentliche Quellen

*Privater Videomitschnitt einer Wahlkampfrede von Tino Chrupalla,
Datum unbekannt,
Dauer: 5 Minuten
Ort: Marktplatz Weißwasser*